

# POLITISCHE STUDIEN 498

Magazin für Politik und Gesellschaft

 Hanns  
Seidel  
Stiftung

72. Jahrgang | Juli-August 2021 | ISSN 0032-3462

/// IM FOKUS

## 1.700 JAHRE JÜDISCHES LEBEN IN DEUTSCHLAND



/// Im Zeitgespräch: H.-P. Meidinger zeigt auf, was das Bildungssystem jetzt braucht – S. 6

/// Harald Bergsdorf: 60 Jahre Mauerbau – S. 44

/// Philipp Austermann/Sarah Schmid: Zur Debatte um ein Paritätsgesetz – S. 52

/// Udo Baron: Linke Identitätspolitik und offene Gesellschaft – S. 60

[www.hss.de](http://www.hss.de)



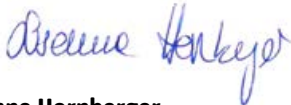
Durch Wissen, Dialog und Neugierde  
lassen sich Vorurteile **VERÄNDERN**.

## ZUSTÄNDE, DIE AUFRÜTTELN MÜSSEN

Vor allem jüngere Menschen jüdischen Glaubens überlegen sich, ob sie weiterhin hier in Deutschland leben wollen. Dies sagte kürzlich Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern (IKG), in einem Interview mit dem „Münchener Merkur“. Junge Juden beunruhigen antisemitische Vorfälle, die sich in den vergangenen Jahren vermehrt gehäuft haben. Zum einen sind es Anschläge auf Synagogen, zum anderen werden Juden auf offener Straße tätlich angegriffen. Deshalb trauen sich nur noch wenige mit Kippa oder Davidstern-Kettenanhängern, die optisch einen Rückschluss auf ihre jüdische Herkunft geben könnten, auf die Straße zu gehen. Weil die Situation gefährlicher geworden ist, rufen einige jüdische Dachverbände zur Vorsicht mit erkennbaren jüdischen Symbolen auf. Diese Tatsachen machen nicht nur betroffen, sondern sie müssen auf- und wachrütteln. Dass dies im Jahre 2021 in unserem Lande so sein könnte, ist eigentlich unvorstellbar.

Doch wie lassen sich Vorurteile ändern? Durch Wissen, Dialog und Neugierde, denn nur so bekommt man Verständnis für den Anderen. Und Mut. Um Dinge zu ändern. Spielleiter Christian Stückl beispielsweise ist es gelungen, die Oberammergauer Passion über die Jahre zunehmend von antisemitischen Darstellungen und Texten zu befreien – trotz heftiger Gegenwehr und massiver Anfeindungen. Für seinen Mut und seine Durchsetzungsstärke wurde Stückl mehrfach ausgezeichnet.

In diesem Jahr feiern wir „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“, jüdisches Leben, das mit unserem christlich abendländischen Leben verwoben und untrennbar ist. Das wird auch in unserer Porträtserie „Gesichter unseres Landes“ auf [hss.de/gesichter-unseres-landes/](https://hss.de/gesichter-unseres-landes/) deutlich, in der wir unbekannte und bekannte Jüdinnen und Juden vorstellen. Die Lektüre der Biographien als auch dieser Ausgabe der Politischen Studien lege ich Ihnen, verehrte Leserinnen und Leser, sehr ans Herz.

Ihre 

**Susanne Hornberger**  
Leiterin Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit  
der Hanns-Seidel-Stiftung, München.

# INHALT

44

16

## IM FOKUS

### 16 1.700 JAHRE JÜDISCHES LEBEN IN DEUTSCHLAND

Einführung

PHILIPP W. HILDMANN

### 20 ERINNERUNG IN EINER GESELLSCHAFT DER VIELEN

Gegen das Vergessen

MIRJAM ZADOFF

### 28 EU-STRATEGIEN GEGEN ANTISEMITISMUS

Was tun wir gegen Judenfeindlichkeit?

KATHARINA VON SCHNURBEIN

### 36 SCHATTEN AUF DEM JUBILÄUM

Lasst die Koffer auf dem Dachboden!

ANDREA LÖW

## POLITISCHE-STUDIEN-ZEITGESPRÄCH

### 06 MACHT EURE HAUSAUFGABEN ...

Was das Bildungssystem jetzt braucht

HEINZ-PETER MEIDINGER

## ANALYSEN

### 44 60 JAHRE MAUERBAU

Aufklärung über die SED-Diktatur

HARALD BERGSDORF

### 52 ZUR DEBATTE UM EIN PARITÄTSGESETZ

Chancengleichheit ja, Ergebnisgleichheit nein

PHILIPP AUSTERMANN/SARAH SCHMID

### 60 LINKE IDENTITÄTSPOLITIK UND OFFENE GESELLSCHAFT

Cancel Culture als moderner Kulturkampf

UDO BARON

## AKTUELLES BUCH

### 68 WAS MACHT UNS AUS?

Die Bedeutung der Nation für das kulturelle und gesellschaftliche Zusammenleben

THOMAS M. KLOTZ

## RUBRIKEN

03 EDITORIAL

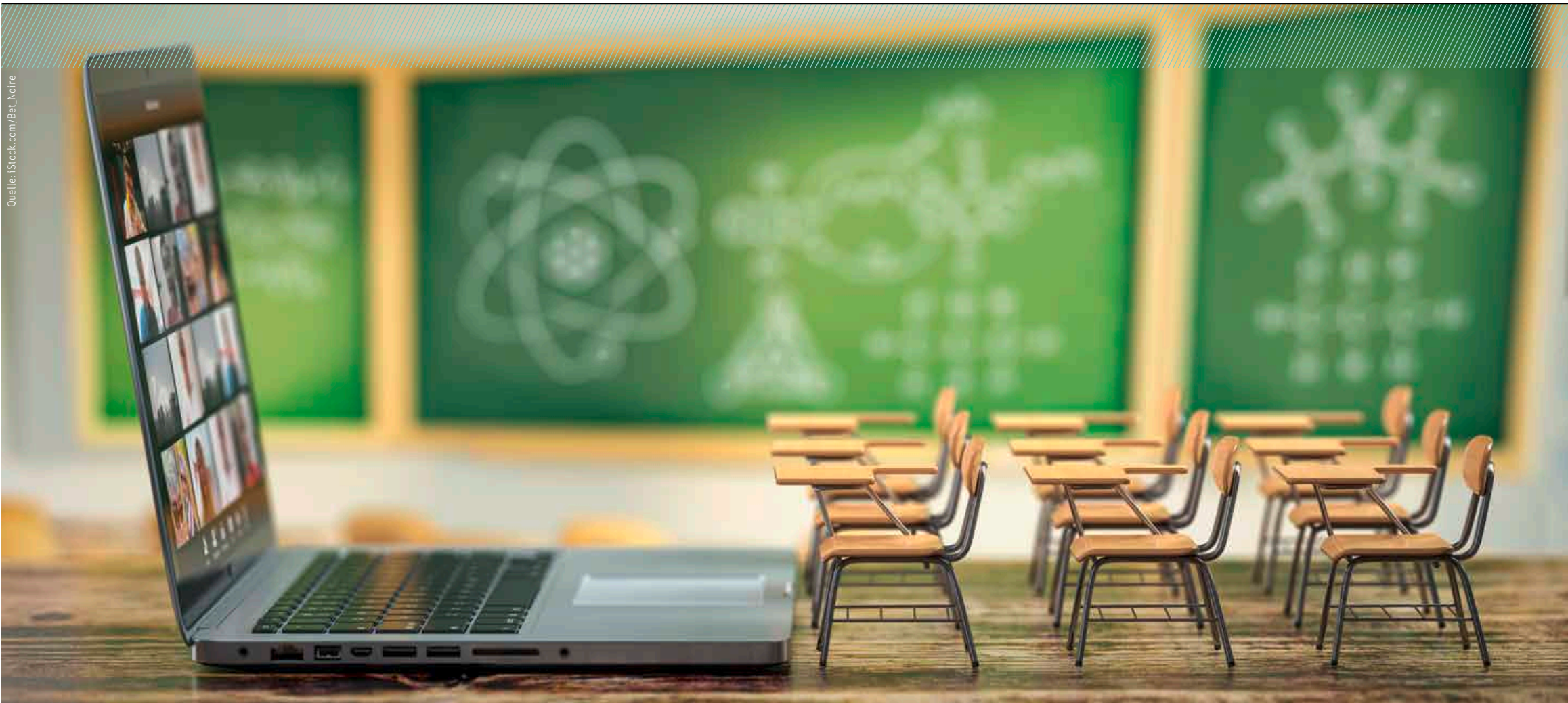
71 REZENSIONEN

77 MEINUNG

78 ANKÜNDIGUNGEN

82 IMPRESSUM

60



Quelle: iStock.com/Bet\_Noire



Quelle Autorenbild: Deutscher-Lehrerverband

**/// IM ZEITGESPRÄCH:  
HEINZ-PETER MEIDINGER**  
ist Präsident des Deutschen  
Lehrerverbandes, Berlin.

/// Was das Bildungssystem jetzt braucht

## **MACHT EURE HAUSAUFGABEN ...**

Die Corona-Pandemie traf die deutsche, ja die weltweite Bildungslandschaft unvorbereitet. Selbständiges Lernen und Unterricht über Online-Plattformen wurden von heute auf morgen Realität. Die zarten Pflänzchen der Digitalisierung an deutschen Schulen mussten in Rekordzeit zu tragenden Säulen werden. Bis heute klappt nicht alles reibungslos, wie Heinz-Peter Meidinger, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, im Interview mit den Politischen Studien erklärt. Gleichzeitig plädiert er dafür, Schüler, Lehrer und Bildungspolitiker durch politisch motivierten Reformaktivismus nicht zu überfordern. Ein Gespräch über Schulen in Zeiten der Corona-Pandemie, den Wert von Bildung und die Rolle von Lehrkräften.

**Politische Studien:** Herr Meidinger, es heißt immer wieder, durch die Corona-Krise träten Brennpunkte im Bildungsreich deutlicher und schneller zu Tage als zuvor. Was sind Ihre Rezepte, damit nicht von verlorenen Schuljahren die Rede sein kann?

**Heinz-Peter Meidinger:** Ja, in der Tat hat die Pandemie im Bildungsbereich viele Schwachstellen gnadenlos offengelegt. Das fängt bei der endlos verschleppten Digitalisierung der Schulen an, geht weiter beim massiven Lehrermangel, der uns jetzt angesichts der zusätzlichen Aufgaben doppelt schwer auf die Füße fällt, und betrifft schließlich auch das suboptimale Krisenmanagement in und zwischen den Bundesländern. Vor allem die Kultusministerkonferenz hat es anfangs nicht und später auch nur ansatzweise geschafft, gemeinsame Antworten auf die großen Herausforderungen durch Covid-19 zu finden, wie etwa einen verbindlichen Hygienestufenplan für Schulen. Da musste erst der Bund das Infektionsschutzgesetz ändern, bevor das möglich wurde.

Im Grund genommen ist man der dynamischen Infektionslage immer hinterhergehinkt. Erst hatte man keinen Plan, wie man aus dem ersten Lockdown an unseren Schulen wie-

der herauskommt. Dann hat man viel zu spät die Impfpriorisierung von Lehrkräften und die Testpflicht veranlasst und jetzt warten wir darauf, dass Bund und Länder die Organisation und Ausgestaltung eines großen Nachholförderprogramms auf den Weg bringen, um die entstandenen Lerndefizite im nächsten Schuljahr wieder zu beheben. Aber obwohl wir natürlich sehen, dass auch in diesem Schuljahr vielfach Präsenz- durch Fernunterricht ersetzt werden musste, würde ich nicht pauschal von einem verlorenen Schuljahr sprechen. Ein großer Teil der Kinder und Jugendlichen wird die Defizite aufholen können, wenn im nächsten Schuljahr eine entsprechende Zusatzförderung angeboten wird.

**Bringt eine solche Krise wie die Corona-Pandemie nicht auch ganz neue Aspekte in einer ganzheitlich verstandenen Bildung des Menschen mit sich? Selbständiges Arbeiten und Flexibilität werden allen abverlangt, vom Schuldirektor bis zum Grundschüler.**

Normalerweise simuliert Unterricht die Probleme und Herausforderungen der Welt. Durch die Pandemie hat jetzt aber die harte Lebenswirk-



**Die BISHERIGEN Routinen haben nicht mehr funktioniert.**

lichkeit, diese unvorhersehbare Naturgewalt eines Virus, direkt auf die Schulen, auf jeden Einzelnen von uns durchgeschlagen. Wir alle, auch die Kinder und Jugendlichen, haben gemerkt, dass es zur Bewältigung einer solchen Pandemie keine fertigen Antworten, keine Patentrezepte gibt. Es war nicht nur Flexibilität gefragt, sondern auch ein verstärkter Zusammenhalt. Alle waren gefordert, nicht nur an sich selbst, sondern auch an das Wohl der Gemeinschaft, die Gesundheit und das Infektionsrisiko des Anderen zu denken.

Die bisherigen Routinen haben nicht mehr funktioniert. Lehrkräfte mussten ihren Unterricht radikal umorganisieren und neue Kommunikationswege erproben, den Schülern wiederum wurde bewusst, dass sie in dieser Situation mehr Selbstverantwortung für den eigenen Lernprozess übernehmen müssen. Gerade die Abschlussjahrgänge merkten, dass sie sich nicht mehr darauf verlassen konnten, quasi an der Hand durch die Prüfungen geführt zu werden. Gut war es, wenn einen die Eltern unterstützen konnten. Ja, so komisch es klingt, die Pandemie hat zu mehr Ernsthaftigkeit, mehr Realitätsbezug im Schulbetrieb und im gesamten Bildungsprozess geführt.

**Sie kritisieren in Ihrem neuen Buch „Die 10 Todsünden der Schulpolitik“ unter anderem „eine enorme moralische, idealistische und visionäre Aufladung von Bildungsthemen“. Allerorten ist nun zu lesen, die Corona-Krise solle der Anlass dafür sein, die Bildungssysteme grundsätzlich zu reformieren. Wie lautet Ihre Einschätzung dazu?**

Ich kritisiere in der besagten Streitschrift ja nicht nur die massive, oft auch parteipolitische Aufladung von Schulpolitik, sondern auch den Reformaktivismus, der häufig in den vergangenen Jahrzehnten dort zu beobachten war. Ich glaube, wir brauchen nicht noch mehr Reformen, die meist nur Unruhe und keine Problemlösungen bringen, sondern die Schulpolitik muss endlich ihre Hausaufgaben machen. Dazu zählt vorrangig wieder eine klare Orientierung am Kernauftrag von Schule und das ist und bleibt guter Unterricht. Natürlich gibt es auch Schwachstellen, die zu beseitigen sind, wie die verschleppte Digitalisierung, die fehlende Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse zwischen den Bundesländern und auch das schlechte Krisenmanagement in der Kultusministerkonferenz. Der Deutsche Lehrerverband fordert seit Langem einen Bil-



**Die Pandemie hat im Bildungsbereich viele SCHWACHSTELLEN gnadenlos offengelegt.**

dungsstaatsvertrag, in dem sich die Bundesländer auf eine gemeinsame Wettbewerbsgrundlage einigen und beispielsweise die Abiturprüfungen besser normieren.

**Die Corona-Krise hat gezeigt, dass auch Lehrer schnell auf Veränderungen reagieren müssen. Sind die Lehramtsanwärter von heute gut auf den Schulalltag vorbereitet?**

Die Reform der Lehrerbildung ist eine Daueraufgabe. Allerdings warne ich vor dem Glauben, mit immer neuen Modulen in der Lehrerausbildung zu Inklusion, Demokratieerziehung, digitalen Unterrichtsmedien und interkultureller Kompetenz die Lehrerbildung qualitativ deutlich verbessern zu können. Ginge man rein nach den digitalen Lerninhalten in der Lehrerausbildung, müsste man 80% der Lehrer diese Kompetenz absprechen. Gerade deswegen gehört zu einer guten Lehrerausbildung, dass man dort möglichst viel Rüstzeug im fachlichen, fachdidaktischen, pädagogischen und methodischen Kompetenzbereich mitbekommt. Ganz wichtig ist aber vor allem die Haltung, die Lehrkräfte zeigen, nämlich eine

Haltung, die geprägt ist von Offenheit, ständiger Fortbildungsbereitschaft, Flexibilität und einer ganz hohen Verantwortungsethik gegenüber den anvertrauten Kindern und Jugendlichen. Allerdings darf man die Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit von Lehrkräften auch nicht über die Belastungsgrenzen hinaus ausreizen. Diese Grenzen sind in der Pandemie auch überschritten worden.

**Was halten Sie von dem Vorschlag, dass Lehrer künftig mehr als „Bildungscoaches“ fungieren sollen?**

Diese Vorstellung vom Lehrer als Lernbegleiter oder als Bildungscoach suggeriert, dass Kinder und Jugendliche sich am besten und schnellsten Unterrichtsinhalte selbst aneignen. Lehrkräfte sollten sich demzufolge auf eine moderierende und beratende Funktion zurückziehen. Dies ist ein grobes Missverständnis der Lehrerrolle und widerspricht übrigens auch den zentralen Ergebnissen der empirischen Unterrichtsforschung, wie sie etwa John Hattie in seinen Metastudien zusammengefasst hat. Man kann die zentrale Rolle der Lehrkraft als Motivator, als



**BILDUNG macht sich nicht isoliert an Latein- oder Programmierkenntnissen fest.**

zentrales Medium des Bildungsprozesses gar nicht überschätzen. „Great teachers“, erfolgreiche Lehrkräfte, das sind in den Augen Hatties Personen, die Kinder und Jugendliche für ihre Unterrichtsgegenstände begeistern können, eine enge Feedbackkultur praktizieren und letztendlich Lernprozesse klar strukturieren und organisieren. Wenn die Lernenden selber über ihr Lernpensum entscheiden, dann würde nicht nur die Leistungsschere noch weiter aufgehen und sich die Bildungsungerechtigkeit verschärfen, sondern wir würden auch das gemeinsame Bildungsfundament und damit noch mehr an Zusammenhalt in unserer Gesellschaft verlieren.

Vor einigen Jahren hat ja eine Abiturientin in einem sozialen Netzwerk darüber geklagt, dass sie zwar Gedichte in mehreren Sprachen analysieren könne, aber keine Ahnung von Mietverträgen habe. Da offenbart sich ein grundlegendes Missverständnis von schulischer Allgemeinbildung. Das Miet- und Versicherungsrecht ändert sich ständig, ganz abgesehen davon, ob man dann das Gelernte später parat hat, wenn man es braucht. Was man aber in der Schule gelernt haben sollte, ist Lese-, Analyse- und Interpretationsfähig-

keit oder kurz gesagt: kritische Urteilskraft. Wer gelernt hat, Texte und Gedichte zu analysieren, der kann auch später, wenn es nötig ist, das Kleingedruckte in Versicherungsverträgen verstehen und die richtigen Schlüsse daraus ziehen.

**Es stellt sich offenbar generell die Frage danach, was Bildung heute bedeutet. Ist man ungebildet, wenn man Ovid nicht auf Latein wiedergeben, aber in Java Computerprogramme erstellen kann?**

Bildung macht sich nicht isoliert an Latein- oder Programmierkenntnissen fest. Über eine gute Bildung zu verfügen, heißt, dass ich eine breite, intelligent vernetzte Wissensbasis habe, die es mir ermöglicht, auch unbekannte Phänomene und Wissensgebiete zu erschließen und einzuordnen. Es geht um die grundlegende Fähigkeit, sich in dieser Welt zu orientieren und einen eigenen Lebensentwurf zu verfolgen. Das geht nicht ohne eine Basis an Grundwissen beziehungsweise einen fachspezifischen Wissenskanon. In der heutigen Welt gehört zu dieser für ein Weltverständnis notwendigen Grund- und Allgemeinbildung mit Sicherheit auch der Einblick in ökonomische



**Man darf die Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit von Lehrkräften nicht über die BELASTUNGSGRENZEN hinaus ausreizen.**

Gesetzmäßigkeiten, aber auch eine Vorstellung davon, wie etwa Algorithmen funktionieren. Und selbstverständlich ist auch musische Bildung wichtig für uns als Menschen, um unsere Ausdrucks-, Teilhabe- und Gestaltungsmöglichkeiten in dieser Welt wahrnehmen zu können.

**Es gibt immer mehr junge Leute mit allgemeiner Hochschulreife, immer mehr Studierende. Sind Menschen heute einfach klüger als früher oder wurde das Niveau der Abschlüsse abgesenkt?**

Immer weiter steigende Abiturientenquoten sind nicht unbedingt gleichbedeutend mit einem immer höheren Bildungsniveau. In Deutschland ist die Quote der Hochschulzugangsberechtigten innerhalb von 20 Jahren von etwas über 30 auf 50 % gestiegen. Es gibt sehr viele Anzeichen dafür, dass Studienberechtigung und Studienbefähigung angesichts dieser enormen Expansion stärker denn je auseinanderfallen, etwa wenn man die gleichzeitig gestiegenen Studienabbruchs- und Studienwechslerquoten berücksichtigt. Mit einem „mutationsbedingten Intelligenzsprung“ hat die starke Zunahme von Studienberechtigten wohl nichts zu tun, auch wenn man auf diese Idee kommen

könnte, wenn man sich das exponentielle Wachstum der 1,0-Abiture in einigen Bundesländern anschaut. Allein in Berlin ist die Anzahl innerhalb eines Zehnjahreszeitraums um das Vierzehnfache gestiegen.

Wir beobachten eindeutig eine Noteninflation. Davon spricht man, wenn man für die gleiche Leistung in einem späteren Zeitraum bessere Noten erhält. Also wenn tatsächlich die echten Bestleistungen so stark gestiegen wären, wie die immer besseren Noten suggerieren, dann müssten wir bei PISA bei den Schülerleistungen in den höchsten Kompetenzstufen eine ähnliche Steigerung haben. Da sind aber in den letzten 20 Jahren die Quoten stagniert beziehungsweise sind sie in einigen Teilbereichen sogar zurückgegangen.

**Vor allem im linken politischen Spektrum ist man der Ansicht, dass ein „Abitur für alle“, euphemistisch als „Demokratisierung der Bildung“ tituliert, mehr Bildungsgerechtigkeit in der Gesellschaft mit sich brächte. Sind alle Probleme im Bildungsbereich gelöst, wenn jeder Abitur machen kann?**

Das ist der große, leider weitverbreitete Irrtum sozialistischer Bildungsideologie, dass eine inflationäre Ver-



**Sozialer Aufstieg gelingt am besten durch LEISTUNG.**

teilung von bisher als hochwertig angesehenen Bildungszertifikaten zu mehr Bildungsgerechtigkeit führen wird. Insbesondere dann, wenn dabei eine Entkoppelung von Leistung und Bewertung erfolgt, ist genau das Gegenteil der Fall. Der einflussreiche französische Soziologe und Sozialphilosoph Pierre Bourdieu hat dies übrigens genau beschrieben, wie eine Inflation von Bildungszertifikaten zu ihrer Entwertung führt und keinen Beitrag zu einer gerechteren Gesellschaft liefern kann. Wenn jeder Abitur hat, hat niemand Abitur. Das bedeutet, dass sich dann außerhalb des Bereichs der Bildungszertifikate Mechanismen etablieren werden, die bei der Vergabe von begehrten Studienplätzen oder auch beruflichen Positionen eine entscheidende Rolle spielen. Das Abitur ist dann nur mehr eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für den weiteren Lebens- und Berufsweg.

Es ist kein Zufall, dass in Ländern, die bei der Zielvorstellung „Abi für alle“ schon weiter fortgeschritten sind, teurere Privatschulen oder harte Hochschulzugangsprüfungen eine weit größere Rolle spielen als bei uns. Bei Bewerbungen schaut da kaum mehr jemand auf das schulische Abschlusszeugnis, sondern eher darauf, welche renommierte Schule man be-

sucht hat beziehungsweise welche Zusatzqualifikationen, etwa Auslandspraktika, man absolviert hat. Wer, wie ich, ein absoluter Befürworter von sozialem Aufstieg durch Bildung ist, kann an einer Zertifikats- und Noteninflation kein Interesse haben. Sozialer Aufstieg gelingt am besten durch Leistung. Natürlich müssen wir mehr für bessere Chancengerechtigkeit unternehmen und die Startchancen benachteiligter Kinder verbessern. Da gibt es immer noch großen Handlungsbedarf. Ich bin der Auffassung, dass wir bei der Frühförderung von Kindern viel zu wenig tun. Da muss man ansetzen, nicht bei der leistungsunabhängigen Verschleuderung von Bildungszertifikaten.

**Gerade auch die aktuelle Pandemie hat gezeigt, dass Handwerk tatsächlich den sprichwörtlichen goldenen Boden hat. Warum fokussieren sich Politik – über Parteigrenzen hinweg – und Gesellschaft dennoch derart auf eine gesamtgesellschaftliche Akademisierung?**

Das ist eine gute Frage, warum die Politik so stark auf die Ausweitung der Abiturientenquoten gesetzt hat. Bei linken Parteien beruhte das wohl auf dem Missverständnis, dass das zu mehr Bildungsgerechtigkeit führen



**Wir beobachten eindeutig eine NOTENINFLATION.**

würde. Bei den Unionsparteien und der FDP hat seinerzeit wohl der Alarmruf der OECD in Folge des PISA-Schocks durchgeschlagen, ohne höhere Akademikerquoten würde Deutschland im internationalen Wettbewerb der Volkswirtschaften abgehängt werden. Da gerieten dann auch innerhalb Deutschlands die Bundesländer unter Druck, die wie Bayern noch eine ausgeglichene Verteilung der Schüler auf die verschiedenen Schularten und Abschlüsse hatten. Inzwischen sehen wir aber die großen Schwächen der Humankapitaltheorie, auf der ja diese Forderungen nach immer mehr Hochschulabsolventen beruhen. Wenn es nach der Höhe der Abiturquoten ginge, müssten Länder wie Spanien und Italien wirtschaftlich weit vor Deutschland stehen, tun sie aber nicht. Und auch in den USA hat die Akademisierung längst einen kritischen Wert überschritten. Von den 70% eines Jahrgangs, die ein Studium am College beginnen, hat im Alter von 25 Jahren nur etwa die Hälfte tatsächlich einen Abschluss erreicht. Und von diesen Absolventen sind wiederum fast 50% arbeitslos oder arbeiten in Jobs, für die sie formal überqualifiziert sind.

Die große Stärke des deutschen Bildungssystems war in der Vergangen-

heit die gute Passung mit dem Beschäftigungssystem. Die ganze Welt hat uns beneidet um unsere geringe Jugendarbeitslosigkeit. Diesen Vorteil drohen wir gerade zu verspielen. Unser künftiges Hauptproblem wird nicht der Akademikermangel sein, sondern der Facharbeitermangel und der Mangel an Bewerbern für Ausbildungsstellen. Gleichzeitig müssen auch bei uns viele Hochschulabsolventen auf Beschäftigungsbereiche ausweichen, für die sie gar kein Studium gebraucht hätten. Ein Drittel der von der Uni kommenden Jungarchitekten nimmt derzeit Stellen an, für die auch eine Ausbildung als Bauzeichner gereicht hätte.

**Der privatwirtschaftliche Bildungsbe-  
reich in Deutschland wächst stetig. Rund  
9 % aller Schüler in Deutschland besu-  
chen eine der knapp 6.000 Privatschulen,  
das sind etwa doppelt so viele wie vor gut  
20 Jahren. Gibt es eine Vertrauenskrise  
gegenüber den öffentlichen Schulen?**

Insgesamt sehe ich keine Abstimmung mit den Füßen weg vom öffentlichen Schulwesen hin zu Privatschulen in Deutschland. Es gab zwar einen gewissen Nachholbedarf bei der Gründung von Privatschulen in den

neuen Bundesländern seit 1990, aber größere Verschiebungen sind ausgeblieben. Man darf das Privatschulwesen bei uns auch nicht mit den oft doch sehr exklusiven und auch kostenintensiven Privatschulen in anderen Ländern wie etwa den USA oder Großbritannien vergleichen. Privatschulen in Deutschland sind sehr heterogen, da gibt es kirchliche, kommerzielle, reformpädagogische und elitäre Einrichtungen. Diese Heterogenität zeigt sich übrigens auch bei den Schülerleistungen, die je nach Privatschule deutlich unter, aber auch deutlich über dem Landeschnitt liegen können. Insgesamt sehe ich Privatschulen als ein zusätzliches Angebot und damit eine Bereicherung der Schullandschaft. Man muss die Entwicklung aber im Auge behalten. Eine größere Vertrauenskrise könnte dann entstehen, wenn sich die chronische Unterfinanzierung der staatlichen Schulen in Zukunft noch weiter verschärfen würde.

**Was sind Ihre persönlichen Erfahrungen  
und Lehren, die Sie aus dieser Pandemie  
mitnehmen?**

Ich habe den ersten Lockdown im März 2020 noch als amtierender Schulleiter an einem niederbayerischen Gymnasium hautnah miterlebt und bin dort zusammen mit der gesamten Schulfamilie mit den enormen Herausforderungen dieser Pandemie konfrontiert worden. Es sind mehrere Erfahrungen, die ich persönlich aus dieser Pandemie im Hinblick auf den Schulbereich mitnehmen werde:

- Die Erfahrung, wie unvorbereitet insbesondere die Bildungspolitik und auch die Schulverwaltung von dieser Herausforderung getroffen wurde und wie schwer sich bis heute die Politik damit tut, ein angemessenes Krisenmanagement zu praktizieren.
- Die Erkenntnis, welche große Flexibilität, starke Innovationskraft und wieviel Engagement in einer Schule und einem Lehrerkollegium stecken worauf man in einer Krise zurückgreifen kann.
- Niemals ist aber auch klarer geworden, was Kindern, Eltern und Lehrkräften fehlt, wenn Schule als Präsenzveranstaltung nicht möglich ist, und das ist viel mehr als die Klage über zusätzliche Lerndefizite. Noch nie habe ich als Schulleiter in so viele glückliche Gesichter geblickt, als damals, nach dem ersten Lockdown, Kinder und Lehrkräfte wieder in die Klassenzimmer zurückgekehrt sind.

**Die Fragen stellte Thomas M. Klotz,  
Leiter des Referats „Bildung, Hochschu-  
len, Kultur“ der Akademie für Politik und  
Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung,  
München. ///**



Ich sehe Privatschulen als ein **ZUSÄTZLICHES** Angebot und damit eine Bereicherung der Schullandschaft.



/// Einführung

## 1.700 JAHRE JÜDISCHES LEBEN IN DEUTSCHLAND

**PHILIPP W. HILDMANN** /// Mitten auf Straßen und Plätzen wird Juden der Tod gewünscht. Auf Plakaten und Transparenten. Von Sprechchören skandiert, gebrüllt. Vor Rathäusern, Parlamenten, Synagogen. Von Frauen, Männern, Jugendlichen aus allen gesellschaftlichen Schichten, mit und ohne Migrationshintergrund. Nicht 1938 oder 1942 im Deutschen Reich, sondern 2021 in der Bundesrepublik Deutschland. In einem Jahr, in dem wir vom Alpenrand bis zur Ostsee eigentlich dankbar daran erinnern, dass Juden nachweislich seit 1.700 Jahren ein untrennbarer und prägender Teil unseres Landes sind.

Leider war der blanke Antisemitismus, der sich rund um den al-Quds-Tag Mitte Mai dieses Jahres in blindem Hass und schäumender Wut gleich in mehreren deutschen Städten bei Demonstrationen und Ausschreitungen gegenüber Juden so medienwirksam entlud, kein singuläres Ereignis. Repräsentative Studien bescheinigen heute bis zu einem Viertel unserer Bevölkerung antisemitische Einstellungen.

Sie begegnen uns in Form des nicht selten offen rassistischen Antisemitismus etwa der Neonazi-Szene, der zunehmend

auch in den Reihen der „Neuen Rechten“ und ihrem parlamentarischen Arm, der AfD, Einzug hält. Einer großen Beliebtheit erfreut sich in diesen Kreisen unter anderem der Ruf nach einem Schluss-

**Antisemitische Einstellungen  
NEHMEN ZU.**



Dieses Jahr feiern wir 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland – ein Jubiläum, über dem auch Wolken aufziehen.

strich unter den sogenannten „Schuld- kult“ – die nationalsozialistischen Verbrechen an den Juden seien doch längst zur Genüge aufgearbeitet worden. Diese Erinnerungs- und Schuldabwehr des Post-Holocaust-Antisemitismus findet wiederum ihren Ausdruck in der Relativierung der Shoah, der NS-Verbrechen und der deutschen Täterschaft. Einen nicht unwesentlichen Beitrag leisten hier Aussagen führender AfD-Funktionäre, wenn sie sich wie Alexander Gauland zu der Behauptung versteigen, „Hitler und die Nazis“ seien „nur ein Vogelschiss in unserer über 1.000-jährigen Geschichte“ gewesen, oder wie Björn Höcke eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ fordern.

Antisemitismus begegnet uns aber auch im linken Spektrum, das eine ausgeprägte Anfälligkeit für antisemitische Weltdeutungen aufweist. Gerade unter

dem Dach linker Kritik an einer neoliberalen Globalisierung öffnet sich eine große Bandbreite verschwörungsideologischer Denks, antisemitischer Narrative und Stereotypen. Ihre dominanteste Ausprägung finden sie aktuell im Tarnmantel der „Israelkritik“. In dieser weit verbreiteten Variante des Judenhasses verbinden sich unverhältnismäßige Kritik am Staat Israel, Täter-Opfer-Umkehr, Relativierung der Shoah und unverhohlener Antisemitismus zu einer toxischen Mischung. Über diesen perfiden Weg einer Umweg-Kommunikation scheint es diesen Personen heute wieder möglich, Juden als vermeintliche Repräsentanten Israels verantwortlich zu machen, zu kritisieren und sie zu einer Rechtfertigung der Politik Israels zu nötigen, ohne sich selber offen als antisemitisch zeigen zu müssen. Dementsprechend sah man führende Re-

präsentanten der Partei Die Linke noch vor wenigen Jahren in vorderster Reihe an den al-Quds-Märschen teilnehmen, während um sie herum „ Hamas, Hamas, Juden ins Gas“ skandiert wurde.

### ANTISEMITISMUS findet im rechten wie im linken Spektrum statt.

Als relativ junges Phänomen begegnet uns in Deutschland des Weiteren ein insbesondere von muslimischen Einwanderern mitgebrachter islamischer bzw. islamistischer Antisemitismus. Dieser geht bis auf den islamischen Antijudaismus des 7. und 8. Jahrhunderts zurück. Seit der Gründung des Staates Israel und der Niederlage der arabischen Staaten im Unabhängigkeitskrieg von 1948 speist er sich aber überwiegend aus der reichlich sprudelnden Quelle des Nahost-Konflikts. Mit dem Anwachsen der muslimischen Bevölkerung in Deutschland wuchs in den vergangenen Jahrzehnten auch der Anteil von Menschen, die aus kulturellen Kontexten stammen, in denen der Hass auf Juden ein fester Bestandteil ist. Aber erst als Muslime zu Beginn der 2000er-Jahre in einigen europäischen Ländern erstmals als Tätergruppe antisemitischer Übergriffe für größere Kreise sichtbar in Erscheinung traten, begann diese Gefahrenquelle als eine solche langsam auch bei uns an Konturen zu gewinnen.

Schließlich ist auch die gesellschaftliche Mitte nicht vor dem Gift des Antisemitismus gefeit. Sie hatte über Jahr-

zehnte hinweg eine gewisse Scheu an den Tag gelegt, mit diesem Thema in Verbindung gebracht zu werden. Jetzt ist der Antisemitismus auch in diesen Kreisen seit einigen Jahren wieder öffentlich auf dem Vormarsch. Die Meinungsbrücken zwischen extremistischen Rändern und politischer Mitte sind zahlreicher geworden. Themen, die uns bisher eher in Randbereichen begegnet sind, schieben sich nun zunehmend auch in die gesellschaftliche Mitte. Flankiert wird dieser Prozess durch einen Anstieg des antisemitischen Grundwasserspiegels bei der Nutzung Sozialer Medien. Die quantitative, aber auch qualitative Zunahme antisemitischer Beiträge und Kommentare „im Netz“ ist der sichtbarste Ausdruck dafür und befeuert hierzulande wie weltweit Verschwörungsglauben und Hass.

Bei Worten allein bleibt es dabei nicht. Die Zahl antisemitischer Straftaten steigt in Deutschland und auch in Bayern kontinuierlich. 2020 erreichten die Zahlen in Deutschland mit über 2.300 Delikten den höchsten Wert seit Beginn der statistischen Aufzeichnungen vor etwa 20 Jahren. Dies bedeutete einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr um rund 16 %. Die Dunkelziffer dürfte deutlich höher liegen. Die Tendenz ist weiter steigend. Der Weg vom Sagbaren über das Unsägliche zum Machbaren ist im achten Jahrzehnt nach dem namenlosen Zivilisationsbruch der Shoah wieder erschreckend kurz geworden.

In all diesen Entwicklungen ist politische Bildungsarbeit zentral gefordert. Antisemitismus ist nicht nur eine physische Gefahr für die jüdischen Gemeinden und ihre Mitglieder hierzulande. Er ist auch Symptom und Teil einer existenziellen Krise der Demokratie, richtet er sich im Kern doch gegen die offene Ge-

sellschaft insgesamt. „Wir dürfen antisemitisches Denken, Reden und Handeln weder im Netz noch im Alltag, weder digital noch analog dulden.“ Dieser Aufforderung von Ludwig Spaenle (CSU), dem Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, schließt sich die Hanns-Seidel-Stiftung nachdrücklich an.

### Antisemitisches Denken, Reden und Handeln dürfen NICHT geduldet werden.

Ihrem Auftrag gemäß konzentriert sie sich dabei primär auf die Analyse-, Präventions-, Netzwerk- und Bildungsarbeit. Diesem Ansatz ist auch der vorliegende Schwerpunkt gewidmet:

Mit Mirjam Zadoff, der Leiterin des NS-Dokumentationszentrums München, gehen wir der Frage nach, wie man heute an die Zigtausenden erinnern kann, die grundlos aus der Gemeinschaft der deutschen Nation, die sie über Generationen hinweg mitgeprägt hatten, ausgeschlossen worden waren. Und ihre Auffassungen lassen evident werden, wie unerlässlich diese Erinnerung ist, um auch in der Gegenwart einer schleichenden Radikalisierung unserer toleranten Gesellschaft etwas entgegenzusetzen. Katharina von Schnurbein, die Antisemitismusbeauftragte der EU-Kommission, unterstreicht, dass der Kampf gegen Antisemitismus mit der Anerkennung aller seiner zeitgenössischen Formen begin-

nen muss. Und sie wirft aus aktuellem Anlass einen intensiven Blick auf den israelbezogenen Antisemitismus, dem europäische Juden heute am häufigsten begegnen, sowie auf die Strategien der Europäischen Union gegen antisemitischen Hass im Internet.

Das zu Beginn erwähnte Jubiläumsgeschäft greift schließlich Andrea Löw noch einmal auf, die Stellvertretende Leiterin des Instituts für Zeitgeschichte. Sie nimmt uns hinein in das aktuelle jüdische Leben in Deutschland mit seiner bunten und bereichernden Vielfalt – mit seiner wieder wachsenden Angefochtenheit, seiner Fragilität und seinem Bedrohtheit. Judentum in Deutschland, so ihre wachrüttelnde Diagnose, sei heute Religionsausübung im Belagerungszustand. Gemeinsam mit den anderen Autorinnen verweist sie auf die Zunahme antisemitischer Äußerungen und Straftaten im Kontext der Corona-Pandemie und unterstreicht noch einmal deutlich, dass sich Antisemitismus zum einen zwar direkt gegen Juden richtet, zum andern aber auch eine fundamentale Bedrohung unserer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft insgesamt darstellt. Dementsprechend sind wir auch alle gemeinsam herausgefordert. ///



Quelle: ELKB Rost

**/// DR. PHILIPP W. HILDMANN**  
ist Leiter des Kompetenzzentrums Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Interkultureller Dialog / Planungsstab, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

/// Gegen das Vergessen

## ERINNERUNG IN EINER GESELLSCHAFT DER VIELEN

**MIRJAM ZADOFF** /// Der europaweit wachsende „neue Antisemitismus“ ist eine Gefahr für Jüdinnen und Juden, aber auch für die Demokratie an sich. Diversität, gegenwärtige und vergangene, hat sich nicht adäquat in ein deutsches Kulturverständnis eingeschrieben. Umso mehr brauchen wir eine offene Gesellschaft, in der Minderheiten ohne Vorbehalte geschützt werden und als aktive Träger einer vielfältigen Kultur Anteil an demokratischen Prozessen und Erinnerungsdiskursen haben. Dafür braucht unsere Gesellschaft eine verantwortungsvolle und multiperspektivische Erinnerungsgeschichte.

### Was Bilder zeigen können

Bilder sind nicht immer, was sie scheinen – auch nicht die Sammlung kleinformatiger Schwarzweißfotos, die im März 2021 bei einer Online-Konferenz zur Geschichte der jüdischen Jugend vorgestellt wurde.<sup>1</sup> Landschaften, Sehenswürdigkeiten und Straßenszenen sind da zu sehen, dazwischen Fotografien von Teenagern, die mit ihren Fahrrädern von Bonn nach Köln radeln, oder

per Anhalter durch Deutschland unterwegs sind. Es handelt sich um Schnappschüsse, die jüdische Jugendliche mit ihren eigenen Kameras machten, die sie zur Bar\*Bat Mitzvah oder zum Geburtstag erhalten hatten.

Ein kleines Detail lässt diese Fotografien im richtigen Licht erscheinen: Sie wurden in der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre aufgenommen, manche 1936, andere erst 1939 und kurz vor



Das Kunstwerk „The Blacklist / Die Schwarze Liste“ von Arnold Dreyblatt am Königsplatz in München. Es ist ein Mahnmal zur Erinnerung an die Bücherverbrennungen der Nationalsozialisten im Jahr 1933.

Ausbruch des Krieges, zu einer Zeit also, als das Leben und die Mobilität von Juden in Deutschland bereits massiv eingeschränkt und ihnen viele Aktivitäten verboten worden waren. Trotzdem gelang es diesen Jugendlichen, sich ein Stück Unabhängigkeit und Mobilität zurückzuholen und diese kurzen Fluchten zu dokumentieren. Keine Frage, es erforderte großen Mut in diesen Jahren als jüdischer Teenager per Fahrrad oder Anhalter durch Deutschland unterwegs zu sein, wo der öffentliche Raum feindselig und gefährlich war. Und es erforderte Mut, diese Ausflüge zu dokumentieren und die Fotoalben

ins Exil zu retten. Von einer Geografie des Trotzes und der Auflehnung spricht die Historikerin Rebekka Grossmann deshalb, deren Forschungen diese vergessenen Fotografien zu Tage gebracht haben.

**FOTODOKUMENTE zeigen, dass sich einige jüdische Jugendliche noch Handlungsspielräume erkämpften.**

### Was Bilder zeigen sollten

Diese Fotografien dokumentieren nicht wie andere Aufnahmen der Zeit die Verfolgung und wachsenden Einschränkungen von Juden in Deutschland. Und doch erzählen sie mit Blick auf die erkämpften Handlungsspielräume davon, wie bedrängt der Alltag gewesen war, aus dem man sich davonestahl. In Knickerbockern und mit geschulterten Rucksäcken holten sich diese Jugendlichen ein Stück weit den Freiraum zurück, der ihnen durch das Regime genommen worden war. In ihren Fotografien schrieben sie sich selbst trotzig in Straßen und Ansichten ein, in denen für Juden und Angehörige anderer Minderheiten kein Platz mehr vorgesehen war. Denn das Regime bestimmte, dass seine angeblichen Feinde innerhalb der deutschen Bevölkerung im öffentlichen Raum nur mehr in negativen, verzerrten Bildern dargestellt werden durften. In der Propaganda des „Stürmers“ etwa, wo regelmäßig die angeblichen Verschwörungen eines „Weltjudentums“ in Karikaturen visualisiert wurden, oder im Spielfilm „Jud Süß“, der Juden als Vergewaltiger deutscher Frauen darstellte und den 20 Millionen deutsche Kinobesucher gesehen hatten oder auch in den großen Propagandaausstellungen wie der Schau „Der ewige Jude“, die im November 1937 in München im Bibliotheksbau des deutschen Museums eröffnet wurde.

**Das NS-Regime stellte Juden nur noch in **NEGATIVEN** Bildern dar.**

Damals inszenierten die mit der Ausstellung beauftragten Kuratoren auf 3.500 Quadratmetern und in 20 Sälen in Objekten, gefälschten Statistiken, ins Monströse vergrößerten Fotos und angstmachenden Weltkarten einen hetzerischen Antisemitismus. Schulklassen wurden zwangsverpflichtet, ein begeisterter Joseph Goebbels reiste an, über 5.000 Besucher kamen jeden Tag. Die Ausstellung wanderte weiter nach Wien, Berlin, Bremen, Dresden und Magdeburg und wurde von über einer Million Menschen gesehen. Eine ähnliche Schau wurde im Herbst 1941 im besetzten Paris einem französischen Publikum präsentiert. Lobend kommentierte der Völkische Beobachter: „So hat diese absolut objektive, fast leidenschaftslose Ausstellung den Zweck, jedem die Augen zu öffnen anhand unwiderlegbarer Dokumente.“ Zu diesen angeblich objektiven Dokumenten zählten: Nasen, riesenhaft vergrößerte Nasen, Münder und Ohren, groteske Karnevalsobjekte in musealen Glasvitrinen. Dazwischen fanden sich, kleiner und fast schon unscheinbar, Gipsmasken deutscher Juden – in Konzentrationslagern angefertigte Lebendmasken, mit denen deportierte und gequälte Menschen in Ausstellungsobjekte transformiert wurden.<sup>2</sup>

Die Tradition der Lebendmasken reicht zurück bis ins späte 19. Jahrhundert, als in der deutschen Kolonie Papua-Neuguinea Gipsmasken der indigenen Bevölkerung angefertigt wurden, die man später kolorierte und im Berliner Wachsfigurenkabinett ausstellte. Diese koloniale Technik, Gesichter in Objekte für die Wissenschaft zu verwandeln, wurde bald von der Fotografie abgelöst. Nicht zufällig holten Nazi-Kuratoren diese koloniale Praxis 1937 zurück ins Museum. Es galt, aus Deut-

schen Fremde zu machen, aus bekannten Gesichtern „Unzivilisierte“, aus Vertrauten Feinde. Material und Technik sollten visualisieren, was die Propaganda täglich in ihren Slogans und Hetzreden wiederholte, nämlich, dass es Deutsche gab, denen alles zustand, und solche, denen alles abgesprochen wurde, auch das Deutsche und die damit

**MITTELS pseudowissenschaftlicher Technik und Dokumentation sprach man „Unzivilisierten“ ihre Zugehörigkeit zur Gesellschaft ab.**

verbundenen Rechte. Die meisten Juden, die 1933 zu Fremden und Feinden erklärt wurden, lebten seit Generationen in Deutschland. Um ihre Isolation, Beraubung und Verfolgung zu rechtfertigen, bediente man sich alter antisemitischer Feindbilder und vermischte sie mit (anti)modernen Verschwörungsmethoden und pseudowissenschaftlicher Rassenforschung.

### Das Ende der offenen, vielfältigen Gesellschaft

Die Weimarer Republik war zweifelsohne eine problematische, fehlerhafte und fragile Demokratie gewesen, aber sie war näher an einer offenen, vielfältigen Gesellschaft als alles, was Deutschland bis dahin erlebt hatte. Weimar brachte Freiheiten und ein neues Selbstverständnis für Frauen, Minderheiten und eine bis dahin weitgehend stumme Jugend. Dieses rasche und wilde Aufblühen ge-

sellschaftlicher Diversität wurde 1933 mit allen Mitteln aus dem öffentlichen Leben entfernt, Museen und Bibliotheken wurden von ihr gesäubert, ihre Vertreter unterdrückt und verfolgt. An Stelle der Vielfalt rückte eine imaginierte „Volksgemeinschaft“, weiß, homogen, nationalistisch, antisemitisch. Eine Gesellschaft, die angeblich die Kontinuität deutscher Kultur und Tradition repräsentierte und dabei die Geschichte der modernen Migration ungeschrieben machen wollte.

Eine der Gipsmasken, die 1937 in München ausgestellt wurden, zeigte Werner Scholem, der zu Beginn der 20er-Jahre ein bekannter deutscher Politiker gewesen war. Der Sohn aus bürgerlich-jüdischem Haus und Bruder des späteren Religionswissenschaftlers Gershom Scholem machte sich zu Beginn der Weimarer Republik einen Namen als einer der jungen Radikalen in der kommunistischen Partei. Wie viele andere junge Juden suchte er nach einem Bruch mit einer Gesellschaft, die von Antisemitismus und sozialer Ungerechtigkeit geprägt war. Damals entwickelte Joseph Goebbels eine persönliche Feindschaft gegenüber dem Redakteur und Politiker Scholem, eine gefährliche Prominenz.

Mitte der 1920er-Jahre zierte sein Porträt bereits nationalsozialistische Wahlplakate. Kurz darauf geriet Werner Scholem in Clinch mit den Stalinisten in der KPD und flog 1926 aus der Partei. Ungeachtet dessen tauchte sein Konterfei mehr als zehn Jahre später in der großen Münchner Propagandaausstellung auf, als Inbegriff des Feindes im eigenen Land. Die Gipsmaske war im KZ Dachau angefertigt worden, wo Werner Scholem damals inhaftiert war. Eine entfernte Verwandte entdeckte das Objekt in

der Ausstellung. Wäre nicht auch ein Namensschild angebracht gewesen, hätte sie ihn nicht erkannt. Vier Jahre Haft in Gefängnissen und Konzentrationslagern hatten Spuren an dem 41-Jährigen hinterlassen und die Maske zeigte einen frühzeitig gealterten Mann. Weniger als drei Jahre später, im Sommer 1940, wurde er im KZ Buchenwald erschossen, einer von Zigtausenden, die grundlos aus der Gemeinschaft der deutschen Nation ausgeschlossen worden waren und derer man sich erst Jahrzehnte später wieder erinnerte – wenn überhaupt.

### Das Vergessen

Viele wurden und blieben vergessen, ebenso wie die Vielfalt jüdischer Kulturen in Vergessenheit geriet. Anfang Mai 2021 wurde am Münchner Königsplatz ein Mahnmal in Erinnerung an die Bücherverbrennungen 1933 eröffnet. Am mutmaßlichen Ort der nationalsozialistischen Bücherverbrennungen ist nun eine Spirale in den Boden eingelassen, die 359 Buchtitel von 310 Autoren aneinanderreihet. Die Titel sowie der Name des Kunstwerks basieren auf den historischen „schwarzen Listen“ des Berliner Bibliothekars Wolfgang Herrmann, die grundlegend für die Auswahl der Autoren und der verbrannten Bücher war. Das Mahnmal des amerikanisch-deutschen Künstlers Arnold Dreyblatt, „The Blacklist / Die Schwarze Liste“, erinnert an Bücher, die in den Jahren vor 1933 in

**Die Bücherverbrennung 1933 sollte jüdische Kultur VERGESSEN machen.**

Buchhandlungen, auf Kaffeetischen und Wohnzimmerregalen den diversen und vielstimmigen Charakter der ersten deutschen Demokratie repräsentierten. Frauenrechtlerinnen meldeten sich da ebenso zu Wort wie Sozialdemokraten, Kommunisten, Anarchisten, Sexualwissenschaftler, Pädagogen und Romanciers, viele von ihnen Juden. Diese Vielfalt wurde 1933 gewaltsam aus öffentlichen Sammlungen entfernt, um das Trugbild eines homogenen „deutschen Volkes“ entstehen zu lassen, einer Gesellschaft der Diskriminierung und des Ausschlusses – und des Vergessens.

Die Drohung, aus dem europäischen Gedächtnis gelöscht zu werden, war den Verfolgten nur allzu bewusst. Im Warschauer Ghetto fand sich eine Gruppe von Intellektuellen um den Historiker Emanuel Ringelblum und sammelte alles, was an Dokumenten und Artefakten auffindbar war, um sowohl die Geschichte des Ghettos und der Verfolgung zu dokumentieren als auch die Geschichte und Kultur des polnischen Judentums vor 1939. Bis heute finden sich viele Bücher, die Wolfgang Herrmann 1933 auf seine „schwarzen Listen“ aufnahm und die daraufhin öffentlich verbrannt wurden, nicht mehr in deutschen Bibliotheken. Bis heute tauchen Juden, Roma und Sinti und andere in vielen Schulcurricula gar nicht oder nur als Verfolgte auf, aber nicht dort, wo ihr Platz wäre, nämlich im Zentrum der deutschen Geschichte als einer multiperspektivischen Erzählung.

### Der Prozess des Erinnerns

Die Vergangenheit ist nicht abgeschlossen, sondern über biografische und strukturelle Kontinuitäten mit dem Heute verbunden. In diesem Sinn ist auch das Erinnern ein Prozess, der sich

aus der jeweiligen Gegenwart nährt. Das Erinnern an Nationalsozialismus und Holocaust reflektiert diese Prozesshaftigkeit besonders deutlich, weshalb der gern gebrauchte Begriff der Erinnerungskultur irreführend ist. Ohne Kenntnis seiner Genese könnte man glauben, es handle sich um eine per Dekret beschlossene politische Entscheidung, die das Erinnern in den 1950ern oder 60ern in die Parlamente und Innenstadtlagen geholt und eine breite Gedenkkultur installiert hat. Nichts an diesem Begriff verweist auf den langwierigen, konfliktreichen und oft schmerzhaften Prozess, der fast ausnahmslos auf die hartnäckige Initiative Einzelner – Überlebender, Lehrer, Mitglieder lokaler Geschichtswerkstätten und viele mehr – zurückging; ein Prozess, der erst lange nach Kriegsende erste große und sichtbare Erfolge verzeichnete.

Was heute gern mit Stolz unter den Errungenschaften der „deutschen Erinnerungskultur“ aufgezählt wird, verdanken wir ganz besonders den Überlebenden und Zeitzeugen. Noch 1966 befürchtete Jean Améry, dass es für deutsche Jugendliche dereinst unmöglich sein werde, Goethe zu zitieren, aber Himmler auszulassen. Améry war einer von vielen Überlebenden, die zu Zeugen der deutschen Verdrängung und Ignoranz der Nachkriegsjahre wurden. Sie waren es, die über Jahrzehnte einen widerständigen Kampf für das Erinnern geführt haben, und es dauerte bis in die 1970er- und 80er-Jahre, bis ihre Erzählungen endlich ein breites Publikum erreichten. Noch Ende der 1980er-Jahre führte Saul Friedländer einen richtungsweisenden Briefwechsel mit Martin Broszat, dem Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte. Broszat vertrat die damalige Sicht der deutschen Zeitge-

schichte, als er die Erinnerungen der Überlebenden zu „geschichtsvergrößernde(n) Mythen“ degradierte, die einer objektiven, auf den Hinterlassenschaften der Täter basierenden Wissenschaft gegenüberstünden. Den Tätern und ihren Nachkommen wurde damit größere Sachlichkeit und Neutralität zugesprochen als den Zeitzeugen und ihren Nachkommen.

Friedländer, Überlebender und Professor für Geschichte in Israel und den USA, konterte und forderte eine „integrierte Geschichte“, die Täter- und Opferperspektiven verknüpft und sich damit von einer Deutungshoheit der Täternation löst. Friedländers Forderung

**Erinnerungskultur braucht eine MULTIPERSPEKTIVISCHE Ausrichtung.**

nach einem multiperspektivischen Erinnern brachte einen damals längst fälligen Wandel im deutschen Nachdenken über die nationalsozialistischen Verbrechen und sie kann als Vorbild dienen für die Aufarbeitung anderer Traumata. Seine Geschichte zeigt, wie wichtig widerständiges Denken für die Ausbildung von Erinnerungsdiskursen war, und es bis heute ist.

Im November 2019 eröffneten wir in den Räumen des Münchner NS-Dokumentationszentrums die Ausstellung „Tell me about yesterday tomorrow“, in der es, so eine Pressestimme, darum ging, zu „Erinnern, um die Welt neu zu denken“. Über fünfzig, teilweise eigens

für die Ausstellung entstandene, künstlerische Arbeiten stellten Fragen an die deutsche Erinnerungskultur oder brachten diese in einen Austausch mit anderen kulturellen und nationalen Diskursen über traumatische Vergangenheiten. In diesem Rahmen entstand auch die Arbeit „The Steeple and the People“ der kanadischen Künstlerin Ydessa Hendeles, die in der nahegelegenen Kirche der Abtei St. Bonifaz zu sehen war. Die als Tochter von Auschwitz-Überlebenden in Deutschland geborene und in Kanada aufgewachsene Künstlerin ließ sich mit ihrer Installation sensibel auf diesen besonderen Ort ein. In St. Bonifaz, als Kloster und Gemeindezentrum, stehen Gebet, Einkehr und Gemeinschaft im Vordergrund, im klostereigenen Flüchtlings- und Obdachlosenheim geht es um Empathie und Solidarität mit den Verlierern der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen.

Ydessa Hendeles schuf dafür eine zeitgenössische künstlerische Fabel, die rund um die Geschichte der jüdischen Gemeinde Fürth, eine alternative, utopische Auslegung einer eigentlich dystopischen Erzählung der Vergangenheit entwarf. Trennung und Verfolgung wurden darin in eine Geschichte von Akzeptanz und Hoffnung verwandelt. Im Zentrum der aufwendigen Installation befand sich die kleine, zerknitterte Fotografie einer Gruppe von Jugendlichen und Erwachsenen aus dem Jahr 1932, das einzige Familienfoto des Vaters der Künstlerin, das er wahrscheinlich über seine Jahre in Auschwitz bei sich getragen und gerettet hatte. Es ist der klösterlichen Gemeinschaft zu verdanken, dass dieses vielschichtige Kunstwerk, das nicht zuletzt die Geschichte des christlichen Antisemitismus in Bayern offenlegt, beinahe ein ganzes Jahr lang in die

Gemeindefarbeit der Pfarrei und das Alltagsleben der Abtei integriert wurde.

### Zukünftiges Erinnern

Kürzlich wurde ich in einem Interview gefragt, ob nicht auch heutige Stätten jüdischer Kultur in Deutschland als Erinnerungsorte betrachtet werden müssten? Diese Frage enthüllt den Kern eines großen Problems des gesellschaftlichen Erinnerns hierzulande. Denn Synagogen oder Kulturzentren von Roma und Sinti sind keine Erinnerungsorte der deutschen Verbrechen und Genozide. Sie sind Symbole dessen, was vergessen wurde, nämlich die Geschichte der Diversität und Vielfalt vor 1933, die der Homogenisierungswahn der Nazis aus Bibliotheken, Museen, Archiven und dem Bewusstsein der Menschen „gesäubert“ hat. Und es dauerte lange, bis diese Diversität wieder in der deutschen Gesellschaft angekommen war und ist.

Gerade in diesen langen Monaten der Pandemie stellt sich die Frage, welche neuen Wege es für das Sprechen, Denken und Visualisieren von Erinnerung geben kann oder soll. Denn obwohl vieles richtig gemacht wurde, ist es mehr als bedenklich, wenn in deutschen Parlamenten eine „Erinnerungswende“ gefordert wird, und monatelang Pandemielegner im Verbund mit Verschwörungsfanatikern und Rechtsradikalen durch die Innenstädte marschieren, um sich als Opfer einer „Corona-Diktatur“ zu inszenieren, mit gelbem Stern an der Brust und Vergleichen mit Anne Frank und Sophie Scholl im Mund. Was ist falsch gelaufen, wenn gewaltsame antisemitische und rassistische Übergriffe zunehmen, wenn rechtsextreme Ideologien in Polizei und Militär kolportiert werden, ohne dass eine Gesellschaft sich geschlossen und solidarisch zur

Wehr setzt? Hat der Geschichtsunterricht versagt? Oder verblasst die Erinnerung in einer Art natürlichem Vorgang, weil die zeitliche Distanz wächst?

Aus dem Gedenken muss  
**VERANTWORTUNG für politisches Handeln, Menschlichkeit und Empathie folgen.**

So wichtig ritualisiertes Gedenken ist (und daran habe ich keinen Zweifel), läuft es doch Gefahr, instrumentalisiert zu werden, wenn sich keine Verantwortung für politisches Handeln, für Menschlichkeit und Empathie daraus ableitet. Die Erinnerung an den Nationalsozialismus zeigt auf vielen Ebenen, wie wichtig gesellschaftliche Verantwortung und Solidarität sind und was zu lernen ist aus der schleichenden Radikalisierung einer toleranten Gesellschaft, aus dem Empathie-Verlust gegenüber Freunden, Nachbarn oder Kollegen, aus der Verantwortung der Ermöglicher und der Rolle der unscheinbaren Mitläufer, der Profiteure und Stillhalter, die das Rückgrat des Regimes bildeten. Die Grauzonen sind es, in denen sich die Relevanz und Notwendigkeit gesellschaftlicher Solidarität, Verantwortung und Zivilcourage zeigt.

„Antisemit ist immer nur der Andere“, schrieb der Historiker und Schriftsteller Doron Rabinovici vor kurzem über die aktuellen Debatten zum „neuen Antisemitismus“, und weiter: „Der Judenhass richtet sich gegen die offene

Gesellschaft schlechthin. Er ist deshalb nicht nur eine physische Gefahr für die jüdischen Gemeinden, sondern ebenso ein Symptom und ein Teil der existentiellen Krise der Demokratie.“<sup>3</sup> Diversität, gegenwärtige und vergangene, hat sich nicht adäquat in ein deutsches Kulturverständnis eingeschrieben, und es gilt, neue Erzählungen zu entdecken und vergessene Menschen zu feiern. Um globale, rechtsextreme Allianzen abzuwehren, brauchen wir eine offene Gesellschaft, in der Minderheiten ohne Vorbehalte geschützt werden und Anteil haben an demokratischen Prozessen und an Erinnerungsdiskursen, nicht als zu erziehendes Publikum oder gar als „Objekte“ in Sammelgebieten von Museen, Archiven oder Bibliotheken, sondern als aktive Träger einer vielfältigen Kultur und Erinnerung. ///



Autorenfoto: © Orla Connolly

/// DR. MIRJAM ZADOFF  
ist Direktorin des NS-Dokumentationszentrums München.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Grossmann, Rebekka: Geographies of Defiance: Cross-National Mobilities of German-Jewish Youth, 1929-1939, <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8940>

<sup>2</sup> Zadoff, Mirjam: Der rote Hiob: Das Leben des Werner Scholem, München 2014.

<sup>3</sup> Rabinovici, Doron: Antisemit ist immer nur der Andere. Oder: Veränderungen in der globalen Debatte über den neuen Antisemitismus und deren österreichische Widerspiegelung, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 29, 2020, S. 314-321.

/// Was tun wir gegen Judenfeindlichkeit?

## EU-STRATEGIEN GEGEN ANTISEMITISMUS

**KATHARINA VON SCHNURBEIN** /// Seit der Jahrtausendwende ist Antisemitismus wieder sichtbarer geworden. Die EU-Kommission wird 2021 die erste EU-Strategie gegen Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens vorlegen. Antisemitismusbekämpfung beginnt mit der Anerkennung aller Formen des zeitgenössischen Antisemitismus und muss alle relevanten Politikbereiche einbeziehen. Aus aktuellem Anlass wird ein besonderes Augenmerk auf israelbezogenen Antisemitismus sowie auf Judenhass im Internet gelegt.<sup>1</sup>

### Europa, Mai 2021

In meinem jüdischen Bekanntenkreis breitet sich gerade wieder Unbehagen aus. In Israel werden seit Tagen Zivilisten von der Hamas beschossen und europäische Juden werden gefragt, ob sie einmal erklären könnten, was in „ihrem“ Land denn wieder los sei. Und zwar nicht etwa, weil sie Politikwissenschaft studiert haben oder beruflich auf den Nahen Osten spezialisiert sind, son-

dern einfach, weil sie Juden sind. Auf sozialen Medien müssen sie mitansehen, wie Pro-Palästinenser vor der Synagoge in Gelsenkirchen „Sch\*\*\* Juden“ skandieren. Auf Twitter schreiben einige offen, dass sie Angst vor judenfeindlichen Übergriffen auf der Straße haben. Die nationalen jüdischen Dachverbände in einigen EU-Ländern schicken Warnungen heraus, mit als jüdisch erkennbaren Symbolen vorsichtig zu sein. Eine



Der Antisemitismus ist wieder auf dem Vormarsch. Dem muss mit aller Kraft entgegengewirkt werden.

Freundin in Belgien sagte mir, sie sei erleichtert, dass die jüdische Schule ihrer Kinder wegen Shavuot<sup>2</sup> ohnehin geschlossen sei. Einige fragen sich öffentlich: „Ist es Zeit, (wieder) die Koffer zu packen?“ Frustriert bemerkte der Kolumnist Mike Wulinger auf Twitter: „Wer Juden nur als Stolpersteine kennt, kann wohl nicht verstehen, dass die

heute Lebenden nicht einfach auf sich rumtrampeln lassen. Und viele vermischen den öffentlichen Aufschrei, den Aufstand der Anständigen“.<sup>3</sup>

### Antisemitismus im 21. Jahrhundert

Antisemitismus, diese älteste Form des Hasses, ist seit der Jahrtausendwende erneut auf dem Vormarsch. Weg war er nie, aber jetzt werden antisemitische Vorurteile wieder ungenierter, öffentlich und mit Klarnamen geäußert. Laut einer repräsentativen Umfrage der EU-Grundrechteagentur von 2018 unter 16.300 europäischen Juden in 12 EU-Mitgliedsstaaten<sup>4</sup> sagen neun von zehn Befragten, dass Antisemitismus ihr größtes Problem sei, noch vor anderen Problemen wie der Angst vor Arbeitslosigkeit oder Krankheit.<sup>5</sup> In manchen

Mit dem Konflikt im Mai 2021 im Nahen Osten macht sich **ZUNEHMENDER Antisemitismus in Europa** bemerkbar.

Ländern richten sich 60 bis 70% der registrierten hassmotivierten Straftaten gegen die jüdische Bevölkerung, die in jedem EU-Land weit weniger als 1% der Bevölkerung darstellt.

Von der Antike über das Mittelalter bis zur Neuzeit verfestigte sich ein negatives Judenbild. Antisemitismus mutierte, neue Ausdrucksformen kamen hinzu, während die alten nicht verschwanden. So existieren heute christlicher, muslimischer, rassistischer Judenhass neben Verschwörungsmysmen, die einst die Pest den Juden in die Schuhe schoben und heute Juden oder Israel für den Ausbruch der Corona-Pandemie verantwortlich machen. Nach der Shoah hätte man meinen können, dass es mit dem Judenhass endlich vorbei sei. Stattdessen kamen Holocaustleugnung und -trivialisierung hinzu, und seit der Gründung Israels versteckt sich Antisemitismus bequem hinter Anti-Zionismus, der als politische Meinung präsentiert wird.

**Seit der Antike existiert ein**  
**NEGATIVES Judenbild.**

### Die Arbeitsdefinition „Antisemitismus“ der IHRA

Die verschiedenen Formen des Antisemitismus wurden 2016 in der Arbeitsdefinition „Antisemitismus“ der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) zusammengefasst. Diese wurde einstimmig von den damals 31 Mitgliedsstaaten der IHRA angenommen.<sup>6</sup> An der IHRA-Definition wird gelegent-

lich bemängelt, dass sie Kritik gegenüber Israel einschränkt. Dabei besagt sie explizit, dass „Kritik an Israel, so wie sie gegenüber anderen Ländern geübt wird, nicht antisemitisch ist“ und dass „antisemitische Taten dann Straftaten sind, wenn sie als solche vom Gesetz bestimmt sind“.

Laut der FRA-Umfrage 2018 betrachten europäische Juden auf einer Liste von acht Aussagen Holocaustleugnung als die perfideste Form des Antisemitismus. Die Aussage, der sie aber, insbesondere online, am häufigsten begegnen, ist israelbezogener Antisemitismus. Würde die IHRA-Definition diese Form des Antisemitismus nicht berücksichtigen, würde man entscheidende Erfahrungen der Betroffenen ausklammern. Die Mehrheit der Juden in Europa macht diese Unterscheidung übrigens: Während nur 38% Kritik an Israel als antisemitisch betrachten, wird die von manchen Vertretern des linken politischen Spektrums unterstützte palästinensische „Boycott, Divestment and Sanctions“-Bewegung (BDS), die u. a. zum Boykott israelischer Künstler und Wissenschaftler als Vertreter eines Apartheid-Staates aufruft, von 82% der Respondenten als antisemitisch angesehen.<sup>7</sup>

Für die Europäische Kommission ist die IHRA-Definition seit Januar 2017 die Grundlage ihrer Politik gegen jegliche Form von Antisemitismus. Das Europäische Parlament hat die Definition im Juni 2017 angenommen und der Europäische Rat bezieht sich in zwei Ratserklärungen von 2018 und 2020 darauf. Um Strafverfolgungsbehörden, Schulleitungen, Lehrern sowie den Medien die Anwendung der IHRA-Definition zu erleichtern und um Missverständnissen hinsichtlich der Meinungsfreiheit vorzubeugen, hat die Europäische Kommission im Januar

2021 gemeinsam mit der IHRA ein Handbuch zur praktischen Anwendung der IHRA-Definition<sup>8</sup> veröffentlicht.

### Israelbezogener Antisemitismus

Aus aktuellem Anlass soll hier der israelbezogene Antisemitismus näher beleuchtet werden. Dass er im öffentlichen Raum sehr präsent ist, mag damit zusammenhängen, dass jeder zweite Europäer Juden in seinem Land durch die Brille des Nahost-Konflikts wahrnimmt.<sup>9</sup> In manchen Ländern, wie etwa in Deutschland, liegt die Zahl wesentlich höher.<sup>10</sup> Es ist also nicht verwunderlich, dass die jüdische Gemeinde in Europa sich bedroht fühlt, wann immer der Nahost-Konflikt aufflammt.

**Der israelbezogene Antisemitismus**  
**korreliert mit dem NAHOST-KONFLIKT.**

Besonders virulent sind zurzeit die öffentlichen Bekundungen aus pro-palästinensischen Kreisen, bei denen die rote Linie zum Antisemitismus oft überschritten wird. Umfragen haben ergeben, dass antisemitische und anti-zionistische Vorurteile unter Muslimen zwei- bis dreimal verbreiteter sind<sup>11</sup> als in der Gesamtbevölkerung<sup>12</sup>. Eines muss klar sein, und das wurde auch von der Europäischen Kommission im Zuge der jüngsten Demonstrationen wieder deutlich gemacht: Man kann mit der Politik Israels uneins sein, jedoch rechtfertigt kein Konflikt in der Welt Hassrede oder antisemitische Taten gegenüber Juden in Europa. Anti-

semitische Volksverhetzung muss strafrechtlich verfolgt werden.

Gerne zeigt man im rechten politischen Spektrum auf importierten Antisemitismus. Damit macht man es sich jedoch zu einfach. Antisemitismus gab es bekanntlich lange bevor es Israel gab, ja wahrscheinlich sogar bevor der Islam als Religion gestiftet wurde. Antisemitismus kommt in Deutschland immer noch überwiegend vom rechten politischen Rand und aus rechtsextremen Kreisen. Und: Bisher fehlt es im Rahmen von Integrationsmaßnahmen an klaren Botschaften, dass, wer Deutscher und damit Teil dieser Gesellschaft werden will, jüdisches Leben als selbstverständlich dazugehörig ansehen muss.

Nach wie vor ist die Sicherheit die größte Sorge der jüdischen Europäer. Im Rahmen der seit 2019 bestehenden Arbeitsgruppe Antisemitismus der EU-Kommission beraten Mitgliedsstaaten und jüdische Vertreter die Ausarbeitung und Umsetzung nationaler Strategien, zu der sich alle EU-Länder in Erklärungen des Rates zum Antisemitismus von 2018<sup>13</sup> und 2020<sup>14</sup> verpflichtet haben. Die Gewährleistung der Sicherheit ist ein zentrales Thema. Das schließt die Finanzierung der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen mit ein. Die Kommission hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von Gesetzgebungsiniciativen und politische Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Terrorismus und gewaltbereitem Extremismus auf den Weg gebracht. Zudem wurden 2020 zwölf Millionen Euro für den Schutz von religiösen Stätten bereitgestellt.

### Antisemitismus online

Das Internet ist in der vergangenen Dekade zum größten Forum der Verbreitung von Judenhass und Verschwö-



rungsmythen geworden. Während der Corona-Pandemie stiegen antisemitische Inhalte signifikant an. Auch gelbe Judensterne mit „ungeimpft“ in einer das Hebräische verunglimpfenden Schrift konnte man weitgehend unwidersprochen tragen. Um Hass und Hassrede im Internet beizukommen, braucht es entschlossenes Vorgehen: Plattformbetreiber, die sich ihrer Macht und Verantwortung bewusst sind und entsprechend handeln; europäische Gesetze, die greifen und national umgesetzt werden; nationale Behörden, die Hassrede und Volksverhetzung im Netz ebenso ahnden wie auf der Straße, und verantwortungsvolle Nutzer.

**Das INTERNET ist das größte Forum für Verbreitung von Judenhass und Verschwörungsmythen.**

Plattformen verdienen ihr Geld mit der Verbreitung von Inhalten. Hass und Hetze verkaufen sich gut. Dies hat dazu geführt, dass online Verhalten geduldet wurde, welches man im analogen Zusammenleben niemals tolerieren würde. Fake News haben zu Einflussnahme im Wählerverhalten geführt und Hetze und Verschwörungsmythen zu terroristischen Anschlägen wie auf die Synagoge in Halle im Oktober 2019 und die Shisha-Bar im Februar 2020 in Hanau.

Mit der Rahmenrichtlinie gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit von 2008 hat die EU eine rechtliche Grundlage geschaffen, wonach Hassre-

de, die auf gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit basiert, strafbar ist. Und was offline strafbar ist, ist auch online strafbar. Straftaten im Netz sind zu ahnden. Dazu müssen Algorithmen und „Big Data“ ausgewertet werden können. Das erfordert mehr geschultes Personal in Strafverfolgungsbehörden, engeren Austausch zwischen nationalen Behörden und enge Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern und Experten, die Hassrede im Internet analysieren.

2016 hat die Europäische Kommission einen freiwilligen Verhaltenskodex mit den großen sozialen Medien und Plattformen vereinbart. Darin verpflichten sich diese, ihnen gemeldete illegale Hassrede binnen 24 Stunden zu prüfen und gegebenenfalls zu löschen. Der Verhaltenskodex hat nicht nur dazu geführt, dass Hassrede beseitigt wird, wenn auch zu wenig, vielmehr haben die Plattformen mit der Unterschrift auch ihre Verantwortung anerkannt. Sie sind nicht nur Briefträger für Botschaften, sondern haben über Algorithmen auch Einfluss darauf, ob und wie sich Inhalte verbreiten.

Das Internet wird gerne als Datenautobahn ohne Verkehrsregeln bezeichnet. Die Europäische Kommission hat 2020 ein Gesetz über digitale Dienstleistungen vorgelegt, das systematische Ansätze zur Regulierung und Überwachung von Plattformen festlegt. Es geht um mehr Transparenz von Datenflüssen, Werbung, Algorithmen, Moderation, Benachrichtigungsverfahren über illegale Inhalte, Rechenschaftspflicht und Kooperationspflichten mit Behörden.

Zu guter Letzt muss aber auch jeder einzelne Nutzer verantwortungsvoll mit Inhalten umgehen. Das beginnt beim Lesen eines jeden Artikels, bevor man ihn weiterleitet, und geht bis zum Hin-

terfragen von Verschwörungsmythen. Hassrede und Verschwörungsmythen im Netz anzusprechen braucht Mut, weil die Gefahr besteht, selbst Opfer von Anfeindungen zu werden. Als im Zuge der Corona Pandemie im Frühjahr 2020 antisemitische und andere Verschwörungsmythen stark zunahmen, hat die Europäische Union gemeinsam mit UNESCO und dem jüdischen Weltkongress die Twitterkampagne #ThinkBeforeSharing<sup>15</sup> lanciert, die Nutzern helfen soll, Verschwörungsmythen zu erkennen und zu entlarven.

**Die Twitterkampagne #THINKBEFORESHARING hilft, Verschwörungsmythen zu erkennen und zu entlarven.**

#### Jüdisches Leben in Europa

Heute gibt es jüdisches Leben in Deutschland und ganz Europa wieder in all seiner Vielfalt: säkular, reformiert, orthodox, zionistisch und anti-zionistisch, über die gesamte Bandbreite des politischen Spektrums verteilt. Aufgrund der Shoah sind die jüdischen Gemeinden in Europa aber klein und viele Menschen kennen keine Juden, vielleicht auch, weil diese ihre jüdische Identität aus Angst vor negativen Reaktionen nicht preisgeben. Nur 3% der Europäer fühlen sich „sehr gut informiert“ über jüdische Geschichte, Sitten und Bräuche, rund ein Viertel findet sich „gut“ informiert.<sup>16</sup> Gleichzeitig wissen wir, dass das Kennenlernen jüdischer Kultur eines der

sichersten Mittel gegen antisemitische Vorurteile ist und nur noch übertroffen wird von der direkten Begegnung mit Jüdinnen und Juden.

Dieses Jahr feiert Deutschland 1.700 Jahre jüdisches Leben und zeigt mit Veranstaltungen im ganzen Land, wie verwoben jüdisches Leben von jeher war und welchen Beitrag Juden zur politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung Deutschlands leisteten und leisten. Dieses Jahr sollte nicht als einmaliges Jubiläumjahr verstanden werden, sondern als der Beginn von mehr sichtbarem jüdischen Leben in Deutschland und Europa.

#### EU-Strategie gegen Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens 2021

Im Mai 2021 wurde die Konferenz zur Zukunft Europas eröffnet, in deren Rahmen die Bürger der EU über ihr Europa diskutieren können. Die Zukunft Europas hängt eng mit der Zukunft der Juden in Europa zusammen. Ohne Juden in Europa kein Europa.

Die Unterstützung jüdischen Lebens in seiner Pluralität wird deshalb auch einen zentralen Platz in der ersten Europäischen Strategie zur Antisemitismusbekämpfung und zur Förderung jüdischen Lebens einnehmen, die vor Ende 2021 von der Europäischen Kommission vorgelegt werden wird. In dieser Strategie werden Maßnahmen zu Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus innerhalb und außerhalb der EU sowie zur Förderung jüdischen Lebens und Kultur vorgeschlagen. Außerdem werden auch Vorschläge gemacht, wie wir Holocaust-Gedenken und Bildung, nicht nur zur Shoah, sondern auch zu Antisemitismus und jüdischem Leben besser fördern können.

### Holocaust-Gedenken und Bildung

Die kommenden zehn Jahre werden darüber entscheiden, ob das Gedenken an die Shoah und das Wissen über sie als zentrales Geschehen in Europa an die nachfolgenden Generationen weitergegeben werden wird, und zwar auch an die Generationen, denen jeglicher Bezug zum Zweiten Weltkrieg fehlt, weil ihn niemand in der Familie erlebt hat. In manchen europäischen Großstädten sind die Großeltern von 20 bis 30 % der Bürger nicht einmal in Europa geboren.

**Das Gedenken an die Shoah muss an die nachfolgenden Generationen WEITERGEGEBEN werden.**

In einer zunehmenden multikulturellen Gesellschaft wird es zudem immer wichtiger, dass alle Europäer erfahren, unabhängig von ihrer Familiengeschichte oder ihrem Herkunftsland, wie es von antisemitischen Vorurteilen und Worten zum Holocaust kommen konnte und was dem jüdischen Volk im Holocaust angetan wurde. Untersuchungen zeigen, dass besonders die Auseinandersetzung mit der lokalen Geschichte nicht nur ein deutlich besseres Verständnis für die Hintergründe der Shoah schafft, sondern auch eine größere Identifikation mit dem Wohnort bewirkt und somit zum Beispiel der Integration neuer Europäer dienen kann. Das wäre ganz im Sinne der Rede von Bundespräsident Steinmeier anlässlich des Tages der Deutschen Einheit 2017: „Und zum

Deutsch-Werden gehört, unsere Geschichte anzuerkennen und anzunehmen. Das sage ich auch denen, die aus Osteuropa, Afrika oder den muslimisch geprägten Regionen des Mittleren Ostens zu uns gekommen sind. Wer in Deutschland Heimat sucht, kann nicht sagen: ‚Das ist Eure Geschichte, nicht meine‘.“<sup>17</sup>

Seit 2010 fördert die Europäische Union mit 15 Millionen Euro den Aufbau des European Holocaust Research Infrastructure (EHRI), das weltweit Holocaustgedenkstätten und Forschungszentren vernetzt und unter anderem die Digitalisierung von Archivmaterial in Yad Vashem/Israel und anderswo unterstützt, um Holocaust-Forschung weltweit zu ermöglichen. Als Teil der EU-Strategie muss es jetzt darum gehen, lokales Forschen und Gedenken etwa von Schulklassen und lokalen Organisationen zu unterstützen und dafür die notwendigen Strukturen aufzubauen.

### Wann endet Antisemitismus?

Der wiederaufflammende Antisemitismus seit der Jahrtausendwende wird von der Bevölkerung durchaus wahrgenommen. Rund die Hälfte der EU-Bürger ist der Meinung, Antisemitismus sei in ihrem Land ein Problem.<sup>18</sup> Das ist ein deutliches Zeichen an die Politik zu handeln. Leider wird es gegen die antisemitische Pandemie in absehbarer Zeit wohl keinen Impfstoff geben, der uns immun machen würde. Eines aber könnte helfen: Wenn wir aufhören, Antisemitismus als Sache von Juden oder nur als Minderheitenschutz zu sehen. Antisemitismus betrifft zunächst Juden, aber letztendlich betrifft er uns alle. Er rüttelt an den Festen der Demokratie, er missachtet unsere Werte, er tritt die Menschenrechte mit Füßen. Wenn Juden-

### Antisemitismus betrifft uns ALLE.

hass in der Vergangenheit anstieg, stand es nie gut um Europa. Das Motto des Jubiläumsjahres „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ ist „CHAI“ – das Leben. Und genau darum geht es. Wenn wir verstehen, dass es nicht um „Anderer“ geht, sondern um unser aller Zukunft und die unserer Kinder, dann werden sich Politiker und eine breite Bevölkerungsschicht wesentlich vehementer für eine plurale, offene Gesellschaft einsetzen, in der Hass und Antisemitismus keinen Platz haben. ///



/// KATHARINA VON SCHNURBEIN  
M.ST. MES

**ist Beauftragte der Europäischen Kommission für Antisemitismusbekämpfung und Förderung jüdischen Lebens, Brüssel.**

### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Der Inhalt des Artikels spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der EU-Kommission wider.
- <sup>2</sup> Jüdisches Fest zum Gedenken an das Empfangen der Zehn Gebote durch Mose auf dem Berg Sinai.
- <sup>3</sup> <https://twitter.com/MWuliger/status/1393561552884752393>, Stand: 15.5.2021.
- <sup>4</sup> FRA-Umfrage 2018: Experience and perceptions of antisemitism – Second survey on discrimination and hate crime against Jews in the EU, EU Fundamental Rights Agency, 2018, [https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra\\_uploads/fra-2018-experiences-and-perceptions-of-antisemitism-survey\\_en.pdf](https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2018-experiences-and-perceptions-of-antisemitism-survey_en.pdf), Stand: 8.5.2021.
- <sup>5</sup> Ebd.
- <sup>6</sup> <https://www.holocaustremembrance.com/de/re-sources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus>, Stand: 15.5.2021.
- <sup>7</sup> FRA-Umfrage 2018, S. 29.
- <sup>8</sup> Handbook for the practical use of the IHRA definition on antisemitism, European Commission, 2021, <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/d3006107-519b-11eb-b59f-01aa75ed71a1/language-en>, Stand: 15.2.2021.
- <sup>9</sup> Eurobarometer 484, S. 8., <https://ec.europa.eu/comfrontoffice/publicopinion/index.cfm/survey/getsurveydetail/instruments/special/surveyky/2220>, Stand: 13.5.2021.
- <sup>10</sup> Ebd., Schweden (85%), Niederlande (77%), Deutschland (69%), UK (66%) und Frankreich (63%).
- <sup>11</sup> Jikeli, Günther: Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland und Europa, in: Das neue Unbehagen – Antisemitismus in Deutschland, hrsg. von Olaf Glöckner und Günther Jikeli, Hildesheim 2019, S. 49-72.
- <sup>12</sup> In Deutschland ist der Anteil der Muslime durchschnittlich 7%, in manchen Städten deutlich höher.
- <sup>13</sup> Ratserklärung zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Entwicklung eines gemeinsamen Sicherheitskonzepts für einen besseren Schutz jüdischer Gemeinschaften und Einrichtungen in Europa, 15213/18, 6.12.2018.
- <sup>14</sup> Ratserklärung zur durchgängigen Berücksichtigung der Bekämpfung von Antisemitismus in allen Politikbereichen, 13637/20, 2.12.2020.
- <sup>15</sup> [https://ec.europa.eu/info/identifying-conspiracy-theories\\_en](https://ec.europa.eu/info/identifying-conspiracy-theories_en), Stand: 15.5.2021.
- <sup>16</sup> Eurobarometer 484, S. 30.
- <sup>17</sup> Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier anlässlich des Festakts zum Tag der Deutschen Einheit am 3.10.2017, [https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2017/10/171003-TdDE-Rede-Mainz.html;jsessionid=8454E82C6BBF815B8498F915B8FB8E90.2\\_cid504?nn=9042544](https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2017/10/171003-TdDE-Rede-Mainz.html;jsessionid=8454E82C6BBF815B8498F915B8FB8E90.2_cid504?nn=9042544), Stand: 5.5.2021.
- <sup>18</sup> Eurobarometer 484, 2019, S. 7-12.

/// Lasst die Koffer auf dem Dachboden!

## SCHATTEN AUF DEM JUBILÄUM

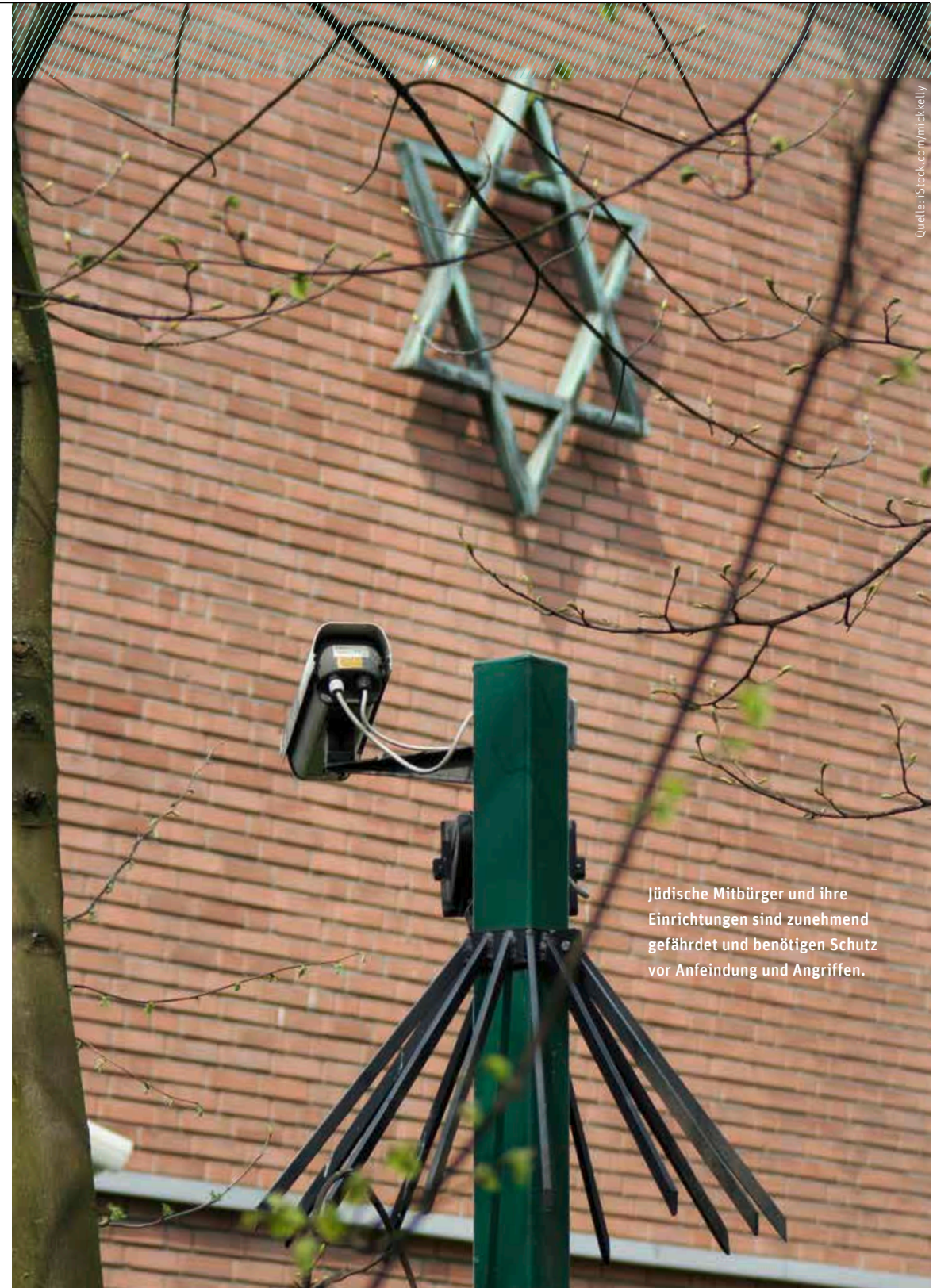
**ANDREA LÖW** /// Im Jubiläumsjahr „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ soll die Vielfalt jüdischen Lebens, jüdischer Geschichte und Kultur im Mittelpunkt stehen. Doch ist die Situation der deutschen Juden stets auch von Unsicherheit geprägt, von der Angst vor antisemitischen Äußerungen und Gewalt. Ein Jubiläum voller Ecken und Kanten.

### Einführung

Wir sind mitten in einem Jubiläumsjahr: 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland werden gefeiert. Auf jüdische Geschichte und Kultur wird allenthalben aufmerksam gemacht. Jüdisches Leben ist vielfältig und ebenso ist die Geschichte der Juden in Deutschland facettenreich und sollte nicht nur auf die Jahre der Verfolgung reduziert werden. Etwa 200.000 Juden leben heute in Deutschland und viele von ihnen fühlen sich hier zuhause. Große Teile der Mehrheitsbevölkerung wissen nicht viel über jüdisches Leben, über jüdische Kultur und Religion. Die Aktivitäten des Jubiläumsjahres können helfen, hieran etwas zu ändern und die vielen Aspekte jüdischen Lebens in

Deutschland sichtbar und neugierig zu machen.

Ja, es gibt ein vielfältiges jüdisches Leben in Deutschland im Jahr 2021. Es gibt Synagogen und jüdische Schulen, Lehrstühle und Rabbinerseminare, es gibt Vereine, etwa Sportvereine, und eine Vielzahl jüdischer Institutionen. Doch muss dieses Leben, sobald es als jüdisch sichtbar wird, ständig geschützt werden. Und so bleiben immer auch Zweifel bei den hier lebenden Juden, ob ihre Heimat ihnen ein sicherer Ort ist. Synagogen benötigen Polizeischutz und strenge Sicherheitsvorkehrungen beim Einlass. Jüdische Männer überlegen sich inzwischen sehr genau, ob sie sich mit der Kippa in der Öffentlichkeit bewegen, oder dies besser un-



Jüdische Mitbürger und ihre Einrichtungen sind zunehmend gefährdet und benötigen Schutz vor Anfeindung und Angriffen.

terlassen, um sich nicht unnötig einer Gefahr auszusetzen. Jüdische Schulen müssen geschützt werden, und immer wieder stellt sich Eltern und Lehrern die Frage, wie sie ihren Kindern dies erklären sollen.

Ein vollkommen normales Leben, ganz ohne Angst, hat es in diesem Land auch nach 1945, nach dem Holocaust, nie gegeben. Diese potenzielle Bedrohung ist keineswegs, wie besonders von Seiten der AfD und anderer rechter Personen und Gruppierungen gerne behauptet wird, erst mit den Flüchtlingen aus arabischen Ländern nach Deutschland gekommen. Die meisten antisemitischen Straftaten haben nach wie vor ihren Ursprung im rechtsextremen Milieu. Und neu ist der Juden Hass wahrlich auch nicht. Der Journalist und Jurist Ronen Steinke hat kürzlich eine Chronik antisemitischer Gewalttaten in Deutschland nach 1945 veröffentlicht, die fast 100 deprimierende Seiten umfasst.

Trotzdem hat sich zuletzt etwas verändert, und zwar radikal zum Schlechten verändert, durch den Anschlag eines Rechtsextremen auf die Synagoge in Halle im Herbst 2019. Der Antisemitismus wird aggressiver. Nochmal Steinke: „Antisemiten haben in den vergangenen Jahren immer weiter Hemmungen abgelegt, die Schlagzahl hat sich erhöht. Es braucht hohe Zäune, so traurig das ist. Judentum in Deutschland, das ist heute Religionsausübung im Belagerungszustand.“<sup>1</sup>

**Der Antisemitismus wird AGGRESSIVER und bedrohlicher.**

### Die Koffer wieder packen?

Michael Brenner, Professor für jüdische Geschichte und Kultur an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) in München, hat kurz nach dem Anschlag in Halle einen Beitrag in der Süddeutschen Zeitung veröffentlicht, in dem er die Frage stellt, ob sie – die Juden, die dachten, jüdisches Leben in Deutschland nach dem Holocaust sei möglich – sich getäuscht hätten. Sich so getäuscht hätten, wie viele Juden in der Geschichte vor ihnen. Er fragt in seinem eindrucksvollen und persönlichen Text: „Wann ist der Zeitpunkt erreicht, an dem wir uns nichts mehr vormachen und uns sagen müssen: bis hierhin und nicht weiter? Wenn noch ein Rabbiner auf der Straße angepöbelt wird? Wenn der erste Brandstich auf eine Synagoge wirklich explodiert? Wenn nicht nur zufällig vorbeigehende Passanten neben einem jüdischen Gotteshaus erschossen werden, sondern Betende in einer Synagoge das Opfer sind? Wir dürfen uns nicht an alles gewöhnen und so tun, als können wir weiterleben wie bisher.“ Er, selbst Sohn von Holocaust-Überlebenden, schließt seinen Text so: „Die sprichwörtlichen Koffer, schon lange ausgepackt und ausgeleert, stehen bei vielen Juden in Deutschland noch auf dem Dachboden. Wir sollten sie herunterholen. Es ist an der Zeit zu überlegen, was wir einpacken. Noch können wir sie stehenlassen, aber sie sollten bereit sein, denn der Tag, an dem wir sie brauchen, mag nicht mehr weit sein.“<sup>2</sup>

Der Schock über das, was da in Halle passiert ist und was dort hätte passieren können, sitzt tief bei den Juden in Deutschland. Und bei der übrigen Bevölkerung? Sicherlich, das Entsetzen war groß nach Halle, Solidaritätsbekundungen und Zeichen der Empathie gab es

allerorten. Doch ging die nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft schnell zur Tagesordnung über. Seitdem hat es keinen positiven Trend gegeben. Bundesweit ist ein Anstieg antisemitischer Straftaten zu verzeichnen: 2.351 markieren einen Höchststand, seitdem antisemitische Straftaten seit 2001 als „politisch motivierte Straftaten“ statistisch erfasst werden.<sup>3</sup> Doch sind solche Zahlen sehr unsicher, nur die angezeigten Straftaten sind hier erfasst. Häufig jedoch bringen Juden das erlebte Unrecht gar nicht zur Anzeige. Mitunter fehlt das Vertrauen in die Polizei und die Justiz, sie möchten Probleme vermeiden, nicht weiter auffallen. Auch sind sie es einfach leid, als Opfer gesehen zu werden. Schon wieder.

### Antisemitische Straftaten NEHMEN ZU.

Und so verbergen viele lieber in der Öffentlichkeit, dass sie Juden sind, anstatt Angriffe anzuzeigen. Hinzu kommt, dass in dieser Statistik nur Straftaten und Gewalttaten erfasst sind. Anders ist dies bei den Berichten der Recherche- und Informationsstellen, an die daneben auch allgemeine antisemitische Vorfälle wie Pöbeleien und Schmierereien gemeldet werden können. Der Jahresbericht der Recherche- und Informationsstelle Bayern hat dokumentiert, dass im Jahr 2020 in Bayern 239 antisemitische Vorfälle erfasst worden sind, was 55 Fälle mehr als im Vorjahr waren. „Ich finde es frappierend, dass seit einem Jahr einerseits das öffentliche Leben fast lahmge-

legt ist und sich die Menschen deutlich weniger als sonst auf der Straße bewegen, andererseits es trotzdem mehr antisemitische Vorfälle gegeben hat als 2019, und zwar gerade auf der Straße“, kommentiert der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, diese Ergebnisse.<sup>4</sup>

Es ist politischer Konsens der demokratischen Parteien wie in weiten Teilen der Bevölkerung auch gesellschaftlicher Konsens in Deutschland, sich für jüdisches Leben und gegen jegliche Form des Juden Hasses einzusetzen. Die Mehrheit der nicht-jüdischen Deutschen wünscht sich jüdisches Leben in Deutschland. Und so gibt es für Juden in ihrem privaten Umfeld durchaus positive Erfahrungen, Freundschaften mit Nicht-Juden, klar. Doch wird allgemeiner die Umwelt, werden zumindest Teile der Gesellschaft von Juden zunehmend (wieder) als bedrohlich wahrgenommen.<sup>5</sup>

Auch wenn antisemitische Ansichten und Überzeugungen seit 1945 immer in der deutschen Gesellschaft zu finden waren, machen heutzutage nicht zuletzt Lautstärke und auch Dreistigkeit dieser Minderheit einen Unterschied: Derjenigen, die finden, dass „die Juden“ zu viel Einfluss besitzen, dass mit der Erinnerung an den Holocaust und dem Gefühl der Schuld so langsam mal Schluss sein müsse (der sogenannte sekundäre Antisemitismus), oder dass „die Juden“ doch schließlich gerade dieselben Verbrechen gegenüber den Palästinensern verübten wie die Nazis an ihnen. Den Hass auf Israel bekommen die deutschen Juden immer wieder zu spüren. All diese jüdenfeindlichen Äußerungen sind immer wieder zu lesen und zu hören. Antijüdische Vorurteile sind mit je veränderter Ausprägung in verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Lagern anschluss-

fähig. Der Historiker Peter Longerich warnt in diesem Zusammenhang: „Die Vielgestaltigkeit dieser antisemitischen Potenziale macht in der Summe ihre große Gefahr aus.“ Verschiedene Varianten des Judenhasses können, so zeigt der historische Rückblick, miteinander „zu einer facettenreichen Großerzählung“ verschmelzen, die wiederum einen erheblichen Einfluss gewinnen kann.<sup>6</sup>

Wie fragil die Situation ist, wie leicht entflammbar, und zwar im wahrsten Sinne des Wortes, zeigen die jüngsten antijüdischen Ausschreitungen in Deutschland. Als Reaktion auf die Eskalation des Nahost-Konflikts im Mai 2021 entlädt sich in mehreren deutschen Städten der Judenhass, werfen Menschen Steine auf Synagogen, brennen Israel-Flaggen ab, brüllen Hassparolen. Neben auch geäußelter Kritik am Vorgehen des Staates Israel gibt es vor allem die radikalen Äußerungen, die sich gegen „die Juden“ insgesamt richten. Dies ist höchst problematisch, darf doch der Schritt von legitimer Kritik an der Außen- und Innenpolitik eines Staates weder zur Aberkennung seines Existenzrechts noch der emotionalen und politischen „Geiselnahme“ sämtlicher Juden führen. In diesen Ausschreitungen fallen besonders türkische Nationalisten und Islamisten auf. Doch greift es zu kurz, wie die AfD dies versucht, die Einwanderung als den großen Katalysator für den Judenhass in

**Die Eskalation des Nahost-Konflikts im Mai 2021 entfacht deutschlandweite antijüdische **AUSSCHREITUNGEN**.**

Deutschland darzustellen. Der Judenhass mancher Einwanderer aus dem Nahen Osten ist ein großes Problem, doch trifft er, wie dargestellt, hierzulande auf verschiedene antisemitische Vorurteile und diese Mischung macht die Situation noch gefährlicher.

Eine große Rolle spielt das Internet. In den Kommentarfeldern der Zeitungen und besonders in den sozialen Medien können antisemitische und rassistische Aussagen und Beleidigungen ohne größere Hemmnisse nahezu ungebremsert weiterverbreitet werden. Sie erlangen dadurch rasch eine enorme Reichweite. Anonym lassen dort Antisemiten auch ihren Vernichtungsfantasien freien Lauf. Ein beträchtlicher Teil der erfassten antisemitischen Straftaten spielt sich inzwischen im Internet ab. Die Drohungen, Beleidigungen und konkret geäußerten Vernichtungswünsche, häufig mit Bezug zu Hitler und dem Holocaust, waren zuletzt derart radikal, dass der Zentralrat der Juden in Deutschland sich dazu entschieden hat, einige von ihnen auf Twitter zu veröffentlichen.

### Die Bedeutung der Corona-Demonstrationen

Ein wichtiger radikalisierender Faktor waren im vergangenen Jahr die Demonstrationen gegen die Anti-Corona-Maßnahmen der Bundesregierung. Antisemitische Verschwörungsnarrative und die Verharmlosung des Holocaust sind auf diesen Demonstrationen ständig zu beobachten.

Die Frage darf gestellt werden, wie es den letzten Holocaust-Überlebenden und ihren Kindern und Enkelkindern geht, wenn in Deutschland – ausgerechnet in Deutschland – immer wieder Frauen und Männer auf diesen Demonstrationen die Maßnahmen der Regierung zum Schutz

der Bevölkerung vor einem gefährlichen Virus mit den Terrormaßnahmen des Nazi-Regimes gegen die jüdische Bevölkerung vergleichen. Wenn diese Demonstrierenden sich gelbe Sterne anheften, auf denen „Nicht geimpft“ steht, oder in Anlehnung an die Kennzeichnungspflicht für Juden Armbinden tragen oder Schilder hochhalten, auf denen zu lesen ist: „Ich bin ein Covid-Jud“. Nur zur Erinnerung: Seit Mitte September 1941 waren Juden im Deutschen Reich gezwungen, sich mit einem gelben Stern mit der Aufschrift „Jude“ zu kennzeichnen. Viele Juden trauten sich nun nicht mehr auf die Straße, gekennzeichnet mit diesem Stern und dadurch potenziell Anfeindungen und Gewalt ausgesetzt. Kurz darauf begannen die Deportationen der meisten der so Gekennzeichneten „nach Osten“, ins Ungewisse, für die meisten, wie sich herausstellte, in den Tod. Mit einer unerträglichen Vermessenheit tragen die Demonstrierenden diese Sterne im Vergleich dazu wie ein Abzeichen.

Es gab auf den Demonstrationen auch Plakate, auf denen zu lesen war, „Impfen macht frei“, in Anlehnung an das berühmte Tor im Stammlager von Auschwitz, über dem steht, „Arbeit macht frei“. Demonstrierende verglichen sich außerdem immer wieder mit Anne Frank. Jeder einzelne dieser unerträglichen Vergleiche oder die bewusste Bezugnahme auf Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung muss dekonstruiert werden: Anne Frank lebte zwei Jahre lang versteckt in einem Amsterdamer Hinterhaus, um dem Tod zu entgehen. Sie schrieb dort im September 1942 in ihr Tagebuch: „Es beklemmt mich doch mehr, als ich sagen kann, dass wir niemals hinausdürfen, und ich habe große Angst, dass wir entdeckt werden und dann erschossen werden.“ Anne Frank

**Bei Demonstrationen gegen die Anti-Corona-Maßnahmen gab es **GLEICHSETZUNGEN** mit der nationalsozialistischen Judenverfolgung.**

wollte Schriftstellerin werden. Sie hatte Träume und Wünsche für ihr Leben nach Verfolgung und Versteck: „Ich werde in der Welt und für die Menschen arbeiten.“ Im Sommer 1944 schrieb sie hoffnungsvoll über die Landung der Alliierten in der Normandie. Dann wurde ihr Versteck entdeckt, beide untergetauchten Familien wurden im September 1944 nach Auschwitz deportiert. Von dort wurde Anne ins Konzentrationslager Bergen-Belsen verschleppt, wo sie, vermutlich im Februar 1945, elendig starb und in einem Massengrab verscharrt wurde. Mit Schicksalen wie diesen vergleichen sich die Demonstrierenden.<sup>7</sup>

Diese Vergleiche sind geschmacklos, widerlich und – bestenfalls – ignorant. Sie verhöhnern die Opfer. Der Holocaust wird relativiert und verharmlost. Er wird auf eine unerträgliche Art und Weise benutzt und bagatellisiert und die Erinnerung an die Opfer des Massenmords missbraucht. Diese widerwärtigen Vergleiche verstören die meisten von uns. Und wenn sie schon die Mehrheitsgesellschaft derart abstoßen, als wie verletzend und unerträglich müssen Juden in Deutschland solche Vergleiche empfinden?

Diese unsäglichen historischen Vergleiche finden ihre geschmacklose Parallele in der Banalisierung der NS-Verbrechen durch rechte Ideologen, die im Deutschen Bundestag sitzen. Erinnert

sei an die Formulierung von Alexander Gauland, Fraktionsvorsitzender der AfD im Bundestag und Ehrenvorsitzender der Partei, Hitler und der Nationalsozialismus seien nur ein „Vogelschiss“ in der deutschen Geschichte gewesen. Und Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD im Thüringer Landtag, nannte das Holocaust-Mahnmal in Berlin ein „Mahnmal der Schande“.

Es bleibt zu hoffen, dass es der kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und der politischen Bildung gelingt, alle diejenigen Menschen zu erreichen, die offen für Informationen sind, zuhören und noch nicht abgedriftet sind und sich von antisemitischen Verschwörungsnarrativen und Judenhass leiten lassen. Dies ist entscheidend für unsere Demokratie. Sagen doch das Recht und die Sicherheit einer Minderheit immer auch mindestens genauso viel über die Verfasstheit der Mehrheitsgesellschaft aus.

Charlotte Knobloch, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München-Oberbayern, hat in ihrer Rede im Deutschen Bundestag zum Holocaust-Gedenktag am 27. Januar 2021 betont, dass es im Kampf gegen den Antisemitismus, im Eintreten für eine demokratische Gesellschaft, in der Juden sich sicher und zuhause fühlen, um mehr geht als um den Schutz der jüdischen Minderheit: „Denn wo Antisemitismus Platz hat, kann jede Form von Hass um sich greifen. Rassismus, Homophobie, Frauenfeindlichkeit, Menschenverachtung jeder Couleur. Der Kampf dagegen ist ein Kampf für die Menschenwürde, für Demokratie, für Einigkeit, für Recht und Freiheit.“<sup>8</sup> In der Tat geht es in dieser zentralen Frage eben auch darum, wie eine demokratische Gesellschaft insgesamt mit anderen Kulturen und Religionen umgeht.

### Neugier und Dialog sind gefragt

Das Jubiläumsjahr ist vielleicht eine Chance, der Mehrheitsbevölkerung jüdisches Leben näher zu bringen, dem Gefühl von gegenseitiger Fremdheit und den vorhandenen Stereotypen über „die Juden“ entgegenzuwirken. Es fängt schon sprachlich damit an, dass immer wieder, in gewisser Weise durchaus wohlmeinend, von „jüdischen Mitbürgern“ geredet wird. Doch schließt diese Formulierung nicht schon ungewollt diejenigen, von denen die Rede ist, aus? Kaum jemand würde ständig von den „christlichen Mitbürgern“ reden. Hier zeigt sich eine gewisse Unbeholfenheit,

**Das Jubiläumsjahr kann der Mehrheitsbevölkerung jüdisches Leben NÄHERBRINGEN.**

ja Befangenheit. Wissen, Neugier und Dialog sind gefragt. Dabei wird und muss der Holocaust immer eine Rolle spielen. Doch kommt es in der Gegenwart und mit Blick auf die Zukunft auf mehr an, wie Andrei Kovacs, Geschäftsführer des Vereins „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“, betont: „Der Holocaust, die Shoah wird immer eine Rolle spielen. Er ist nicht wegzudenken. [...] Das macht das Zusammenleben nicht einfacher, aber ich glaube, wir müssen genauso wie in einer guten Beziehung auch in die Zukunft schauen. Wir müssen schauen, dass wir jetzt nicht nur Tränen gemeinsam vergießen, sondern auch einmal gemeinsam lachen,

denn nur so ist eine gute Beziehung möglich. Nur so kann man den Nachbarn kennenlernen und mit ihm zusammenleben und auch eine gewisse Empathie schaffen, um genau diesen Antisemitismus damit zu bekämpfen.“<sup>9</sup>

Die Bedeutung der Empathie kann gar nicht genug betont werden. Sie können wir erreichen durch Verbesserungen im Bildungsbereich, durch dieses von Kovacs geforderte Kennenlernen, das helfen kann, Befangenheit abzulegen und Vorurteile abzubauen. Es geht darum, zu zeigen, dass jüdisches Leben Teil der deutschen Kultur war und ist, darum, die Vielfalt jüdischen Lebens und jüdischer Kultur zu veranschaulichen und nicht die immer gleichen Bilder von orthodoxen Juden zu zeigen, die der Lebenswirklichkeit deutscher Juden nur in den wenigsten Fällen entsprechen. Kennenlernen schafft Vertrautheit, schafft Empathie und schafft letztlich eine Gemeinschaft, die sich demjenigen entgegenstellt, der einzelne ihrer Mitglieder beschimpft, beleidigt oder bedroht. Die Zivilgesellschaft ist hier in besonderem Maße gefragt. Die deutschen Juden sollten im Jubiläumsjahr und dauerhaft ihre zur Sicherheit herausgeholt Koffer wieder auf den Dachboden räumen können. ///



/// PROF. DR. ANDREA LÖW  
ist Historikerin und stellvertretende Leiterin des Zentrums für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte, München.

### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Steinke, Ronen: Terror gegen Juden. Wie antisemitische Gewalt erstarbt und der Staat versagt. Eine Anklage, Berlin / München 2020, S. 19. Die genannte Liste befindet sich auf den S. 139-238.
- <sup>2</sup> Brenner, Michael: Haben wir uns getäuscht?, in: Süddeutsche Zeitung, 12.10.2019, <https://www.sueddeutsche.de/kultur/juden-deutschland-antisemitismus-1.4636466?reduced=true>, Stand: 14.5.2021.
- <sup>3</sup> <https://mediendienst-integration.de/artikel/immer-mehr-antisemitische-straftaten.html>, Stand: 10.5.2021.
- <sup>4</sup> Mehr antisemitische Vorfälle, in: Jüdische Allgemeine, 4.5.2021, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/mehr-antisemitische-vorfaelle/>, Stand: 10.5.2021; [https://report-antisemitism.de/documents/Antisemitische\\_Vorfaelle\\_in\\_Bayern\\_2020\\_Jahresbericht\\_RIAS\\_Bayern.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/Antisemitische_Vorfaelle_in_Bayern_2020_Jahresbericht_RIAS_Bayern.pdf), Stand: 10.5.2021. Zur Problematik der unterschiedlichen Erfassungsmethoden und damit -ergebnissen zwischen der Polizeistatistik und der RIAS siehe auch Wetzels, Juliane: Kampagnen um die Deutungshoheit über Antisemitismus, in: Streitfall Antisemitismus. Anspruch auf Deutungsmacht und politische Interessen, hrsg. von Wolfgang Benz, Berlin 2020, S. 61-81, hier S. 62-64.
- <sup>5</sup> Brecher, Daniel Cil: Zwischen Stigma und Identität. Antisemitismus, Israel und die Juden in Deutschland, in: Streitfall Antisemitismus. Anspruch auf Deutungsmacht und politische Interessen, hrsg. von Wolfgang Benz, Berlin 2020, S. 33-60, hier S. 49.
- <sup>6</sup> Longerich, Peter: Antisemitismus. Eine deutsche Geschichte. Von der Aufklärung bis heute, München 2021, S. 414.
- <sup>7</sup> Frank, Anne: Tagebuch, F. a. M. 2001, passim. Siehe ausführlicher zu diesen Dekonstruktionen: Löw, Andrea: Ihr Demonstrierenden in Deutschland im Jahr 2020, ernsthaft? Ein Versuch über die Geschichtsvergessenheit in Zeiten von Corona, in: Der Hauptstadtbrief, 15.11.2020, <https://www.derhauptstadtbrief.de/ihr-demonstrierenden-in-deutschland-im-jahr-2020-ernsthaft/>, Stand: 15.5.2021.
- <sup>8</sup> Knobloch, Charlotte: Ansprache am 27.1.2021 im Deutschen Bundestag. Redemanuskript, [https://www.bundestag.de/resource/blob/818852/004f590b4829fb0f4cbf4cb95698bcf8/kw04\\_opfer\\_nationalsozialismus\\_nachbericht\\_knobloch-data.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/818852/004f590b4829fb0f4cbf4cb95698bcf8/kw04_opfer_nationalsozialismus_nachbericht_knobloch-data.pdf), Stand: 15.5.2021.
- <sup>9</sup> Andrei Kovacs im Gespräch mit Christoph Heineemann: Nicht nur Tränen gemeinsam vergießen, sondern auch gemeinsam lachen, [https://www.deutschlandfunk.de/1700-jahre-juedisches-leben-in-deutschland-nicht-nur.694.de.html?dram:article\\_id=492784](https://www.deutschlandfunk.de/1700-jahre-juedisches-leben-in-deutschland-nicht-nur.694.de.html?dram:article_id=492784), Stand: 15.5.2021.

/// Aufklärung über die SED-Diktatur

## 60 JAHRE MAUERBAU

**HARALD BERGSDORF** /// Am 13. August 2021 gedenkt die gesamtdeutsche Bundesrepublik des Mauerbaues vor 60 Jahren. Die Erinnerung daran mahnt, weiterhin sowohl über das mörderische Bauwerk als auch die SED-Diktatur als solche aufzuklären.<sup>1</sup> Gerade nach den singulären NS-Massenverbrechen gegen die Menschlichkeit gilt es, jegliche Menschenrechtsverletzungen zu analysieren und zu ächten. Das bleibt bedeutsam.

Allensbach-Umfragen zeigen,<sup>2</sup> dass es gerade nachwachsenden Generationen an Kenntnissen über das SED-Regimes und seine Opfer mangelt. Thomas Peter-

sen vom Institut für Demoskopie Allensbach bilanziert dazu: „Ganz offensichtlich ist es nicht gelungen, das Wissen über den Charakter des SED-Regimes an die nachwachsenden Generationen weiterzureichen.“<sup>3</sup> Aber auch bei einer Minderheit unter Älteren schwinden und verblassen im rasanten Wandel der Zeit Erinnerungen an die SED-Diktatur.

Umso wichtiger ist es, Geschichte zu vergegenwärtigen und die Erinnerung an sie zu verinnerlichen. Die Auseinandersetzung mit den historischen Reali-



Ein „Schutzwall“ nach innen:  
Mit Mauer, Stacheldraht und  
Schießbefehl ging das SED-  
Regime in der DDR gegen  
Republikflüchtlinge vor.

Quelle: iStock.com/gutzemberg

Das Wissen über die SED-Diktatur  
**SCHWINDET** zunehmend.

täten kann das politische Urteilsvermögen schärfen und gegen Extremismus verschiedener Richtungen immunisieren. Es gilt daher, das Gras, das über die SED-Diktatur zu wachsen droht, immer wieder zu mähen. Das ist gerade deshalb wichtig, weil deren Nostalgiker bis heute vor allem Halbwahrheiten über den SED-Unrechtsstaat verbreiten, die oft schwerer zu widerlegen sind als glatte Lügen. Gerade SED-Verfechter versuchen bis heute, Versagen und Verbrechen der Diktaturpartei zu verdrängen, zu verharmlosen und vergessen zu machen. Über SED-Verbrechen wollen sie Gras wachsen lassen.

### SED betrieb Diktatur und Unrechtsstaat

Dass die SED zahlreiche Menschenrechtsverletzungen verantwortet und in der DDR einen Unrechtsstaat betrieben hat, lässt sich kaum bezweifeln. Das zeigen diverse Augenzeugenberichte und Dokumente, gerichtliche Feststellungen in zahlreichen Strafverfahren und fundierte Erkenntnisse der seriösen Geschichtswissenschaft. Obwohl die SED weder Millionen Menschen fabrikmäßig ermordet noch einen mörderischen Weltkrieg entfesselt hat: Auch sie hat Menschenrechte grob missachtet und mit Füßen getreten.

1953 ließ die SED, die als Arbeiterpartei auftrat, auf unschuldige Arbeiter schießen – der erste Volksaufstand im Ostblock.<sup>4</sup> Damals töteten sogenannte Antifaschisten wehrlose Menschen, um die zweite deutsche Diktatur zu sichern. Über 50 Personen, darunter viele Jugendliche, ließ die SED, unterstützt von der Sowjetarmee, damals erschießen, totprügeln oder von Panzern überrollen. Mit dem Ziel, von Ursachen, Verlauf und Folgen des 17. Juni 1953 abzulen-

ken, nannte die SED den Aufstand einen faschistischen Putsch von Klassenfeinden aus dem Westen. Damit fungierte die antifaschistische Doktrin der Diktaturpartei auch 1953 als deren agitatorisch-propagandistische Vielzahlwaffe und weltliche Staatsreligion.

Acht Jahre später, 1961, errichtete die SED die mörderische Mauer.<sup>5</sup> Viele Republikflüchtlinge ließ sie von hinten erschießen. Im Widerspruch zur SED-Propaganda war die Mauer kein antifaschistischer Schutzwall. Denn die Maschinengewehre zielten nach innen auf DDR-Bürger. Bis zu ihrem Ende fungierte die Mauer primär als Schutzwall für die SED und ihre Diktatur des Proletariats, die faktisch eine Diktatur des Politbüros über das Proletariat war. Der

### Die MAUER fungierte als Schutzwall der Diktatur in der DDR.

SED-Schießbefehl an Mauer und Stacheldraht basierte auf purer Menschenverachtung. Über die Mauer hatte John F. Kennedy in seiner berühmten Rede 1963 in Berlin bemerkt: „Die Demokratie ist nicht perfekt. Aber wir hatten es nie nötig, eine Mauer zu bauen, um die Menschen an der Abwanderung zu hindern und bei uns zu halten.“

1968, weitere sieben Jahre später, unterstützte die SED die Niederschlagung des Prager Frühlings.<sup>6</sup> Den reformkommunistischen Aufstand nannte die SED eine Konterrevolution. Selbst während der Entspannungszeit ließ die SED

unschuldige Menschen quälen und ermorden, obwohl Honecker 1975 die KSZE-Schlussakte unterzeichnet hatte. Das Dokument garantierte nicht nur den damaligen Status quo, sondern verpflichtete die Signatarstaaten, universelle „Menschenrechte und Grundfreiheiten [...] zu achten“, darunter das Recht auf Freizügigkeit und Meinungsfreiheit. Während die SED auch nach 1975 weiterhin Menschenrechte grob missachtete und verletzte, räsionierten und sinnierten manche Philosophen und Soziologen im Westen über Legitimationsprobleme des Spätkapitalismus.

### Opferschicksale zeigen Charakter des SED-Regimes

Wie die SED Menschen unterdrückte und terrorisierte, veranschaulichen und verdeutlichen konkrete Opferschicksale. Zu den SED-Opfern gehört auch Gisela Mauritz mit ihrem Sohn.<sup>7</sup> Die SED lässt sie 1974 verhaften, weil sie mit ihrem vierjährigen Sohn die DDR verlassen wollte, und steckte sie viereinhalb Jahre ins Frauengefängnis Hoheneck, das zu den grausamsten der DDR zählte. Währenddessen wird ihr Sohn von einem linientreuen Ehepaar zwangsadoptiert. Trotz aller Einschüchterungsversuche sucht Gisela Mauritz nach ihrer Entlassung nach ihrem Kind. Deswegen lässt die SED sie zum zweiten Mal verhaften.

Nach ihrer erneuten Entlassung verbietet die SED ihr, die Hauptstadt der DDR zu betreten, wo ihr Sohn lebt. Erst fünf Jahre später, 1988, gelingt es der Bundesregierung, Gisela Mauritz freizukaufen. Zuvor hatte Bundeskanzler Kohl den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu Honecker geschickt, um unter anderem das Schicksal von Mauritz direkt anzusprechen. Als Mauritz ihren Sohn später durch das

Fernsehmagazin Report wiederfindet, fehlte dem inzwischen Achtzehnjährigen jede Erinnerung an seine Mutter. Die fast fünfzehnjährige Trennung hatte beide stark voneinander entfremdet.

### SED-Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen

Insgesamt verantwortet die SED hunderte von Toten an Mauer und Stacheldraht: erschossene und ertrunkene Ausreisewillige, die im SED-Jargon Grenzbrecher hießen. Noch im Februar 1989 ließ die SED Chris Gueffroy, damals 21 Jahre alt, an der innerdeutschen Grenze erschießen, weil er von Deutschland nach Deutschland wollte. Die vier daran beteiligten Grenzer erhielten für ihre Todesschüsse auch noch Prämien.

Nach der Niederschlagung des studentischen Aufstandes in Peking auf dem Platz des Himmlischen Friedens mit vielen Todesopfern lobte die SED-Führung im Sommer 1989 demonstrativ und drohend die chinesische Parteiführung, es sei etwas getan worden, um die Ordnung wiederherzustellen. Darüber hinaus trägt die SED die Verantwortung für eine sechsstellige Zahl an politischen Gefangenen in der DDR, inklusive Isolationsfolter in dunklen, feuchtkalten Haftzellen und anderer Arten von Psychoterror. Zu den besonders perfiden Methoden des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) gehörte es, über einzel-

### Die SED ist VERANTWORTLICH für politische Verfolgung, Menschenrechtsverletzung und Tote.



ne Dissidenten das Gerücht zu verbreiten, sie arbeiteten für die Stasi, um in oppositionellen Kreisen Vertrauen zu zerstören – nicht immer ohne Erfolg.

In jeweils changierender Intensität unterdrückte die SED bis 1989 sowohl Meinungsfreiheit und Opposition als auch Juden, Christen und Kulturschaffende. Eklatant war auch der geistige Mangel, z. B. an westlicher Literatur, die es, wenn überhaupt, nur unter der Lendentheke gab. Auch Wissenschaftsfreiheit fehlte vielfach. Z. B. leugneten DDR-Historiker noch im August 1989 die Existenz des geheimen Zusatzprotokolls des Hitler-Stalin-Paktes vom 23. August 1939 zur Besetzung und Unterjochung Osteuropas durch NS-Deutschland und die Sowjetunion. Bis zum Ende ihrer Diktatur kollaborierte die SED bzw. das MfS als Komplize obendrein mit gesuchten Terroristen der RAF.<sup>8</sup>

Nie haben die Menschen mehrheitlich für die SED gestimmt. Vielmehr schützte das MfS die SED-Diktatur mit mörderischen Methoden. Hierbei folgte diese Lenins Lehrsatz, wonach jede kommunistische Monopolpartei für den eigenen Machterhalt, der über allem rangiert, vor allem einen terroristischen Geheimdienst benötigt. Über weite Teile der DDR-Gesellschaft hatte die Stasi daher ein immer dichter geknüpftes Netz von über 90.000 hauptamtlichen und 170.000 inoffiziellen Mitarbeitern geworfen, u. a. über viele Fluchthilfegrup-

**Das MfS fungierte als HERRSCHAFTS-INSTRUMENT der SED.**

pen. Im Kontrast zur marxistischen Ideologie starb im DDR-Realsozialismus damit eher die Gesellschaft als der Staat. Umso höher sind Mut und Widerspruch gegen das Regime einzuschätzen, das niemals eine demokratische Republik war. Vielmehr waren die Menschen in der DDR aus SED-Sicht eher Untertanen als Bürger. Lediglich Sowjetmacht, Stasi und Schießbefehl verhinderten einen höheren Anstieg von Abwanderung und Protest („exit and voice“).

### SED verantwortlich für Miss- und Mangelwirtschaft

Außerdem litt die Mehrheit in der DDR unter der Knappheit vieler Güter. Die SED sicherte lediglich eine Grundversorgung. Die meisten Leidtragenden der SED-Miss- und Mangelwirtschaft waren Arbeiter.<sup>9</sup> Damit unterminierte die selbsterklärte Arbeiterpartei ihre soziale Rhetorik. Die große Mehrzahl der Menschen lebte materiell deutlich schlechter als heute in der gesamtdeutschen Demokratie und Sozialen Marktwirtschaft, die bei der SED als Kapitalismus firmierten. Letztlich lebten Normalbürger in der Bundesrepublik wesentlich weiter entfernt von Verelendung im Sinne von Marx als die Mehrheit in der DDR. Westlichen Wohlstand genossen im „Arbeiter- und Bauernparadies“ normalerweise lediglich die SED-Führung und DDR-Funktionseleiten („Bonzen“). Wer Zugang zu knappen Gütern erhalten wollte, brauchte vor allem gute Beziehungen zur SED.

Im Ergebnis errichtete die SED in der DDR eine neue Klassengesellschaft, die bei der Zuteilung von Lebenschancen zwischen systemnahen und systemfernen Menschen unterschied. Während z. B. Kinder von Andersdenkenden in vielen Fällen nicht studieren durften,

war die Linientreue an Hochschulen überproportional ausgeprägt. Daher beteiligten sich im Vergleich zu anderen Ländern auch weniger Akademiker an den Protesten gegen das Regime ab Sommer 1989. Letztlich hinderte die SED zahlreiche Menschen daran, ihre Potenziale zu entfalten. Deshalb wollten viele kreative Köpfe das Land verlassen oder verkrochen sich in die innere Emigration. Rund 35.000 missliebige Bürger ließ die SED, um Druck aus dem Kessel zu nehmen und Kasse zu machen, gegen harte Währung in den Westen ausreisen – ein Gipfel des SED-Materialismus und der SED-Profittgier.

**Auch in der DDR herrschte de facto eine KLASSENGESELLSCHAFT.**

### Soziale SED-Rhetorik zwischen Fiktionen und Fakten

Im Widerspruch zu Lobrednern und Schönrednern der SED-Diktatur war die DDR auch kein soziales Paradies. Vielmehr kennzeichnete das SED-Regime eine normalerweise deutlich schlechtere Versorgung von Kranken, Behinderten und Alten als heute, ebenso eine niedrigere Lebenserwartung, höhere Suizidquoten, höhere Umweltbelastungen, ein geringerer Lebensstandard der meisten sowie jahrelange Wartezeiten zum Beispiel auf einen Telefonanschluss und einen PKW für die Mehrheit. Medizinische Spitzenleistungen, oft aus dem Westen, gab es gemeinhin nur für SED-nahe Bürger. Mit solchen

und anderen Privilegien honorierte die Partei politisches Wohlverhalten.

Zwar waren in der DDR die Mietpreise insgesamt deutlich niedriger als heute, aber deswegen meist auch die Wohnqualität. Ganze historische Altstädte, etwa das heute wunderbar sanierte Erfurter Andreasviertel, verfielen nach dem Motto „Ruinen schaffen ohne Waffen“. Letztlich scheiterten die Versuche Honeckers, die DDR-Bevölkerung – gerade nach dem Trauma vom 17. Juni 1953 – durch Sozialleistungen politisch zu sedieren oder gar zu saturieren. Das gerade auch deshalb, weil die sozialpolitischen Verbesserungen in der DDR im Ost-West-Vergleich marginal schienen und der Rückstand zum westdeutschen Konkurrenzstaat per Saldo stets erheblich blieb.

Bis 1989 verharren auch die meisten DDR-Betriebe in desolatem Zustand, mit verschlissenen und veralteten Maschinenparks. Das galt auch für viele Bauten und die Verkehrsinfrastruktur. Die Produktivität der Betriebe rangierte üblicherweise weit unter westdeutschem Niveau. Ohne Sanierung schienen die meisten DDR-Unternehmen auf dem Weltmarkt kaum konkurrenzfähig. Viele mussten nach 1989/90 schließen, darunter auch das Trabant- und das Wartburgwerk. Deren Produkte fanden im Wettbewerb mit westdeutschen Konkurrenten kaum noch Kunden und Käufer. Das Ende vieler DDR-Betriebe gründete damit eher auf stark verändertem Kaufverhalten von Konsumenten als der Tätigkeit der Treuhänder, wie Populisten bis heute unterstellen.

Offiziell existierte in der DDR auch keine Arbeitslosigkeit. Tatsächlich aber gab es kaum wettbewerbsfähige Arbeitsplätze. Unter oft widrigen Bedingungen erbrachten viele Fachleute in der DDR dennoch bemerkenswerte Leistungen,

darunter viele Frauen. Bei identischen Qualifikationen waren sie freilich viel seltener in wirtschaftlichen, behördlichen oder politischen Führungsgremien vertreten als Männer, u. a. im SED-Politbüro. Im Widerspruch zu Elogen auf die angebliche Frauenemanzipation in der DDR arbeiteten viel mehr Frauen als Männer im Geringverdiensektor. Vor allem mussten gerade Frauen in der DDR üblicherweise die Doppellast von Erwerbs- und Familienarbeit schultern.

### Ablenkungsmanöver der SED

Mit dem Ziel, über das von ihr verursachte Versagen hinwegzutäuschen, arbeitete die SED, gemäß Lenins Pressestrategie, mit breit angelegter Agitation und Propaganda durch die von ihr gelenkten Medien. Die SED betrieb echte Systemmedien. Damit versuchte sie, den Lehrsatz von Marx, wonach das Sein das Bewusstsein bestimmt, um 180 Grad umzukehren. Doch scheiterte die Partei daran, das wichtigste Medium, das Fernsehen, vollständig zu kontrollieren und zu steuern. Tatsächlich nutzte ein hoher Anteil der Menschen in der DDR eher das West- als das Ost-Fernsehen und entzog sich damit der stetigen „Rotlicht-Bestrahlung“ durch die SED.

Um nach dem Zusammenbruch ihres Unrechtsregimes von ihrem Versagen und ihren Verbrechen abzulenken, brauchte die SED nach dem Mauerfall

Sündenböcke. Daher beschloss die alte neue Parteiführung Ende 1989 im kleinen Kreis, das MfS öffentlich als Hauptschuldigen für die SED-Diktatur darzustellen und zu präsentieren.<sup>10</sup> Das Ziel war, die Partei möglichst reinzuwaschen und ungeniert fortzuführen.

Im Widerspruch dazu fungierte die SED aber stets als Auftraggeber des MfS, das auch über 12.000 Westdeutsche als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) führte. Das MfS agierte in der SED-Diktatur nicht wie ein Staat im Staate, sondern operierte, wie bereits bei Lenin für jede kommunistische Partei vorgesehen, als Hauptherrschaftsinstrument und Befehlsempfänger der SED. Ausdrücklich verstand sich und agierte das MfS als „Schild und Schwert der Partei“. Genau das wollen Schönfärber der SED-Diktatur bis heute vertuschen. Daher gilt es, die Perspektiven zu weiten und nicht allein oder primär über die Machenschaften kleiner Stasi-Spitzel zu diskutieren, sondern stärker auch die Hauptverantwortung der SED für die Verbrechen des MfS herauszuarbeiten. Das gerade deshalb, weil sich die SED-Erben natürlich genau davor beharrlich drücken.

### Mehrheit der DDR-Bürger eher Opfer als Täter

Trotz aller Verbrechen weigern sich Anwälte des SED-Regimes bis heute, die zweite deutsche Diktatur, unter dem die übergroße Mehrheit der DDR-Normalbürger, die nicht SED-Mitglied war, litt, einen Unrechtsstaat zu nennen. Gerade deshalb befand eine Resolution des Deutschen Bundestages bereits 1994: „Die politisch-moralische Verurteilung der SED-Diktatur bedeutet keine Verurteilung der ihr unterworfenen Menschen, im Gegenteil. Die Deutschen in

der SBZ/DDR trugen den schwereren Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte.“ Lediglich ein Fünftel der Erwachsenen gehörte als Mitglied zur SED. Nur 1 % der DDR-Bevölkerung kollaborierte mit dem MfS. Mehr als ein Drittel der Anwerbungsversuche des MfS scheiterte an der Ablehnung der Angesprochenen. Besonders ausgeprägt war die Linientreue dagegen unter Lehrern und Journalisten als Zuständige für die „Volkserziehung“. Von alledem wollen SED-Apologeten bis heute ablenken, indem sie Kritik an der SED-Diktatur und ihren Funktionseleiten als Schmähung aller ehemaligen DDR-Bürger grob verzerren, die in ihrer überwältigenden Mehrheit eben keine Täter waren.

Heute ist es wichtig, noch stärker zu unterscheiden zwischen dem verbrecherischen Regime, das die SED mit Hilfe der Stasi betrieb, und DDR-Normalbürgern, die schlicht versuchten, unter oft besonders schwierigen Bedingungen durchzukommen und zu leben. Gerade deshalb sind differenzierte Darstellungen der DDR wichtig, die es erschweren, den perfiden Eindruck zu erwecken, Kritik an der SED-Diktatur richte sich gegen die Lebensleistungen ehemaliger DDR-Bürger. Denn anders als Ideologen bis heute behaupten, hielt die Mehrheit der Ostdeutschen größtmögliche Distanz zur Diktaturpartei – im Unterschied zu einer SED-nahen Minderheit.

Nicht nur an Jahrestagen bleibt Aufklärung wichtig, sondern auch, weil populistische Rechtsextremisten und nationale Sozialisten die SED-Diktatur mittlerweile mit der Bundesrepublik gleichsetzen oder die DDR gar als das deutschere Deutschland loben, u. a. wegen der Juden-, Christen-, Israel- und USA-Feindlichkeit des Honecker-Regimes und der geringeren Migranten- und Ju-

denquote im SED-Staat. Im Vergleich zu Anhängern aller anderen Parteien von politischer Relevanz bewerten gerade rechtspopulistisch-rechtsextremistisch orientierte Wahlberechtigte das SED-Regime laut Allensbach-Umfragen inzwischen besonders positiv.<sup>11</sup> ///



/// DR. HARALD BERGSDORF  
ist Politikwissenschaftler, Zeithistoriker  
und Buchautor, Bonn.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Vgl. Kielmansegg Graf, Peter: Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000, S. 555 ff.; Wilke, Manfred: Der SED-Staat. Geschichte und Nachwirkungen, Köln 2006.

<sup>2</sup> Vgl. Petersen, Thomas: Das Verblassen der Erinnerung an die Diktatur; in: FAZ, 16.10.2019.

<sup>3</sup> Ebd.

<sup>4</sup> Vgl. Heydemann, Günther: Die Innenpolitik der DDR, München 2003, S. 16 ff.

<sup>5</sup> Ebd., S. 21 ff.

<sup>6</sup> Ebd., S. 25 ff.

<sup>7</sup> Vgl. Aretz, Jürgen / Stock, Wolfgang: Die vergessenen Opfer der DDR. 13 erschütternde Berichte mit Original-Stasi-Akten, Bergisch-Gladbach 1997, S. 48 ff.

<sup>8</sup> Vgl. Bergsdorf, Harald: Täter-Opfer-Umkehr: Die Propaganda der RAF 1970-1998 zwischen Fiktionen und Fakten, in: Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2020/21, hrsg. von Martin H. W. Möllers und Robert Chr. van Ooyen, Frankfurt a. M. 2021, S. 299 ff.

<sup>9</sup> Vgl. Schröder, Richard: Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Einheit, Freiburg i. B. 2007.

<sup>10</sup> Vgl. Berghofer, Wolfgang: Interview mit Manfred Wilke, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 2007, S. 396 ff.

<sup>11</sup> Vgl. Petersen: Das Verblassen der Erinnerung an die Diktatur.

Die SED betrieb ihre Agitation und Propaganda mittels **GELENKTER Medien**.

/// Chancengleichheit ja, Ergebnisgleichheit nein

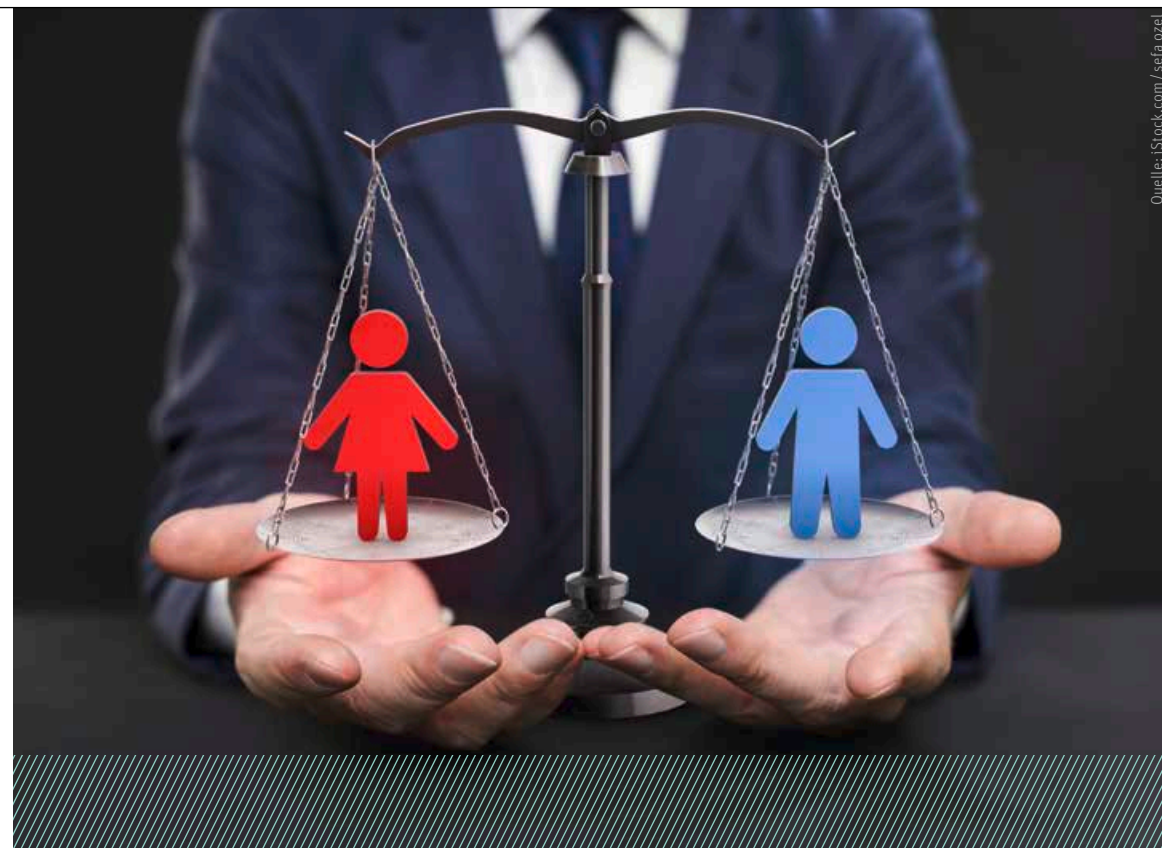
## ZUR DEBATTE UM EIN PARITÄTSGESETZ

**PHILIPP AUSTERMANN / SARAH SCHMID** /// Im 21. Jahrhundert sollte eine gleichberechtigte politische Teilhabe der Geschlechter eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Aber im Bundestag, dem Herzen der deutschen Demokratie, bilden weibliche Abgeordnete die Minderheit. Für die meisten Parteien ist klar: Hier besteht noch Handlungsbedarf. Doch ist ein Parité-Gesetz wirklich der richtige Weg, um mehr Frauen in die Parlamente zu bringen?

### Der lange Weg zur gleichwertigen politischen Teilhabe

„Weil ich so viel Not gesehen habe“ – mit dieser Aussage begründete Maria Probst, die 1949 als erste Frau für die CSU in den Bundestag einzog, ihre politische Motivation. Die Parlamentarierin setzte sich in Bonn ganz besonders für die Witwen und Waisen des Krieges ein und versuchte, andere Frauen für die politische Mitwirkung zu begeistern. Bekannt war sie auch als „Maria Heim-

suchung“, ein erster Hinweis darauf, dass ihr Engagement nicht überall auf Begeisterung stieß. Doch von Nöten war es, denn im Ersten Bundestag waren anfangs nur 28 Frauen vertreten, was einem Anteil von nicht einmal 7% entspricht. Im Laufe der Jahrzehnte ist der Frauenanteil im Bundestag dann sukzessive gestiegen und erreichte im 18. Bundestag mit 36,5% seinen Höchststand. Aktuell ist jedoch nur noch jeder dritte und in der Unionsfraktion jeder



Ist ein Parité-Gesetz der geeignete Weg, um den Frauenanteil im Bundestag zu erhöhen?

fünfte Volksvertreter weiblich. Dem gegenüber steht ein Elektorat, das zu 51,7% aus Frauen besteht. Dieser Umstand stößt nahezu parteiübergreifend auf Kritik und auch in der Union sprechen sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Markus Söder für eine paritätische Teilhabe von Mann und Frau in der Politik aus.

Doch wie dieses Ziel erreicht werden kann, darüber gehen die Meinungen

stark auseinander. So fordern etwa Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und die SPD ein Parité-Gesetz, mit dem der Gesetzgeber Geschlechterquoten für die Wahl des Bundestages verbindlich vorschreiben würde. Dazu sind aus Sicht dieser Parteien sowohl Vorgaben für die Landeslisten wie auch für die Nominierung der Direktkandidaten geeignet. Sollten sich Parteien weigern, eine solche Quotierung vorzunehmen, so sind Sanktionsmechanismen wie Nicht-Zulassung zur Wahl oder Einschnitte im Bereich der Parteienfinanzierung vorgesehen.

In der Union schlägt einem solchen Parité-Gesetz überwiegend Skepsis bis Ablehnung entgegen, nichtsdestoweniger nimmt die Debatte gerade im Kontext der Reform des Bundestagswahl-

**Der FRAUENANTEIL im Bundestag ist bis heute nicht paritätisch.**

rechts an Fahrt auf. So hat der Koalitionsausschuss im August 2020 beschlossen, dass bis 2023 eine Expertenkommission „verfassungsgemäße Maßnahmen empfehlen [soll], um eine gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen und Männern auf den Kandidatenlisten und im Bundestag“ zu gewährleisten. Diese Kommission wurde mittlerweile eingesetzt.

### Zur Verfassungskonformität eines Parité-Gesetzes

Doch wie ist es eigentlich um die Verfassungskonformität eines solches Parité-Gesetzes bestellt? Eine erste Annäherung bietet der Blick in das Grundgesetz sowie die 16 Landesverfassungen. Diese äußern sich nicht ausdrücklich zu der Frage, ob die Parteien auf ihren Vorschlägen zu Parlamentswahlen in gleicher Zahl Frauen und Männer benennen müssen. Die Verfassungen geben nur die Grundsätze vor, nach denen eine Wahl ablaufen muss: Sie muss allgemein, unmittelbar, gleich, frei und geheim sein (vgl. nur Art. 38 Abs. 1 S. 1 GG). In den Verfassungen finden sich auch Vorgaben zum Mindestwahlalter (etwa Art. 38 Abs. 2 GG) sowie zum Teil auch zum Wahltag oder zum System der Sitzverteilung. Die Einzelheiten, „das Nähere“, wozu auch die Kandidatenauswahl und -aufstellung gehört, überlassen die Verfassungen aber dem jeweiligen Wahlgesetz.

Vor diesem Hintergrund ist wenig überraschend, dass sich in den letzten Jahren auch die Verfassungsgerichte vermehrt mit dem Sachverhalt beschäftigt haben. So hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof bereits 2018 entschieden, dass das Wahlvolk keinen aus der Verfassung begründbaren Anspruch auf „geschlechterproportionale“ Wahlvor-

schläge bei Landtags- und Kommunalwahlen besitzt. Paritätsgesetze, welche die Landtage von Brandenburg und Thüringen beschlossen hatten, wurden durch das Brandenburgische Verfassungsgericht und durch den Thüringer Verfassungsgerichtshof im Jahr 2020 für verfassungswidrig erklärt. Das Bundesverfassungsgericht hat eine Wahlbeschwerde gegen die Bundestagswahl 2017, die sich auf die vermeintlich mangelnde paritätische Kandidatenaufstellung stützte, im Dezember 2020 ebenfalls als unzulässig zurückgewiesen. Die Rechtsprechung der Verfassungsgerichte spricht in diesem Fall folglich eine klare Sprache und weckt Zweifel, ob ein Parité-Gesetz überhaupt verfassungskonform umgesetzt werden kann.

**Ob ein Parité-Gesetz verfassungskonform ausgestaltet werden kann, ist höchst FRAGLICH.**

Auch in der Rechtswissenschaft sind die Ansichten über die Verfassungsmäßigkeit eines Parité-Gesetzes geteilt. Eine zwar lautstarke, aber nur von einer Minderheit vertretene Auffassung meint, das Verfassungsrecht in Bund und Ländern verpflichte den Gesetzgeber entweder explizit dazu oder ermögliche es ihm zumindest, ein solches Gesetz zu erlassen. Als Grund wird angeführt, dass die Abgeordneten Vertreter des Volkes seien. Die Parlamente müssten daher auch die Geschlechterverhältnisse im Volk abbilden. Außerdem verpflichte die Ver-

fassung den Gesetzgeber dazu, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken (im Bundesrecht: Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG).

Das Geschlechterverhältnis in den Parlamenten spiegelt aus dieser Sicht auch eine strukturelle Benachteiligung von Frauen wider, der verschiedene Faktoren zugrunde lägen. Dazu zählten etwa die fehlende Vereinbarkeit von Familie und politischem Amt, eine Mehrfachbelastung von Frauen im Bereich der Care-Arbeit, eine Dominanz von männerdominierten Netzwerken in den Parteien sowie geschlechtsspezifische Stereotypen. Vor diesem Hintergrund handele sich bei einem Parité-Gesetz um das einzig geeignete Mittel, um bestehende Nachteile auszugleichen und eine gleichberechtigte politische Teilhabe von Frauen zu gewährleisten. Darüber hinaus leiste es auch einen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Gleichberechtigung und markiere einen Meilenstein der demokratischen Weiterentwicklung.

### Parité-Gesetze als unverhältnismäßiger Eingriff in die Rechte der Parteien

Doch die weit überwiegende Mehrheit der Staatsrechtler teilt diese Perspektive nicht – das gilt auch für die Autoren dieses Beitrags – und stimmt der Rechtsprechung klar zu: Paritätsgesetze, die starre Geschlechterquoten für Wahlvorschläge der Parteien verlangen, sind verfassungswidrig. Denn sie greifen in Rechte ein, die die Verfassung den Parteien, ihren Mitgliedern sowie den Wahlbewerbern einräumt.

Parteien und ihre Mitglieder sind – natürlich im Rahmen der freiheitlich-

demokratischen Grundordnung – frei darin, wie sie sich organisieren und welche inhaltlichen Ziele sie sich setzen (Art. 21 Abs. 1 GG). Die Parteimitglieder, welche die Wahlvorschläge bestimmen, sind ebenso frei darin, welche volljährigen deutschen Staatsbürger sie für Wahlen aufstellen. Sie entscheiden, welche Wahlbewerber ihrer Meinung nach die besten Chancen haben, Mandate zu erringen. Dabei spielen die Beliebtheit der Wahlbewerber sowie der Umstand eine Rolle, ob die Kandidaten zum Profil der Partei und zum Wahlprogramm „passen“. Ob die Parteimitglieder mehr Frauen oder mehr Männer aufstellen, ist ihnen überlassen. Es ist das gute Rechte einer Partei, z. B. die Frauenförderung auf ihre Fahnen zu schreiben, sodass ihre Mitglieder nur oder überwiegend Frauen nominieren. Für eine reine Männerliste gilt dasselbe, ebenso für eine wechselweise Besetzung einer Parteiliste mit Frauen und Männern. Auch andere Faktoren wie das Alter, die örtliche Herkunft oder die Zugehörigkeit zu einer Parteiuntergliederung dürfen die Parteimitglieder bei der Kandidatenaufstellung berücksichtigen. Starre Quotenvorgaben für Wahlvorschläge, wie sie die Paritätsgesetze Brandenburgs und Thüringens vorsahen, genügen diesen verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht.

Zwingende Geschlechterquoten beeinträchtigen außerdem das für alle volljährigen Deutschen gemäß Art. 38 Abs. 1 S. 1 GG gleiche Recht, gewählt werden zu können (sog. passive Wahlrechtsgleichheit). Jeder Partei und jedem Wahlbewerber müssen grundsätzlich die gleichen Möglichkeiten im Wahlkampf und Wahlverfahren und damit gleiche Chancen im Wettbewerb um die Wählerstimmen offenstehen. Starre Quoten beschränken dieses Recht zu stark, da sie,

je nach Listenplatz, Kandidaturen für Frauen oder für Männer verbieten. Da häufig nur die vorderen Listenplätze den Einzug ins Parlament garantieren, wirkt sich eine starre Quote direkt auf die Wahl- bzw. Mandatschancen aus, was die Befürworter einer solchen Quote ja gerade beabsichtigen. Sie wollen mit ihrer Hilfe ein möglichst gleiches Geschlechterverhältnis im Parlament erreichen. Schließlich greift eine starre Geschlechterquote in die Chancengleichheit vor allem kleinerer Parteien im politischen Wettbewerb ein. Für sie kann die Erfüllung gesetzlicher Paritätsvorgaben mit besonderen Schwierigkeiten verbunden oder gar gänzlich unmöglich sein. Denkbar ist zudem auch, dass ein staatlich vorgegebenes Paritäts-Ziel der Programmatik einer Partei fundamental entgegensteht, beispielsweise, wenn diese stark libertär geprägt ist. In diesem Fall würde sie der Gesetzgeber zwingen, sich entgegen ihrer grundlegenden politischen Zielvorstellungen zu positionieren.

**Zwingende GESCHLECHTERQUOTEN beeinträchtigen die Wahlrechts- und Chancengleichheit.**

### Das Parlament ist kein Spiegelbild der Bevölkerung

Gesetzliche Eingriffe in Rechte der Parteien, ihrer Mitglieder oder der Kandidaten können in besonderen Fällen durch die Verfassung gerechtfertigt und damit ausnahmsweise zulässig sein. Für gesetzliche verankerte starre Geschlechter-

quoten gibt es aber keine solche Rechtfertigung. Das populäre Argument der Paritätsbefürworter, das Parlament müsse ein „Spiegelbild“ der Gesellschaft sein und daher zwingend mehr weibliche Abgeordnete enthalten, ist möglicherweise sympathisch, es ist aber juristisch ohne Bedeutung. Denn die Verfassung verlangt gar nicht, dass das Parlament das Volk „spiegelt“. Das wäre auch gar nicht möglich, da es ja verschiedene Gruppen in der Bevölkerung gibt. Sie überlagern sich und schließen sich teilweise aus. Ein Spiegelbild ist immer nur für einen bestimmten Aspekt denkbar, z. B. für das Geschlechterverhältnis oder das Alter oder die Religion oder die regionale Herkunft. Wer eine Geschlechterquote fordert, könnte genauso gut Alters- oder Konfessionsquoten befürworten.

Wie beispielsweise die ehemalige Bundesverfassungsrichterin Gertrude Lübke-Wolff kritisch zu bedenken gibt, existieren darüber hinaus gesellschaftliche Gruppen wie etwa Nicht-Akademiker oder Menschen mit Migrationshintergrund, die im Parlament gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung noch stärker unterrepräsentiert sind als Frauen. Denkt man die Logik der Paritäts-Befürworter konsequent zu Ende, so ist zumindest begründungswürdig, warum nicht auch für diese und weitere Personengruppen das Recht auf eine gesicherte Repräsentation gelten müsse. Am Ende dieses Gedankenspiels stünde dann eine komplett spiegelbildliche Vertretung der Bevölkerung im Parlament, damit verbunden aber auch eine weitgehende Einschränkung der Wahl- und Entscheidungsfreiheit des Wählers.

Das deutsche Verfassungsrecht geht aber einen ganz anderen, deutlich demokratischeren Weg. Es überlässt den

Wahlberechtigten aus dem Volk, von dem alle Staatsgewalt ausgeht (Art. 20 Abs. 2 S. 1 GG), die Entscheidung, wer im Parlament sitzen soll.

Doch nicht nur aus verfassungsrechtlicher Sicht ist der Wunsch nach einer spiegelbildlichen Repräsentation problematisch. Er leistet auch einer Essentialisierung von Geschlechtsidentitäten Vorschub, indem dem „Frau-Sein“ eine alleinig prägende Wirkung auf das politische Denken und Handeln attestiert wird, ungeachtet der Tatsache, dass politische Sozialisation und Meinungsbildung von einem Bündel an Faktoren beeinflusst wird. Darunter können geschlechtsspezifische Erfahrungen fallen, aber eben auch Alter, Herkunft, soziales Milieu, Bildungsbiografie, Prägung im Familien- und Freundeskreis und so weiter. Das „Spiegelbild“-Argument der Paritätsbefürworter geht also an der Verfassung vorbei.

### Parité als verfassungsrechtlicher Auftrag?

Dasselbe gilt für das von ihnen vertretene Argument, Parität im Wahlrecht sei nichts anderes als die Umsetzung einer Verfassungsvorgabe. Sie verweisen auf die Verpflichtung des Gesetzgebers, die Gleichberechtigung zu fördern (Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG). Doch auch dieses Argument geht fehl. Zwar besteht der Verfassungsauftrag (im Bund und in den Ländern), die Gleichberechtigung von Frau und Mann durchzusetzen. Dieser Auftrag erfasst aber nach richtiger Ansicht das Wahlrecht gar nicht. Denn das Wahlrecht steht allen volljährigen Staatsbürgern zu. Die Geschlechter sind an der Wahlurne bereits gleichberechtigt – und das schon seit 1919. Das Gebot, die Gleichstellung zu verwirklichen, ist daher im Wahlrecht schon erfüllt.

**Das geltende Wahlrecht ERMÖGLICHT die Gleichstellung.**

Außerdem benachteiligt das geltende Wahlrecht Frauen auch dann nicht, wenn man sie nicht als Wählerinnen, sondern als mögliche Kandidatinnen in den Blick nimmt. Der Frauenanteil im Parlament entspricht im Wesentlichen dem Anteil der weiblichen Parteimitglieder. In einigen Parteien liegt er sogar darüber. Der Frauenanteil in deutschen Parlamenten ist daher auch Ausdruck ihres geringen Anteils an den Parteimitgliedern, innerhalb derer die Rekrutierung für politische Führungsämter ja erfolgt. Auf diesen Aspekt zielt unter anderem auch die Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichts ab, das erst jüngst eine entsprechende Wahlprüfungsbeschwerde der Rechtsprofessorin und Parité-Vordenkerin Silke Laskowski für unzulässig erklärt hatte – eine Bewertung, die im Übrigen fünf Richterinnen und drei Richter vorgenommen hatten.

Nicht unerwähnt bleiben soll ein weiteres Argument gegen starre Quoten für Frauen und Männer. Sie lassen Personen außer Acht, die sich keinem Geschlecht zuordnen und entfalten dadurch eine diskriminierende Wirkung. Das ist ein weiterer Grund für die Verfassungswidrigkeit solcher Quoten, mit dem beispielsweise auch der dortige Landesverband der Piraten seine Verfassungsbeschwerde gegen das Parité-Gesetz in Brandenburg begründete.

Das geltende Verfassungsrecht steht starren Geschlechterquoten im Wahl-

recht folglich entgegen. Man könnte nun auf die Idee kommen, das Grundgesetz oder die Landesverfassungen zu ändern. Doch auch mithilfe einer Verfassungsänderung können starre Geschlechterquoten im Wahlrecht nicht eingeführt werden. Die Wahlrechtsvorschriften sind Teil des Demokratieprinzips (Art. 20 Abs. 1, 2 GG) und damit unveränderbar (vgl. die sog. Ewigkeitsklausel, Art. 79 Abs. 3 GG). Das Wahlrecht ist ein untrennbarer Bestandteil der Volkssouveränität. Es darf gemäß Art. 79 Abs. 3 GG nicht angetastet werden, auch nicht durch Geschlechterquoten, die in die Wahlgleichheit aller Staatsbürger eingreifen würden.

### Chancengleichheit ja, Ergebnisgleichheit nein

Schlussendlich ist also festzuhalten, dass aus verfassungsrechtlicher Sicht vieles gegen ein Parité-Gesetz spricht. Ob ein solches verfassungskonform ausgestaltet werden kann, wird im rechtswissenschaftlichen Schrifttum mehrheitlich verneint. In den Landesparlamenten verabschiedete Parité-Gesetze haben den „Praxistest“ vor den Verfassungsgerichten ebenfalls nicht bestanden und wurden für nichtig erklärt. Nicht zuletzt hat auch das Bundesverfassungsgericht in seiner Begründung der Unzulässigkeit einer Wahlprüfungsbeschwerde deutlich gemacht, dass es den grundlegenden Argumentationslinien der Parité-Befürworter skeptisch bis ablehnend gegenübersteht. Chancengleichheit ja, Ergebnisgleichheit nein – so lässt sich der Tenor des Urteils am besten auf den Punkt bringen. Kurzum: Eine Reform des Wahlrechts ist nicht die geeignete Stellschraube, um den Frauenanteil im Bundestag zu erhöhen.

Was bedeutet das aber für das Ziel, mehr Frauen in die Parlamente zu bringen? Zunächst einmal, dass der Ball nicht beim Gesetzgeber, sondern bei den Parteien liegt. Sofern diese ihre weiblichen Mitglieder vermehrt in politischer Verantwortung sehen möchten, müssen sie selbst handeln und geeignete Maßnahmen ergreifen. An dieser Stelle setzt freilich die nächste Debatte an. Denn es besteht keinesfalls ein Konsens darüber, welche Maßnahmen geeignet sind.

**Die PARTEIEN selber können für eine Erhöhung des Frauenanteils im Bundestag sorgen.**

So fordern beispielsweise in der Union Parteigliederungen wie die Frauenunion eine verbindliche quotierte Besetzung der Landeslisten. Doch nimmt man die Ergebnisse der Bundestagswahl 2017 als Ausgangspunkt, dann würde der Effekt quotierter Landeslisten recht gering ausfallen, da CSU und CDU einen Großteil der Direktmandate gewinnen konnten und die Landeslisten daher nur eingeschränkt gezogen haben. Auch die innerparteiliche Akzeptanz einer solchen Quote wäre fraglich.

Vor diesem Hintergrund fordern andere einen innerparteilichen Kulturwandel, um mehr Frauen zu motivieren, sich für ein Direktmandat zu bewerben. So könne man etwa eine bessere Vereinbarkeit von Familie und politischem Amt ermöglichen, wenn Formen der di-

gitalen Teilhabe gestärkt und familienfreundlichere Tagungszeiten zur Norm gemacht würden. Darüber hinaus sei es auch sinnvoll, ein breiteres Fundament an potenziellen Bewerberinnen zu schaffen, etwa indem die Nachwuchsförderung über die politischen Jugendorganisationen weiter gestärkt wird oder vermehrt auch Quereinsteigerinnen angesprochen werden.

Auch von politischen Spitzenämtern geht eine Leuchtturm-Wirkung aus. Das macht nicht zuletzt ein Blick ins bayerische Kabinett, in dem, zumindest seitens der CSU, erstmalig genauso viele Frauen wie Männer vertreten sind, deutlich. In einigen Bereichen ist die Parität schon heute Normalität. Maria Probst hätte das sicher gefallen. ///



/// PROF. DR. PHILIPP AUSTERMANN

ist Professor für Staats- und Europarecht an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl.



/// DR. SARAH SCHMID

ist Leiterin des Referats Verfassung, Europäische Integration und Gesellschaftliche Partizipation der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

/// Cancel Culture als moderner Kulturkampf

## LINKE IDENTITÄTSPOLITIK UND OFFENE GESELLSCHAFT

**UDO BARON** /// Wenn wir von Identitären sprechen, denken wir zunächst an die rechtsextremistische „Identitäre Bewegung“. Doch mittlerweile gibt es auch im Links-extremismus eine identitäre Bewegung, für die die ethnische und kulturelle Zugehörigkeit zu speziellen Gruppen und nicht mehr die Werte der Aufklärung im Fokus stehen. Der nachfolgende Beitrag versucht, sich diesem Phänomen anzunähern, es einzuordnen und die von ihm ausgehenden Gefahren für den demokratischen Rechtsstaat aufzuzeigen.

### Einführung

Der ausgewiesene Afrikaforscher Helmut Bley wird von einer Veranstaltung in Hannover im Rahmen der „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ eingeladen, weil eine Antirassismus-Initiative meint, man könne mit ihm nicht über Rassismus reden, da er als „alter, weißer Mann“ nicht beurteilen könne, wie sich schwarze Menschen fühlen.<sup>1</sup> Der Soziologe und Polizist Frank-Holger Acker soll nach Meinung des linksge-

richteten Asta keine kriminologisch-soziologische Einführung über Polizei und Kriminalität an der Leibniz-Universität in Hannover geben, da er angeblich als Polizist keine kritische Distanz zur Organisation Polizei einnehme könne.<sup>2</sup> Diese Beispiele, die sich mühelos erweitern ließen, rücken eine Entwicklung in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung, die sich seit einiger Zeit in Deutschland, Europa und den USA bis weit in die Mitte der Gesellschaft aus-



Quelle: picture alliance / Consolidated News Photos / Patri Semansky

Darf eine weiße Frau den Text einer schwarzen Dichterin übersetzen? Cancel Culture erfasst in der Auseinandersetzung um das Gedicht der US-Poetin Amanda Gromann auch diese Frage.

breitet: eine Identitätspolitik von links, auch Cancel Culture („Ausschlusskultur“) genannt.

Anhand verschiedener Beispiele aus dem In- und Ausland wie der Kontroverse um die Äußerungen des ehemaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse oder der Spitzenpolitikerin der

Partei Die Linke, Sahra Wagenknecht, aber auch unter Rückgriff auf internationale Entwicklungen wie der Herausbildung einer in Frankreich sehr aktiven sogenannten „Islam-Linken“ oder der Auseinandersetzung um das Gedicht der dunkelhäutigen US-Poetin Amanda Gromann will der Beitrag folgenden Fragen nachgehen und damit zu einer politischen Einordnung dieses Phänomens beitragen: Was verbirgt sich hinter den Begriffen „linke Identitätspolitik“ bzw. „Cancel Culture“? Welche Ziele verfolgen Identitätslinke? Wie gehen sie vor, um diese zu erreichen? Welche Rolle spielt die Sprache für die linke Identitätspolitik? Welche Gefahren entstehen durch dieses Phänomen für den demo-

Von links entwickelt sich derzeit eine von **AUSSCHLUSS** gekennzeichnete Identitätspolitik.

kratischen Rechtsstaat? Und welche internationale Dimension hat diese Entwicklung?

### Linke Identitätspolitik – eine Begriffsbestimmung

Identitätspolitik im Allgemeinen stellt die Bedürfnisse einer spezifischen Gruppe von Menschen nach Anerkennung, Verbesserung ihrer gesellschaftlichen Position und Stärkung ihres Einflusses in den Mittelpunkt. Dahinter steht das Konzept einer Politik, die nicht mehr primär die soziale, sondern die kulturelle Zugehörigkeit zu speziellen Gruppen in den Fokus rückt und deren Interessen vertritt.<sup>3</sup> Vor allem Rechtsextremisten betreiben mit ihren völkischen Gedanken und ihrem Gebot der Rassenreinheit eine ethnisch-kulturell basierte Identitätspolitik. Ihr Ziel ist es, ethnisch reine und somit homogene politische Gemeinschaften zu schaffen, um mit ihnen die Vorherrschaft gegenüber anderen Gruppen und Ethnien anzustreben. Ihren Ausdruck findet dieser Ethnopluralismus vor allem in der Neuen Rechten, an deren Identitätsverständnis die rechtsextremistische „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) anknüpft.<sup>4</sup>

Doch es gibt nicht nur eine rechte Identitätspolitik, sondern auch eine linke. Die Identitätslinke zielt auf die Gleichstellung und Emanzipation von Gruppen, die wegen ihrer geschlechtlichen, kulturellen oder religiösen Identität als benachteiligt gelten. Dazu zählen gegenwärtig insbesondere ethnische Minderheiten wie People of Color, Flüchtlinge, die Afroamerikaner und die Hispanics in den USA, religiöse Minderheiten (Muslime), genderbezogene Gruppen (Frauen, Homosexuelle, Trans- und Intersexuelle), ferner Obdachlose und Behinderte. Linke Identitätspolitik

zielt im Gegensatz zur klassischen linken Politik nicht mehr primär auf die Lösung der sozialen Frage und somit der klassischen sozioökonomischen Verteilungskonflikte, sondern rückt die jeweilige Gruppenidentität in den Mittelpunkt. Aus diesem Grunde betrachtet sie Minderheiten pauschal als einheitliche Gruppen von diskriminierten Opfern, die von der Mehrheitsgesellschaft als Dominanzkultur objektiv benachteiligt werden.<sup>5</sup> Nur Mitglieder von Opfergruppen dürfen ihrer Ansicht nach im Namen diskriminierter Minderheiten sprechen.

Dabei handelt es sich bei der linken Identitätspolitik nicht um eine Partei, einen Verein, eine Gruppierung, Publikation oder ein konkretes Projekt mit einer klaren Ideologie oder einem entwickelten Programm. Vielmehr versteht sich linke Identitätspolitik als ein Diskurskonstrukt, als eine Bezeichnung für bestimmte Positionen, die eine öffentliche Wirkung entfalten wollen.<sup>6</sup> Da Identitäten als homogen betrachtet werden und somit nicht teilbar sind, polarisiert Identitätspolitik. Zudem argumentiert sie moralisch und nicht inhaltlich und zeichnet sich durch Kompromisslosigkeit und Diskriminierung aus, wie die Fälle Bley und Acker zeigen.

In der Praxis bedeutet Cancel Culture das systematische Ausblenden, Ausgrenzen und Diffamieren unliebsa-

**Identitätspolitik argumentiert moralisch, ist kompromisslos und POLARISIERT.**

mer Positionen und Personen. So werden Letztere beispielsweise gezielt von bestimmten Diskursen ausgeschlossen und durch Shitstorms über die sozialen Netzwerke stigmatisiert. Wer Kritik übt und auf Widersprüche hinweist, wird als „Nazi“, „Rassist“ oder auch „Sexist“ diskreditiert. Linke Identitätspolitik übernimmt dabei unter umgekehrten Vorzeichen selbst rassistische und sexistische Deutungsmuster. „Weiße“ Männer wie Bley werden, nur weil sie weiß und männlich sind, pauschal als strukturell rassistisch und sexistisch und damit als ungeeignet für jeglichen Diskurs zu Themen wie Rassismus, Kolonialismus etc. betrachtet. Diese Muster werden von den Anhängern linker Identitätspolitik auf alle gesellschaftlichen, kulturellen und religiösen Gruppen übertragen. In dieser Logik ist auch ein Polizist wie Frank-Holger Acker ungeeignet, kritisch über die Polizei im Rahmen eines Hochschulseminars zu reden, da auch die Polizei als eine homogene Einheit (in diesem Falle aber negativ definierte Gruppe) wahrgenommen wird.

Linke Identitätspolitik findet ihren Ausdruck auch in einer gendergerechten Sprache. Hatte diese ursprünglich die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie aller Geschlechter in gesprochener und geschriebener Sprache zum Ziel, so hat sie sich zunehmend zu einem Herrschaftsinstrument linker Identitätspolitik entwickelt. Die Stigmatisierung bestimmter Begriffe oder das Sternchen hinter dem Wort geben in diesem Zusammenhang ebenso wie der Unterstrich oder der Doppelpunkt Auskunft über eine bestimmte Denkweise und Identität. Linksidentitäre versuchen so, die Sprache zu reglementieren und zu verordnen. Sprache wird dadurch elitär und kann somit zum Herrschafts-

**Linksidentitäre benutzen SPRACHE als Machtmittel.**

mittel der Identitätslinken werden, denn wer bestimmt, was gesagt und geschrieben werden darf, hat Macht über die Gesellschaft.

### Die Debatte um eine linke Identitätspolitik

Die Debatte um eine linke Identitätspolitik strahlt mittlerweile bis in die Mitte der Gesellschaft. So kritisierte der frühere Bundestagspräsident und Sozialdemokrat Wolfgang Thierse in einem Namensbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, dass „subjektive Betroffenheit“ und „biografische Prägungen“ statt „Vernunftgründen“ und „begründeten Argumenten“ zunehmend die gesellschaftlichen Debatten bestimmen. Für ihn sind die Identitätslinken „neue Bilderstürme[r]“, die „die Mühsal von Diskussionen“ scheuen und denen der „unabdingbare Respekt vor Vielfalt und Anderssein“ fehle.<sup>7</sup> Statt sich mit ihm zu solidarisieren, haben sich die SPD-Parteivorsitzende Saskia Esken und ihr Stellvertreter Kevin Kühnert umgehend von ihrem Parteifreund distanziert und ihm ein „rückwärtsgewandtes Bild“ vorgeworfen.<sup>8</sup>

Wie heftig umstritten dieses Thema auch innerhalb der radikalen Linken ist, zeigt die Kontroverse um Sahra Wagenknecht. Sie kritisiert in ihrem neuesten Buch „Die Selbstgerechten“ die linke Identitätspolitik und ihre Vertreter, die sie als „Lifestyle-Linke“ charakterisiert,



scharf. Ihnen wirft sie vor, anderen vorschreiben zu wollen, wie sie „zu leben, zu denken, zu reden haben“. Statt sich für den sozialen Ausgleich zu engagieren, fokussierten sie sich auf Randgruppen, richteten ihr „Augenmerk auf immer kleinere und immer skurilere Minderheiten“ und würden so die Linke spalten.<sup>9</sup>

Diese Kontroversen offenbaren einen zunehmenden Riss innerhalb der politischen Linken. Linke, für die die soziale Frage und nicht die Frage der Identität im Vordergrund steht, grenzen sich von der Cancel Culture der Identitätslinken ab und warnen vor ihr. So beklagten bereits im Sommer 2020 153 Intellektuelle aus verschiedenen Ländern wie Noam Chomsky, Daniel Kehlmann und Salman Rushdie in einem öffentlichen Aufruf zur Toleranz eine moralische Entrüstung, die die offene Debatte und Toleranz von Unterschieden zugunsten ideologischer Konformität schwäche und nach sofortiger Vergeltung für als Entgleisung wahrgenommene Reden und Gedanken verlange.<sup>10</sup>

### Die Debatte um die Cancel Culture SPALTET zunehmend die politische Linke.

In den USA, aber auch in Frankreich und Großbritannien ist diese Entwicklung insbesondere an den Hochschulen schon so weit vorangeschritten, dass sie Formen eines modernen Kulturkampfes angenommen hat. Lautstarke, sich als

linksidentitär verstehende Gruppierungen sind mancherorts so stark geworden, dass sie mit jakobinischem Eifer Hochschullehrer mit ihrer Cancel Culture einschüchtern und sie mit verbalen Angriffen, vor allem über das Internet, überziehen, um dadurch eine kritische Auseinandersetzung, z. B. mit Werken internationaler Geistesgrößen, zu verhindern. Nicht selten folgen Institutionen wie Universitäten aus Panik diesen Rufen mit übertriebenen Maßnahmen. So werden beispielsweise die Schriften von Platon, Kant, Hegel und selbst von Goethe oftmals nicht mehr gelesen, weil diesen Denkern unter Ausblendung ihres historischen Kontexts von linksidentitärer Seite rassistische und sexistische Auffassungen unterstellt werden, waren sie doch alle „weiße Männer“.

Cancel Culture trifft aber nicht nur „weiße Männer“, sondern auch „weiße Frauen“. So gab beispielsweise die niederländische Schriftstellerin Marieke Lucas Rinjevid den Auftrag, das Gedicht der dunkelhäutigen US-Poetin Amanda Gromann, welches diese bei der Amtseinführung von US-Präsident Joe Biden vorgetragen hat, ins Niederländische zu übersetzen, zurück. Ihr war vorgehalten worden, als angeblich privilegierte „weiße“ Frau könne und dürfe sie nicht den Text einer formell benachteiligten „schwarzen“ Dichterin übersetzen.<sup>11</sup>

In Frankreich findet diese Entwicklung ihren Ausdruck u. a. in einer zunehmenden Zusammenarbeit zwischen Islamisten und radikalen Linken, sogenannten „Islam-Linken“ (frz. „Islamogauchisme“). Dahinter verbirgt sich eine Bündnisbereitschaft von Linken gegenüber Islamisten bis hin zu gemeinsamen Aktionen, z. B. gegen Israel und die USA. Migranten, vor allem aber

Muslime, haben bei diesen Identitätslinken mittlerweile den Arbeiter als revolutionäres Subjekt in den Hintergrund gedrängt. So protestieren in Frankreich immer wieder Studenten der extremen Linken gemeinsam mit militanten Islamisten gegen Verfechter einer universalistischen, feministischen und säkularen Linken. Kritik am Islam, selbst seine Analyse, wird von ihnen mit Gotteslästerung gleichgesetzt. In den Sozialwissenschaften soll die „Islam-Linke“ schon so dominant geworden sein, dass sie jeglichen Diskurs, der ihrer Meinung widerspricht, unmöglich macht.<sup>12</sup> 90 Professoren und Forscher forderten deshalb jüngst in einem offenen Brief in der französischen Tageszeitung „Le Monde“, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten.<sup>13</sup>

### Linke Identitätspolitik und wehrhafte Demokratie

Was im Mittelalter die Konfession war und im 20. Jahrhundert die Ideologien, ist heutzutage die Identität. Die Befreiung des Individuums aus den Fesseln des Kollektivs, eine der zentralen Errungenschaften seit der Französischen Revolution von 1789, würde durch den antiindividualistischen Kollektivismus der Identitätslinken aufgehoben, denn der Einzelne müsste wieder zugunsten der homogenen Gemeinschaft in den Hintergrund treten. Gäbe unsere Gesellschaft widerstandslos dieser Entwicklung nach, wären die Folgen linker Identitätspolitik für unseren freiheitlichen Rechtsstaat und seine Bürger gravierend. Vor allem die individuellen Menschenrechte und somit die grundgesetzlich geschützte Würde des Menschen, die Meinungs- und Religionsfreiheit sowie die Wissenschaftsfreiheit, aber auch jede Form von Gemeinsinn

und Zusammenhalt einer demokratischen Gesellschaft würden in Frage gestellt werden. Kollektive Gruppenidentitäten würden über individuelle Menschenrechte gestellt.

### Der antiindividualistische Kollektivismus der Identitätslinken BEDROHT die demokratische Gesellschaft.

Ein Menschenrechtsrelativismus wäre die Folge.<sup>14</sup> Nicht mehr Qualität und Vernunft eines Arguments, sondern Geschlecht, Hautfarbe und Religion würden dann die Diskussionen prägen. Nur noch Personen aus homogenen Gruppen dürften sich zu Fragen und Problemen dieser Gruppen in der von ihnen vorgegebenen Sprache äußern. Die Befindlichkeiten einzelner gesellschaftlicher Gruppen und Minderheiten und nicht mehr der Inhalt stünden im Vordergrund. Verteidigt würde dann jemand, weil er einer aus der homogenen Gruppe, also einer „von uns“ ist, und nicht, weil er richtig argumentiert oder gehandelt hat. Nicht mehr der freie Austausch unterschiedlicher Positionen und Ansätze würde den Diskurs bestimmen, sondern ein dichotomes Weltbild homogener Gruppen, dass die Welt schematisch in „Gut“ und „Böse“ einteilt.

Die Selbstzensur, die berühmte „Schere im Kopf“, würde wieder wie in vormodernen Zeiten die Diskussionen prägen und jeglichen wissenschaftlichen Diskurs faktisch aushebeln. Ein

Rückschritt in voraufklärerische Zeiten wäre vorprogrammiert. Eine Verschärfung der Polarisierung und Zersplitterung der Gesellschaft entlang ethnischer, religiöser und genderbezogener Trennlinien wäre die Folge. Die fortschreitende moralische Aufladung der Politik durch linksidentitäre Positionen würde eine rationale Gestaltung zentraler Politikfelder wie Zuwanderung, Integration und innere Sicherheit nicht nur verhindern, sondern unmöglich machen. Eine (Un-)kultur aus Angst, Scheinheiligkeit und Heuchelei wäre die Folge.

Nutznieser dieser Entwicklung wären am Ende vor allem rechtspopulistische und rechtsextremistische Formationen, die sich schon jetzt als Wahrer der Interessen der „kleinen Leute“ gegen eine linksgerichtete Political Correctness geschickt in Stellung bringen, um verunsicherte Bürger auf ihre Seite zu ziehen. In Frankreich, aber auch in Großbritannien und den USA ist dieses Phänomen bereits mit Händen zu greifen, und es wäre naiv zu glauben, Deutschland bliebe davon weitgehend verschont.

### Cancel Culture spielt den RECHTS-EXTREMEN Kräften in die Hände.

#### Ausblick

Im Ergebnis stellen linksidentitäre Bestrebungen eine hochgradig intolerante Strömung der extremen Linken mit Auswirkungen bis weit in die Mitte der Ge-

sellschaft dar. In Gestalt von Cancel Culture brandmarken sie politisch missliebige Personen und Positionen und weigern sich dem vernunftgeleiteten kritischen Diskurs. Linksidentitäre hohlen durch eine ideologisch ausgerichtete Sprachzensur die Meinungsfreiheit aus und bedrohen so auch die Freiheit von Forschung und Lehre an den Hochschulen. Durch ihre einseitige Fixierung auf Identitäten wie Ethnie, Religion oder Gender blenden sie die soziale Frage aus und erweitern so die Trennlinien in der Gesellschaft. Die von ihnen erzeugte Polarisierung kann dadurch zu einer weiteren Verunsicherung der westlichen Gesellschaften führen und somit zu einem Erstarken rechtsextremer Kräfte.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Ein Engagement für gesellschaftliche Minderheiten ist richtig und wichtig. Diskriminierung und Alltagsrassismus haben in demokratischen Gesellschaften nichts zu suchen. Ebenso gehört die Geschichte des Kolonialismus und der Sklaverei aufgearbeitet. Doch wo dieser Einsatz zur Diskriminierung anderer und zur Stigmatisierung von Mehrheiten durch Minderheiten führt, verstößt er gegen die Würde des Einzelnen und somit gegen grundlegende Menschenrechte bzw. grundgesetzlich geschützte Bürgerechte.

Wohin die Forderungen nach homogenen Gemeinschaften führen können, haben wir in der deutschen Geschichte auf grausame Art und Weise erleben müssen. Allein aus diesem Grunde gilt es, sowohl Rechts-, aber auch Linksidentitäre mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaates zu bekämpfen. An dieser Stelle ist auch die wehrhafte Demokratie gefordert, die in der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung formulierten grundlegenden

Werte wie Menschenrechte, Meinungs-, Presse-, Wissenschafts- und Religionsfreiheit und somit die unantastbare Würde eines jeden Menschen gegen ihre Feinde zu verteidigen.

Die Extremismusprävention muss sich des Themas Identitätslinke verstärkt annehmen und der von ihr ausgehenden freiheitsfeindlichen Zielrichtung durch Information und Aufklärung aktiv entgegenwirken. Es ist traurig, dass man im 21. Jahrhundert noch einmal ausdrücklich an die Werte der Aufklärung, der Französischen Revolution und der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung erinnern muss. Aber die offene Gesellschaft und mit ihr die Freiheit des geschriebenen und gesprochenen Wortes müssen täglich neu von allen Demokraten gegen ihre Feinde verteidigt werden. ///



/// DR. UDO BARON

ist Politikwissenschaftler und Extremismusforscher. Im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, Hannover, ist er für den Bereich Linksextremismus zuständig.

#### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Vgl. Stillahn, Alina/Benne, Simon: Man muss auch mal Haltung zeigen, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 1.4.2021, S. 12.
- <sup>2</sup> Vgl. Hilbig, Barbara: Asta lehnt Polizisten als Dozenten ab, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 16.4.2021, S. 19.
- <sup>3</sup> Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Die antiaufklärerische Dimension linker Identitätspolitik, 17. März 2021, <https://hans-albert-institut.de/die-antiaufklaererische-dimension-linker-identitaetspolitik>, Stand: 11.5.2021.
- <sup>4</sup> Vgl. Meyer, Thomas: Identitätspolitik – worum es geht, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, 10/2018, <https://www.frankfurter-hefte.de/artikel/identitaetspolitik-worum-es-geht-2572/>, Stand: 10.5.2021.
- <sup>5</sup> Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Identitätslinke relativieren Menschenrechte, in: Neue Züricher Zeitung, 13.4.2021, S. 14.
- <sup>6</sup> Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Die „Identitätslinke“ – was ist das überhaupt?, 22.4.2021, <https://hpd.de/artikel/identitaetslinke-ueberhaupt-19210>, Stand: 17.5.2021.
- <sup>7</sup> Thierse, Wolfgang: Wie viel Identität verträgt die Gesellschaft?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.2.2021, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/wolfgang-thierse-wie-viel-identitaet-vertraegt-die-gesellschaft-17209407.html>, Stand: 3.3.2021.
- <sup>8</sup> Zitiert nach Gujer, Eric: Identitätspolitik hält für Deutschland eine Pointe bereit, in: Neue Züricher Zeitung, 12.3.2021, <https://www.nzz.ch/meinung/wolfgang-thierse-hat-recht-identitaetspolitik-ist-gift-ld.1606241>, Stand: 17.3.2021.
- <sup>9</sup> Wagenknecht, Sahra: Die Selbstgerechten: Mein Gegenprogramm – für Gemeinwohl und Zusammenhalt, Frankfurt am Main 2021.
- <sup>10</sup> Vgl. A Letter on Justice and Open Debate, in: Harper's Magazine, 7.7.2020, <https://harpers.org/a-letter-on-justice-and-open-debate/>, Stand: 1.6.2021.
- <sup>11</sup> Vgl. Lüdke, Steffen u. a.: Zwischen Poesie und Politik, in: Der Spiegel 13/2021, S. 102-105.
- <sup>12</sup> Vgl. Hesse, Christoph: Sagten Sie „Islam-Linke“?, in: die tageszeitung, 15.3.2021, <https://taz.de/Populismus-und-Islamismus/157546>, Stand: 20.3.2021.
- <sup>13</sup> Vgl. Sandberg, Britta: Alle sind gleich – theoretisch, in: Der Spiegel 11/2021, S. 84.
- <sup>14</sup> Vgl. Pfahl-Traughber: Identitätslinke relativieren Menschenrechte, S. 14.

Aleida Assmann

**Die  
Wiedererfindung  
der Nation***Warum wir sie fürchten und  
warum wir sie brauchen*

Assmann, Aleida: *Die Wiedererfindung der Nation*. München: C.H. Beck-Verlag 2020, 332 Seiten, € 18,00.

/// Die Bedeutung der Nation für das kulturelle und gesellschaftliche Zusammenleben

## WAS MACHT UNS AUS?

Weltweit stellen sich derzeit Nationen so öffentlich wie selten zuvor die Frage: Was macht uns als Gesellschaft aus? Man denke an die Debatten über die Zukunft der Europäischen Union, den kontroversen Diskurs über „Cancel Culture“ oder die immer dringlicher erscheinende Frage nach Aufarbeitung der europäischen Kolonialgeschichte. Die emeritierte Professorin für Anglistik

und Allgemeine Literaturwissenschaft Aleida Assmann hat mit „Die Wiedererfindung der Nation“ ein informatives und informiertes, gut lesbares Buch darüber verfasst, welche Bedeutung die Nation für unser kulturelles und gesellschaftliches Zusammenleben hat.

Anders als etwa Ulrike Guérot, die eine europäische Republik fordert, plädiert Assmann für den Erhalt und die

Weiterentwicklung der Nationalstaaten, „[d]enn Denationalisierung [...] heißt automatisch auch Abbau von Kultur, Geschichte und Gedächtnis.“ (S. 45) Die Literaturwissenschaftlerin sieht die Nationen als Garanten für Menschenrechte und funktionierende Demokratien, schließlich seien diese Entwicklungen der Zivilisation auch in Nationen entstanden. Dabei betont sie auch: „Die Kritik und Sorge um den Nationalstaat als gefräßigen Leviathan, der gezähmt werden muss, teile ich absolut, doch sehe ich auch die Möglichkeit, ihn zu zähmen, ohne ihn gleich abzuschaffen. Denationalisierung scheint mir ein spezifisch deutscher Traum zu sein, der auf den spezifisch deutschen Albtraum des Nationalsozialismus antwortet.“ (S. 46)

Die Autorin erklärt, warum es wichtig ist, bestimmte Begriffe nicht pauschal pejorativ zu verwenden: „Wir brauchen in der globalisierten Welt einen neutralen Begriff von Ideologie, der mit der Verpflichtung zur selbstkritischen Beschränkung der eigenen Position einhergeht und die kognitive Fähigkeit zur Umperspektivierung und Anerkennung anderer Denkweisen einschließt.“ (S. 90) Dies ist einer der Kernsätze des Buchs: Es geht um Selbstreflexion und Wertschätzung des Gegenübers, aber eben auch darum, die eigene Kultur in der eigenen Nation ausleben zu können.

Für Assmann hat vor allem der Kulturbegriff in den vergangenen Jahren einen Wandel erfahren: „Das analytische Interesse richtet sich neben Symbolen und Diskursen auch zunehmend auf die Bedeutung von Inszenierungen und Performanzen sowie den Kampf um Aufmerksamkeit und Anerkennung in der Gesellschaft.“ (S. 73) Denkt man

an die Debatten in den Feuilletons, möchte man hier kaum widersprechen. Und dabei ist die Kultur, gerade wenn es um die Frage geht, was eine Nation ausmacht, ein wichtiger Begriff. Ein reiner Verfassungspatriotismus reicht nicht aus, um einen gemeinsamen, positiven Thymos zu generieren. Für die Autorin spielt vor allem die Geschichte der Nation eine große Rolle: „Erinnert wird, was die Identität der Gruppe stärkt, und die Identität der Gruppe befestigt die Erinnerungen. Mit anderen Worten: Das Verhältnis von Erinnerungen und Identität ist zirkulär. [...] Angesichts einer schuldhaften oder traumatischen Vergangenheit gibt es üblicherweise überhaupt nur drei sanktionierte Rollen, die das nationale Gedächtnis akzeptieren kann: die des Siegers, der das Böse überwunden hat, die des Widerstandskämpfers und Märtyrers, der gegen das Böse gekämpft hat, und die des Opfers, das das Böse passiv erlitten hat. Was jenseits dieser Positionen und ihrer Perspektiven liegt, kann gar nicht oder nur sehr schwer zum Gegenstand eines akzeptierten Narrativs werden und wird deshalb auf der offiziellen Ebene ‚vergessen‘.“ (S. 140)

Deutschland stellt im Hinblick auf die Erinnerungskultur durch den „Zivilisationsbruch“ (S. 156) durch den Nationalsozialismus eine Besonderheit dar. Die Frage danach, ob man stolz ist, Deutscher zu sein, wird hierzulande wohl ausweichender beantwortet, als es in anderen Ländern der Fall ist. Ja, Fußballerfolge lassen viele Deutsche mit der Deutschlandfahne wedeln. Und: „Wir feiern gerade Beethovenjahr, letztes Jahr haben wir den Entdecker Alexander von Humboldt gefeiert und so weiter. Positive Impulse wie der Stolz auf solche Geistesgrößen und ihre Vereh-

„... sind ein zentraler Bestandteil deutscher Kulturpolitik [...]“ (S. 266) Ein lineares deutsches Narrativ, eine stringente Entwicklung einer Leitkultur gibt es aber aufgrund mehrerer Brüche – auch in der jüngsten Vergangenheit – nicht. Dazu zählt Assmann die Wiedervereinigung, die Debatte darüber, ob wir eine Einwanderungsgesellschaft sind, und das Aufkommen einer neuen, nationalistischen Partei, der AfD.

Assmann ist überzeugt: „Die Tabuisierung der Nation unter wohlmeinenden Linken und der Mangel an gesellschaftlicher Verständigung über dieses Thema hat [...] nicht nur zu einem allgemeinen Desinteresse, sondern auch zu einem Mangel an Information, Aufklärung und Orientierung über den Begriff der Nation geführt.“ (S. 283) In „Die Wiedererfindung der Nation“ plädiert sie deshalb dafür, sich intensiv mit den Nationen- und Kulturbegriffen zu befassen. Die Nation ist eine geografische und gesellschaftliche Einheit, die für viele weitaus näher, zugänglicher und überschaubarer ist als der Staatenverbund EU. Wichtig ist dabei, so betont es Assmann, dass sich die Gesellschaft selbst fragt, was sie ausmachen soll. Blickt man auf die aktuellen Debatten in der deutschen Bevölkerung, erscheint unsere Nation gerade mitten in einem – teilweise sehr weitschweifenden – Selbstfindungsprozess.

THOMAS M. KLOTZ,  
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN

Herbert, Ulrich: Wer waren die Nationalsozialisten?  
München: C.H. Beck-Verlag  
2021, 303 Seiten, € 24,00.



Wer waren die Nationalsozialisten? Dieser Frage geht der bekannte Zeithistoriker Ulrich Herbert in elf Aufsätzen nach, die nun in einem Band gesammelt erschienen sind. Die Beiträge stammen aus den Jahren 1995 bis 2020 und spiegeln damit auch die Entwicklung der historischen Forschung in den letzten 25 Jahren wider.

Es wird ein breites Themenspektrum abgedeckt: Der erste Aufsatz nimmt die Titelfrage auf, sodann ergründet Herbert, was die Nationalsozialisten aus dem Ersten Weltkrieg gelernt haben und woher der Judenhass stammt. Herbert beschreibt das 20. Jahrhundert als das „Jahrhundert der Lager“, widmet sich dem „deutschen Professor im Dritten Reich“ als Typus und vergleicht die nationalsozialistische und stalinistische Herrschaft. Anschließend folgen Beiträge über „Deutsches Europa und Großgermanisches Reich“, den Krieg gegen die Sowjetunion („Barbarossa“), den Weg zur Ermordung der europäischen Juden, Nachklänge der „Volksgemeinschaft“ und das Schicksal der NS-Eliten in der Bundesrepublik. Ein umfangreicher Anhang beschließt den Band.

Als besonders instruktiv erweist sich der titelgebende erste Aufsatz. Herbert zeigt, dass „die Nationalsozialisten“ gerade nicht nur randständige Kriminelle waren, wie es vor allem in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg behauptet wurde. Vielmehr erreichten sie die breite Mehrheit der Gesellschaft. Die Niederlage im Ersten Weltkrieg beglaubigte für viele Deutsche die in rechten und rechtsradikalen Kreisen schon im Kaiserreich propagierten Anti-Vorstellungen. Die Niederlage und auch die anschließenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten erschienen erklärbar, wenn man sie auf den angeblich negativen Einfluss westlicher liberaler Ideen, der Moderne, „der Juden“ oder „der Bolschewisten“ schob. Im Gegensatz zu Deutschland oder Österreich blieb hingegen rechtsextremes Gedankengut in den Siegerstaaten des Ersten Weltkrieges erfolglos.

Die Frage, woher der Judenhass rührte, beantwortet Herbert ausführlicher in einem anderen überzeugenden Aufsatz. Die Wirtschaftskrise und damit verbundene Abstiegsängste erhöhten die Stimmengewinne der NSDAP. Nach der Machtübernahme Hitlers stieg die Zustimmung, vor allem wegen außenpolitischer Erfolge, weiter an. Im Krieg erschien dann vielen die Stützung des Staates zunächst als Bürgerpflicht, bis dann die Niederlage unausweichlich war.

Der Beitrag mit dem Titel „Der deutsche Professor im Dritten Reich“ beschreibt das Selbstverständnis und die Verstrickungen des Personenkreises, der wie kein zweiter für die Kombination aus Bildung, gesellschaftlichem Ansehen und Selbstbewusstsein steht. Das Urteil über diesen Berufsstand fällt nicht positiv aus. Schon während der Weimarer Zeit waren, wie der Autor zeigt, rund zwei Drittel der ca. 2.000

Professoren sowie ein noch größerer Teil der außerplanmäßigen Professoren und Privatdozenten deutschnational eingestellt. Sie verachteten die Weimarer Demokratie, die sie als Ergebnis einer durch einen „Dolchstoß“ verursachten Kriegsniederlage ansahen. Viele Wissenschaftler begrüßten die neuen Machthaber zunächst. Sie glaubten, ihre antidemokratischen Vorstellungen würden nun verwirklicht. Durch die Entlassung rund eines Drittels aller Wissenschaftler wurde der Weg für willfähige Professoren frei. Viele lehrten und forschten im Sinne des Regimes. Mit fortschreitender Zeit und vor allem während des Krieges wandten sich dann viele Hochschullehrer (jedenfalls innerlich) vom NS-Regime ab. Doch nur wenige wie Gerhard Ritter fanden den Weg zum Widerstand.

Im Vergleich zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus erkennt Herbert eine Gemeinsamkeit etwa in der Herausbildung eines gewalterfahrenen und gewaltaffinen Führungsnachwuchses aus den Geburtsjahrgängen um 1900. Dieser fiel auf beiden Seiten durch die besondere Brutalität auf, die er an den Tag legte, um die politischen Ziele durchzusetzen, die als wissenschaftlich belegt galten. Dies traf insbesondere für die jeweilige Vernichtungspolitik gegenüber den als „Feinden“ betrachteten Gruppen zu. Auch sahen sich beide Regimes bei der Umsetzung ihrer Ziele unter Zeitdruck, was sie leichter zu Massenverbrechen übergehen ließ. Der Autor benennt auch viele Unterschiede zwischen dem Nationalsozialismus und Stalinismus, z. B. die staatliche Organisationsdichte, die Zustimmung des Volkes zum Regime sowie die Stoßrichtung von Terror und Verbrechen. Er beschreibt, dass sich der NS-Terror vor al-

lem nach außen richtete und die NS-Opfer zu rund 95 % nicht aus Deutschland kamen (eine Zahl, die vielen nicht geläufig sein dürfte).

Im letzten Beitrag geht Herbert dem Schicksal der NS-Eliten (aus Angehörigen der Staats- und Parteispitze, aus der Führungsebene der Sonder- und Besatzungsbehörden, der Gauleitungen und Parteiorganisation sowie der SS) in der Bundesrepublik nach. Nachdem viele Personen aus dieser Gruppe zunächst von den Alliierten inhaftiert und zum Teil auch bestraft wurden, erlahmte der Entnazifizierungsansatz bereits ab dem Ende der 1940er-Jahre wieder. In der frühen Bundesrepublik wurde er sogar eher konterkariert. Viele überlebende Angehörige der NS-Elite konnten sich in das Berufsleben und häufig auch in den Öffentlichen Dienst integrieren. Zwar fasste der Nationalsozialismus in Deutschland politisch nicht mehr Fuß und an rechtsextremen Parteien beteiligten sich die meisten Angehörigen der NS-Elite nicht. Sie waren eher bemüht, ihre Vergangenheit „abzutarnen“ und nicht weiter aufzufallen. Aber trotz der in den 1960er-Jahren verstärkten Ermittlungsbemühungen blieben die meisten NS-Täter letztlich ohne Strafe oder wurden eher symbolisch sanktioniert, was ein fortwährendes Ärgernis bleibt.

Herberts Aufsatz-Band lehrt uns eine Menge über den Nationalsozialismus. Er sei jedem geschichtlich und politisch Interessierten sehr ans Herz gelegt.

PROF. DR. PHILIPP AUSTERMANN,  
BRÜHL

Müller, Reinhard: **Schwarz Rot Gut. Wie Deutschland sich immer wieder neu erfindet.** Frankfurt am Main: Frankfurter Allgemeine Buch 2020, 208 Seiten, € 20,00.



Wie Deutschland sich immer wieder neu erfindet – mit dem Untertitel des Werkes ist der Ton in Reinhard Müllers neuestem Debattenbeitrag bereits gesetzt. Der Autor arbeitet in seinem lesenswerten Buch auf gut zweihundert Seiten heraus, auf welchem Fundament die Stabilität und Innovationskraft Deutschlands fußt. Grundlage des Werkes bilden essayistische Beiträge, die er als Leitender Politikredakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung verfasst hat. In ihrer Summe verdichten sie sich zu einem gelungenen Gesamtpanorama der inneren und äußeren Verfasstheit eines wiedervereinigten Deutschlands in Europa.

Müller setzt mit seiner Betrachtung bei der Deutschen Einheit ein – für ihn eine Erfolgsgeschichte, die illustriert, dass Freiheit sich auf Dauer nicht unterdrücken lässt. Gleichzeitig identifiziert er aber auch Hypothesen der Wiedervereinigung, aufgrund derer es in den neuen Bundesländern an Investoren und Eigentümern fehle. Dazu zählt für ihn beispielsweise auch die fehlende Rücknahme der Bodenrechtsreform, mit der vor 1949 in der Sowjetischen Besatzungszone 11.000 Landwirte zwangsweise enteignet worden sind, nach der Wende.

Die Berliner Republik betrachtet Müller auch im Kontext der europäischen Integration und der internationalen Beziehungen. Staatliche Souveränität sei kein „Panzer“ mehr, sondern werde „nicht aufgegeben, aber geteilt und neu in die Zeit gestellt“ (S. 58) stellt er fest. Auf der anderen Seite bilde der Nationalstaat für die meisten Menschen weiterhin die natürliche politische Bezugsgröße und den präferierten Ordnungsrahmen. Vor diesem Hintergrund sieht er die Europäische Union als Erfolgsgeschichte „im Grunde ohne Wenn und Aber“ (S. 62), will aber eine Letztkontrolle durch die Mitgliedsstaaten und insbesondere deren Verfassungsgerichte nicht missen.

An dieser Stelle klingt auch ein Motiv an, das sich durch das gesamte Werk zieht: Die Betonung des Rechtsstaates als konstitutives Fundament unseres Gemeinwesens. Eindringlich warnt er vor der Erosion rechtsstaatlicher Standards in den „illiberalen Demokratien“ der EU. Dem deutschen Rechtsstaat stellt er hingegen ein gutes Zeugnis aus. In der Corona-Krise sei er seinem Kontrollauftrag nachgekommen und habe, sofern dies in wenigen Fällen erforderlich gewesen sei, als Korrektiv gewirkt.

Auch für den deutschen Föderalismus und im besonderen Maße für die Kommunalpolitik bricht Müller eine Lanze. Anstelle eines – medial oft beklagten – inkohärenten „Flickenteppichs“ sieht er „den urdemokratischen Gedanken eines Staatsaufbaus von unten“ (S. 87) verwirklicht. Für ihn ist klar: Starke Städte und Gemeinden, tatkräftige Landräte und eine gute medizinische Grundversorgung in der Fläche haben zum guten Gelingen des Krisenmanagements während der ersten Welle der Corona-Pandemie entscheidend bei-

getragen. Vor diesem Hintergrund überrascht auch nicht, dass Müller sich für eine föderale Kompetenzverlagerung hin zum Bund nur wenig erwärmen kann.

Mit prononcierten und durchaus streitbaren Beiträgen zu den gesellschaftlichen „heißen Eisen“ wie der Sterbehilfe, der Öffnung der Ehe, des Werbeverbots für Abtreibungen oder dem Verhältnis zwischen Religion und Staat nimmt sich Müller auch aktueller rechtlicher Debatte an und schließt mit einer Reflexion über die Meinungsfreiheit. Das im Grundgesetz angelegte Vertrauen in die „Kraft der freien Auseinandersetzung“ (S.106) verknüpft er mit einem Appell zur Ambiguitätstoleranz, sprich der Bereitschaft des Bürgers, im demokratischen Diskurs auch „Konfrontationen und Provokationen“ zu akzeptieren und ihnen mit „bürgerlichem Engagement“ (S. 163) zu begegnen. Diese Freiheiten fänden jedoch freilich ihre Grenzen, sobald die Ebene des Diskurses verlassen und konkrete Anstrengungen zur Überwindung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unternommen werden würden.

Sein Fazit: Demokratische und rechtstaatliche Institutionen haben keine natürliche Bestandsgarantie, egal wie lange sie schon existieren. Gleichwohl endet das Werk auf einer positiven Note, wenn Müller dem deutschen Rechtsstaat Beständigkeit bescheinigt und feststellt, dass „das Fundament so sicher und elastisch zugleich [ist], dass sich das Land immer wieder neu erfinden kann“ (S. 197).

Innovation und gleichzeitig eine Bewahrung des Bewährten; Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen, aber kein Hinterherlaufen des Zeitgeistes. Betrachtet man die Leitmotive des vor-

liegenden Buches, so kann dieses durchaus auch als Plädoyer für einen Konservatismus, der auf Subsidiarität und Freiheit in Selbstverantwortung fußt, gelesen werden. In diesem Sinne hat der FAZ-Journalist und Jurist einen sehr lesenswerten Debattenbeitrag abgeliefert, bei dem nur ein kleines Desiderat bleibt: Müller verweist zwar en passant immer wieder auf Megatrends wie Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Automatisierung sowie den damit verbundenen Strukturwandel. Wie aber eine Neuerfindung „Deutschland 4.0“ in diesem Kontext aussehen könnte, bleibt eine Aufgabe für einen weiteren Essay aus seiner Feder.

DR. SARAH SCHMID,  
HANNIS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN

Quernheim, German /  
Zegelin, Angelika:  
Berufsstolz in der Pflege.  
Das Mutmachbuch, Bern:  
Hogrefe-Verlag 2021,  
344 Seiten, € 39,95.



Ein Mutmachbuch für Pflege, das am Berufsstolz ansetzt. Der Titel weckt in der Tat die Ambivalenz der pflegerischen Selbstwahrnehmung und soll wohl auch auf diese hinweisen. Die Diskussion um die Zukunft und auch die Attraktivität des Pflegeberufs besetzt mannigfaltige Diskussionen. Fachkräftemangel, Überforderung und die Frage, wer sich künftig noch für den Beruf der Pflege begeistern lassen kann, füllen wissenschaftliche Aufsätze und Bücher genauso wie unzählige redaktionelle Formate. German Quernheim und Angelika Zegelin wollen in ihrem Mutmachbuch daher, das in fünf thematische Felder (Teile) gegliedert ist, sowohl den professionell Pflegenden einen (mutmachenden) Spiegel vorhalten als auch ein Kaleidoskop für notwendige Entwicklungstendenzen anbieten. In der Selbstbeschreibung sollen mit diesem Buch Pflegepraktiker wie auch Auszubildende und Pflegestudierende angesprochen werden, was sich beispielsweise durch kontinuierliche Lernimpulse, exemplarische Aufgabenstellungen in ausgewählten Kapiteln sowie Fallstudien und -berichten und Hinweisen zu aktuellen öffentlichkeitswirksamen Debatten dokumentiert.

Die verschiedenen Teile, die mit einer unterschiedlichen Anzahl an Kapiteln verknüpft sind – insgesamt können 42 Kapitel gelesen werden – versuchen zunächst, an der Professionalitätswahrnehmung und den Anforderungen an den professionellen Akteur in der Pflege anzusetzen. Beginnend mit dem Teil I „Berufsstolz“ werden zwar einerseits fast zu erwartende Bezugnahmen auf Florence Nightingale, Edith Cavell und Cicely Saunders herangezogen, doch nehmen andererseits sowohl der Teil I als auch Teil II „Pflege als Beruf“ nicht nur eine Rückschau ein, sondern greifen zumindest implizit die besondere Bedeutung von Pflege als Interaktions- und Sorgebeziehung<sup>1</sup> auf. Symbolisch lässt sich dies etwa in der Diskussion um Berufs- und Pflegestolz (S.27) festmachen, wo mit dem Terminus Pflegestolz die besondere Bezugnahme auf diesen gegenüber der Sorgebeziehung deutlich wird.

Der zweite Teil verknüpft Kapitel zur Ausbildung und zum professionellen Anforderungsniveau an die Pflegearbeit, und nimmt auch die Diskussion um die Akademisierung und einhergehende formale Veränderungen der Kompetenzzuschreibungen an den Pflegeberuf auf. Gleichwohl greifen die Kapitel acht bis elf des zweiten Teils zwar grundsätzliche Herausforderungen etwa von Technologien in der Pflege oder Referenzdiskussionen zu anderen Organisationsmodellen im Ausland auf, bleiben aber weitgehend in einer Reihung von deskriptiven Beschreibungen haften. Auch wenn es im vorliegenden Band um ein Mutmachbuch für die Pflegepraxis geht, hätten vertiefendere Diskussionen um Entwicklungen von Pflegenden in unterschiedlichen veränderten Organisationsmodellen oder Verknüpfungen

von Settings – Stichwort: Überlebensherausforderungen – noch deutlicher interessante Entwicklungstendenzen unterstreichen können.

Es ist aber festzuhalten, dass das Buch weitgehend aus akteursbezogener Sicht geschrieben wurde und organisatorische oder institutionelle Veränderungen daher eher als externe Veränderungsgrößen zu interpretieren sind. Jedoch gilt es, diesen Hinweis mit dem Label zu versehen, dass hier ein „Außenstehender“ den Blick auf das Buch wirft. Gerade im Teil III, versehen mit der Überschrift „Belastende Arbeitsbedingungen“, der als Brücke zu den abschließenden Teilen IV und V steht, wird das Erleben der Pflegekräfte deutlich, exemplarisch durch immer wieder eingestreute Fallstudien aus der Praxis. Die wissenschaftlichen Referenzen, die am Ende jedes Teils stehen, verbinden wieder Fallstudien mit grundsätzlichen Ergebnissen aus der Pflegeforschung, sollen jedoch nicht davon ablenken, dass das Buch, vor allem in ausgesuchten Teilen der Abschlusskapitel, mit deutlich wahrnehmbarer Positionierung der Autoren verknüpft ist. Gerade in den Teilen IV und V liegt ein äußerst ansprechend und gelungen geschriebenes Werk aus dem Blickwinkel von Pflegekundigen vor, das Position bezieht. Das Kapitel 23 „Aus der Stille die Stimme erheben“ steht etwa exemplarisch für dieses Ansinnen.

Darüber hinaus kommt ein Buch zur Pflege, das in der Corona-Zeit veröffentlicht wurde, nicht umhin, auch einen Bezug zu Stellung und Wahrnehmung von Pflege aufzugreifen. Dass es hier nicht um wohlfeilen Applaus gehen soll, sondern um Gestaltung von Arbeitsbedingungen und Arbeitsperspektiven, bestärkt die gesamte rote Linie des Mut-

machbuches. Dieses ist gemäß der Zielsetzung in der Tat Pflegepraktikern und Pflegewissenschaftlern zu empfehlen, aber durchaus auch gesundheitspolitischen Entscheidern und mit der Einschränkung, dass teilweise eine Fachexpertise bei einzelnen Kapitel sehr hilfreich für das Verstehen ist, jedem interessierten Bürger. Die beiden Autoren haben durchaus recht, wenn sie in der Schlussbemerkung festhalten, dass „Pflege[qualität] als gesellschaftliche Aufgabe [anzusehen ist]“ (S.311).

PROF. DR. JÜRGEN ZERTH,  
LEITER DES FORSCHUNGSINSTITUTS IDC,  
SRH WILHELM LÖHE HOCHSCHULE FÜRTH

#### Anmerkung

<sup>1</sup> Vgl. Böhle, Fritz: Interaktionsarbeit als wichtige Arbeitstätigkeit im Dienstleistungssektor, in: WSI Mitteilungen 9/2011, S. 456-461.

/// Leserbrief zum Politische-Studien-Zeitgespräch in Nr. 496 zum Thema:

**Brauchen wir mehr oder weniger Datenschutz? – Ein Gespräch zwischen Karl Heinz Keil und Gerald Spyra**

Ich gratuliere Ihnen, Herrn Keil und Herrn Spyra zu diesem Zeitgespräch. Der Beitrag behandelt genau die Fragen, die bei der Anwendung der IT in Firmen, Vereinen und auch im Privatleben auftreten. Sehr oft habe auch ich in Gesprächen die sogenannte kognitive Dissonanz, oft auch eine gewisse Ahnungslosigkeit, beobachtet.

Meiner Ansicht nach sollte, vielleicht in weiteren Beiträgen zu dem Thema, konkret auf folgende Teilfragen eingegangen werden:

- Worin genau liegen die Risiken bei der Anwendung der Dienste Facebook, Instagram, Twitter, Whatsapp, Skype...? Die Antworten sind sicher heikel, weil Firmennamen genannt werden müssen.
- Wo liegen die Kosten und wie hoch sind sie bei der Nutzung der „kostenlosen“ Nutzung der Kommunikationsmöglichkeiten?



- Was bedeutet Kommerzialisierung der Daten konkret?
- Sehr aktuell und sicher bleibend in der Zukunft sind die „kostenlosen“ Videokonferenzsysteme, in die Unternehmen und Vereine getrieben werden. Wo liegen die wahren Kosten und worin bestehen sie?

Den Antworten auf der letzten Seite im Zeitgespräch stimme ich voll zu: Man sollte sich wirklich schnell überlegen, wie man IT entwickeln kann, die den Menschen respektiert. Warum gibt es keine europäische Software, die die bekannten Versionen ersetzt? Neuentwicklungen könnten vielleicht durchaus einen digitalen Minimalismus aufweisen und weniger anfällig gegen Fehler und Angriffe sein. Mehr Menschen könnten sie nutzen, ohne Nachteile befürchten zu müssen.

PROF. F. WIZNEROWICZ, HANNOVER

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet [www.hss.de/publikationen/](http://www.hss.de/publikationen/) bestellt werden:



**AKTUELLE ANALYSEN 86**  
 Freiheitsgrundrechte in Zeiten von Corona



**AKTUELLE ANALYSEN 85**  
 Agitation von Rechts – Qanon als antisemitische Querfront



**ARGUMENTATION KOMPAKT 4/2021**  
 Geopolitische Rivalität im Weltraum



**WELTWADEL**  
 Neuausrichtung der internationalen Beziehung,  
 hrsg. von Markus Ferber, Reinbek: Lau-Verlag,  
 2021, ISBN 978-3-95768-229-1 (über den  
 Buchhandel erhältlich)



**BEKENNTNISSE ZUR VERANTWORTUNG FÜR DIE UMWELT**  
 hrsg. von Markus Ferber und Henning  
 Kaul, Reinbek: Lau-Verlag, 2021,  
 ISBN 978-3-95768-226-0  
 (über den Buchhandel erhältlich)

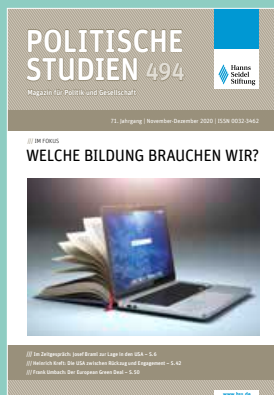
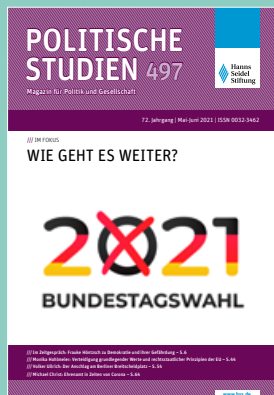
**VORSCHAU**

**POLITISCHE STUDIEN**  
 Nr. 499 „Auslandsprojekte der Hanns-Seidel-Stiftung zur Nachhaltigkeit“ (Arbeitstitel) mit Beiträgen von Klaus Binder, Clemens von Doderer, Julia Obermeier und Bernhard Seliger



# POLITISCHE STUDIEN 6 X IM JAHR

Jetzt Jahresabo abschließen!



# BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich kostenlos und versandkostenfrei:

Menge	Titel
	PS 497: Bundestagswahl 2021
	PS 496: Ein Comeback für den Multilateralismus?
	PS 495: Corona verändert die Gesellschaft
	PS 494: Welche Bildung brauchen wir?
	PS 493: Heimat – Mehr als nur ein Ort
	PS 492: Jugend bewegt sich

Ich möchte die „Politischen Studien“ (PS) im Abonnement.

**Hanns-Seidel-Stiftung**  
Referat „Publikationen“  
Lazarettstr. 33  
80636 München

per Fax: +49 (0)89 12 58-469

Ihre Adresse bitte lesbar in Druckbuchstaben:

Institution

Vorname, Name

Straße, Nummer

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse  
(falls Informationen per E-Mail erwünscht)

Telefon

Datum, Unterschrift

**Herausgeber:**

© 2021, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München  
Lazarettstraße 33, 80636 München,  
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,  
Online: www.hss.de

Vorsitzender: Markus Ferber, MdB  
Generalsekretär: Oliver Jörg  
V.i.S.d.P.: Susanne Hornberger

**Redaktion:**

Barbara Fürbeth  
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)  
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)  
Susanne Berke (Redakteurin)  
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)  
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)

**Graphik:** trurnit GmbH | trurnit Publishers

**Druck:** Kern GmbH, Bexbach

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Hinweis: Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich.

Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet. Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

Bildnachweis für Titel:  
iStock.com / Sergio Yoneda